

REPORT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG
FÜR POLITISCHE BILDUNG

POLIS

4 | 2022

Schwerpunkt
Ukraine

Zeitung

Bundestag debattiert über Politische Bildung

Fachbeiträge

Felix Riefer

Von Anbeginn Richtung Angriffskrieg?

Norman Laws

Der Ukraine-Krieg als soziale und ökologische Frage

Christiane Lemke

Herausforderungen und Perspektiven der Europäischen Union angesichts des Ukraine-Krieges

Forum

Hans Karl Peterlini

Plädoyer für ein „Lernen, das nicht im Reproduzieren des Vorgegebenen und schon Bekannten besteht, sondern sich auf die Suche macht“

Didaktische Werkstatt

Joshua Berg

Schüler*innenzentrierter Unterricht am Beispiel des Ukraine-Krieges

DVPB aktuell

Eine Antwort auf den Beitrag von Johannes Varwick



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**



aktuelle WOCHENSCHAU-Hefte mit Bezug zum Ukraine-Krieg



Internationale Politik I – Sicherheit und Frieden (Sek. I)

Der Frieden der letzten Jahrzehnte in Europa ist durch den Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine nicht mehr gegeben. Für viele Schüler*innen und Lehrkräfte ist diese Situation emotional belastend und aufwühlend. In dieser WOCHENSCHAU für die Sek. I wird bewusst ein friedenspädagogischer Ansatz verfolgt, um den Schüler*innen Möglichkeiten der Friedenssicherung aufzuzeigen und Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft zu geben. Ausgewählte Fallbeispiele machen die elementare Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Befriedung von Konflikten und Kriegen deutlich. Gleichzeitig erlernen die Schüler*innen Basiswissen rund um die Themen Sicherheitspolitik und Diplomatie.

Inhalt:

- Frieden braucht Engagement
- Frieden braucht Konfliktkultur
- Frieden schaffen – aber wie?
- Frieden braucht stabile Partnerschaften
- Frieden braucht einen neuen Umgang mit Ressourcen

Bestellnummer: 1422

gedrucktes Heft: 18,90 €

digitales Heft: 16,99 €

Klassensatz (print): 8,90 € pro Exemplar (ab 8 Expl.)

digitaler Klassensatz: 6,99 € pro Exemplar (ab 8 Expl.)



Sicherheitspolitik in einer prekären Weltordnung (Sek. II)

Was ist Sicherheitspolitik? Wie hat sie sich entwickelt? Welche Institutionen sind wichtig? Welche Haltung nehmen die verschiedenen Parteien ein? Diese und weitere Fragen werden im WOCHENSCHAU-Heft „Sicherheitspolitik in einer prekären Weltordnung“ behandelt. Dafür analysieren die Schüler*innen verschiedene Fallbeispiele hinsichtlich der zutage tretenden Sicherheitsverständnisse und beteiligten Akteure. Ziel ist eine Vorstellung davon zu entwickeln, wer die Welt wie ordnet bzw. ordnen will.

Inhalt:

- Was bedeutet Sicherheitspolitik? Was Weltordnung?
- Theorien der Internationalen Beziehungen
- Angriffskrieg auf die Ukraine
- Wer sichert wen vor was? Sicherheitspolitik exemplarisch analysieren
- Wer ordnet? Wer sichert?

Bestellnummer: 2522

gedrucktes Heft: 18,90 €

digitales Heft: 16,99 €

Klassensatz (print): 8,90 € pro Exemplar (ab 8 Expl.)

digitaler Klassensatz: 6,99 € pro Exemplar (ab 8 Expl.)

Editorial

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist Krieg in Europa wieder traurige Realität. Wie jeder Krieg spiegelt auch der Ukraine-Krieg wider, dass Kriege nicht gleichsam einer Naturkatastrophe „ausbrechen“, sondern – samt aller menschlichen Opfer, samt allen menschlichen Leides und samt aller ökologischen und ökonomischen Schäden – politisch verantwortet werden:

Felix Riefer wendet sich diesbzgl. der Verantwortung des russischen Aggressors zu und beleuchtet die Innen- und Außenpolitik Russlands seit dem Zerfall der Sowjetunion. Empfohlen sei an dieser Stelle auch seine Studie über den Einfluss russischer Denkfabriken auf den Kreml, die im Rezensionsteil besprochen wird.

Norman Laws setzt sich mit den ökologischen und sozialen Folgen des Ukraine-Krieges auseinander.

Eng mit der politischen Verantwortung für Kriege verflochten ist die politische (und damit in einer Demokratie gleichermaßen zivilgesellschaftliche) Aufgabe, Stabilität und Frieden zu sichern (bzw. nach Kräften zu fördern):

Christiane Lemke widmet sich in ihrem Beitrag den „Herausforderungen und Perspektiven der Europäischen Union angesichts des Ukraine-Krieges“ und erinnert dabei auch an die verbindenden Werte unseres Staatenverbundes.

Im Forum bringt Hans Karl Peterlini die Friedenspädagogik als wert-, aber voraussetzungsvolle Bildungsarbeit ins Gespräch und ermutigt dazu, in Schule und Unterricht trotz schwieriger schulischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen Bildungsangebote für ein humanes gesellschaftliches Miteinander und eine friedlichere Welt zu verankern.

In der didaktischen Werkstatt stellt Joshua Berg die Gesprächswerkstatt als Möglichkeit vor, Inhalte wie den Ukraine-Krieg im Politikunterricht an den Bildungsbedarfen und Interessen der Schüler*innen zu orientieren.

Die DVPB aktuell wird durch einen Leserbrief von Bastian Vajen eröffnet. Vajen setzt sich mit der Argumentation von Johannes Varwick auseinander, der in POLIS 3-2022 die Debattenkultur zu Fragen des Ukraine-Krieges kritisiert hat.

Allen Mitwirkenden herzlichen Dank, allen Leser*innen eine lohnende Lektüre!

Moritz Peter Haarmann

POLIS

Ukraine

Zeitung

Bundestag debattiert über Politische Bildung 4

Fachbeiträge

Felix Riefer

Von Anbeginn Richtung Angriffskrieg? 7

Norman Laws

Der Ukraine-Krieg als soziale und ökologische Frage 12

Christiane Lemke

Herausforderungen und Perspektiven der Europäischen Union angesichts des Ukraine-Krieges 16

Forum

Hans Karl Peterlini über Selbstverständnis, Herausforderungen und Perspektiven der Friedenspädagogik

Plädoyer für „ein Lernen, das nicht im Reproduzieren des Vorgegebenen und schon Bekannten besteht, sondern sich auf die Suche macht“ 19

Didaktische Werkstatt

Joshua Berg

Schüler*innenorientierter Unterricht am Beispiel des Ukraine-Krieges 22

DVPB aktuell**Impuls**

Gegenimpuls – eine Antwort auf den Beitrag von Johannes Varwick 25

Berichte

Hessen: Die Welt im Umbruch?! Bericht zum Hessischen Politiklehrer:innentag 27

Mecklenburg-Vorpommern: Jahreskongress politische Bildung 2022 . . 27

Thüringen: DVPB baut zum elften Mal an der Schulbrücke Europa . . 28

Landesverband setzt verstärkt auf Kooperation 28

Sachsen-Anhalt: Endlich wieder Politiklehrertag in Sachsen-Anhalt . . 28

Rheinland-Pfalz: Rainer Kohlhaas erhält den „Bernhard-Sutor-Preis für besondere Verdienste um die Politische Bildung in Rheinland-Pfalz“ . . 29

Niedersachsen: DVPB Niedersachsen bezieht Stellung zur Einflussnahme von Arbeitgeber*innenverbänden auf den Politikunterricht 30

DVPB Niedersachsen in Social Media 30

Bayern: Rassismus und Antisemitismus als Herausforderungen für die offene Gesellschaft 31

LITERATUR

Rezensionen 32

Vorschau/ Impressum 34

* Die Redaktion stellt den Autorinnen und Autoren grundsätzlich frei, in welcher Form sie eine gendersgerechte Schreibweise anwenden möchten.



Bundestag debattiert über Politische Bildung

Der Bundestag hat sich Ende September 2022 mit dem 16. Kinder- und Jugendbericht befasst. Die Abgeordneten diskutierten über die Analysen und Empfehlungen zur politischen Bildung, die im November 2020 von der Berichtskommission an die Bundesregierung übergeben wurden.

Die Bundesministerin Lisa Paus betonte zum Auftakt der Debatte: „Die politische Bildung junger Menschen ist ein Stützpfeiler unserer Demokratie, und sie ist heute wichtiger denn je.“ Große Megatrends forderten die Demokratie heraus: Klimakrise, Pandemie, Globalisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel, Migration und erstarkender Nationalismus; dazu komme aktuell ein Krieg in Europa. Gerade in diesen Zeiten komme deshalb Politischer Bildung eine große Verantwortung zu. „Politische Bildung hat den Auftrag, junge Menschen zur Demokratie zu befähigen. Demokratie ist nichts, was man in der Schule lernt wie Vokabeln oder binomische Gleichungen. Demokratie lebt davon, dass wir sie jeden Tag miteinander leben.“ Als wichtigste Botschaft des Berichtes hob sie hervor, dass Politische Bildung überall hingehöre und ein Leben lang dauere. Die Ministerin erinnerte auch an die Absicht der Koalition, ein „Demokratiefördergesetz“ einzubringen, an die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre und die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Mit Verweis auf Zwischenrufe der AfD strich Paus hervor: „Politische Bildung ist niemals neutral. Politische Bildung ist demokratische Bildung, und deshalb wird

sie niemals neutral sein gegenüber Demokratiefeinden.“

In der folgenden Debatte mussten sich die Redner:innen mit einer Minute Redezeit begnügen, entsprechend wurden die meisten Themen nur oberflächlich behandelt.

Ralph Edelhäuser (CDU/CSU) erinnerte an die Folgen der Corona-Pandemie und plädierte für eine Stärkung der Bundesfreiwilligendienste. Ulrike Bahr (SPD) betonte, dass Politische Bildung auch eine politische Beteiligung und Selbstvertretung Jugendlicher bedeuten müsse: „Die Erfahrung [...] der Selbstwirksamkeit ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit und für eine lebendige Demokratie.“ Diskussionen mit jungen Menschen seien oft anstrengend, aber notwendig. „Wer sonst sollte ein Recht auf radikale Ansichten, auf Maximalforderungen, auf lautstarken Protest haben?“ Gereon Bollmann (AFD) nutzte die Debatte um die Vermittlung einer „Leitkultur“ zu fordern.

Katja Adler (FDP) bezeichnete angesichts einer multiplen Krisensituation Politische Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Demokratisches Verhalten müsse von jeder Generation neu gelernt und eingeübt werden. Sie würdigte zudem, dass 12 von 16 Bundesländern in ihren Bildungsplänen Demokratiebildung als wichtigen Aspekt pädagogischer Bildungsarbeit in Kitas verankert haben.

Heidi Reichinnek (DIE LINKE) kritisierte die Regierung, dass sie in ihrer Stellungnahme zum Bericht allem zustimme, aber nichts zur Umsetzung unternehme. Als Beispiel nannte

sie die Nichtverlängerung des Coronaauflöspaketes, was eine Kürzung im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik um 40% bedeute. Demokratie werde über echte Beteiligungsstrukturen gelernt, weshalb Reichinnek eine bessere Ausstattung forderte, damit dort Beteiligung gelebt werden könne. Dem entgegen stehe die kurzfristige Logik von Projektmitteln.

Emilia Fester (Bündnis90/ Die Grünen) wies mit den Ergebnissen der Jugendstudie der Vodafone-Stiftung darauf hin, dass die Jugend politisches Interesse habe, jedoch ihre Anliegen und Interessen von der Politik nicht berücksichtigt sehe. Angesichts der Folgen von Corona und Inflation forderte Anja Jansen (CDU/CSU) die Bundesregierung auf, den Trägern der Politischen Bildung kurzfristig finanziell zu helfen.

Auch Felix Döring (SPD) unterstrich die Aussage der Ministerin: „Politische Bildung kann nie neutral sein; denn sie ist immer mit den Werten der Demokratie rückgekoppelt.“ Zudem sei Politische Bildung keine gesellschaftspolitische Feuerwehr, die man anrufen kann, wenn es brennt. Döring bezeichnete die Politische Bildung als „Material, das die Säulen unserer Demokratie vor Feuer schützt. Diesen Brandschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es nicht zum Nulltarif.“

Im Anschluss der Debatte wurde die Unterrichtung an die Ausschüsse überwiesen. Bei den Beratungen übernimmt der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Federführung.

(br/la)

Entwurf für ein neues Demokratiefördergesetz

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) haben den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und Politischen Bildung vorgelegt. Durch dieses „Demokratiefördergesetz (DfördG) sollen Projekte in diesen Bereichen nun „verlässlich unterstützt“ werden und eine „nachhaltige Absicherung“ erhalten – mit einer „dringend notwendigen Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen“. Vom Bund gefördert würden künftig Projekte mit „überregionaler Bedeutung“. Auch werde der Bund eigene Maßnahmen durchführen. All dies soll eine „angemessene Finanzierung“ erhalten, die allerdings nicht genauer beziffert wird. Aktuell sind im Bundeshaushalt für das Jahr 2023 und die zuständigen Programme „Demokratie leben“ und „Menschen stärken Menschen“ insgesamt 200 Millionen Euro eingeplant.

Im Vergleich zum Diskussionspapier wird im Entwurf neben Demokratieförderung, Viel-

faltgestaltung und Extremismusprävention nun auch die politische Bildung explizit benannt. Ziel hierbei ist die „Förderung des Verständnisses für politische Sachverhalte und die Stärkung der Bereitschaft zur politischen Mitarbeit durch Maßnahmen der politischen Bildung“.

Strittig war lange, ob es in dem Gesetz eine „Extremismusklausel“ geben soll. Hier heißt es nun, dass die Projektträger als Fördervoraussetzungen „die Ziele des Grundgesetzes achten und bei der Umsetzung der geförderten Maßnahmen eine entsprechende Arbeit gewährleisten“ müssten. Wie genau dies aber sichergestellt wird, bleibt vorerst offen, schreibt die taz. Der Gesetzesentwurf muss nun in der Koalition abgestimmt werden. Die Ministerinnen Faeser und Paus kündigten bereits an, dass das Gesetz bis Jahresende verabschiedet werde.

Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich zur „Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung“ (BAGD) zusammengeschlossen haben, üben Kritik an der Ausgestaltung und legten einen eigenen Gesetzesentwurf vor. Was bisher zu dem Gesetzesentwurf bekannt sei, sei „ernüchternd“, erklärten Vertreter:innen in

einer Pressekonferenz. Geplant sei offenbar ein abstraktes Gesetz, das für die Projekte wenig ändern würde. Auch der Bundesverband Mobile Beratung forderte, das Gesetz müsse die Beteiligung der Zivilgesellschaft „verbindlich festschreiben“ – etwa mit einem unabhängigen Fachbeirat, der die Umsetzung des Gesetzes und Förderrichtlinien begleite. Auch brauche es konkrete Ziele, wie etwa eine Mindestsumme für die Förderung. Mit dem Gesetz sollen nach Willen der Initiativen dagegen Präventionsprojekte explizit nicht gefördert werden, die mit einem „sicherheitsbehördlichen Verständnis“ arbeiteten. Auch politische Bildungsmaßnahmen jenseits der benannten Demokratiegefährdungen seien nicht zu berücksichtigen.

(taz, br/la)

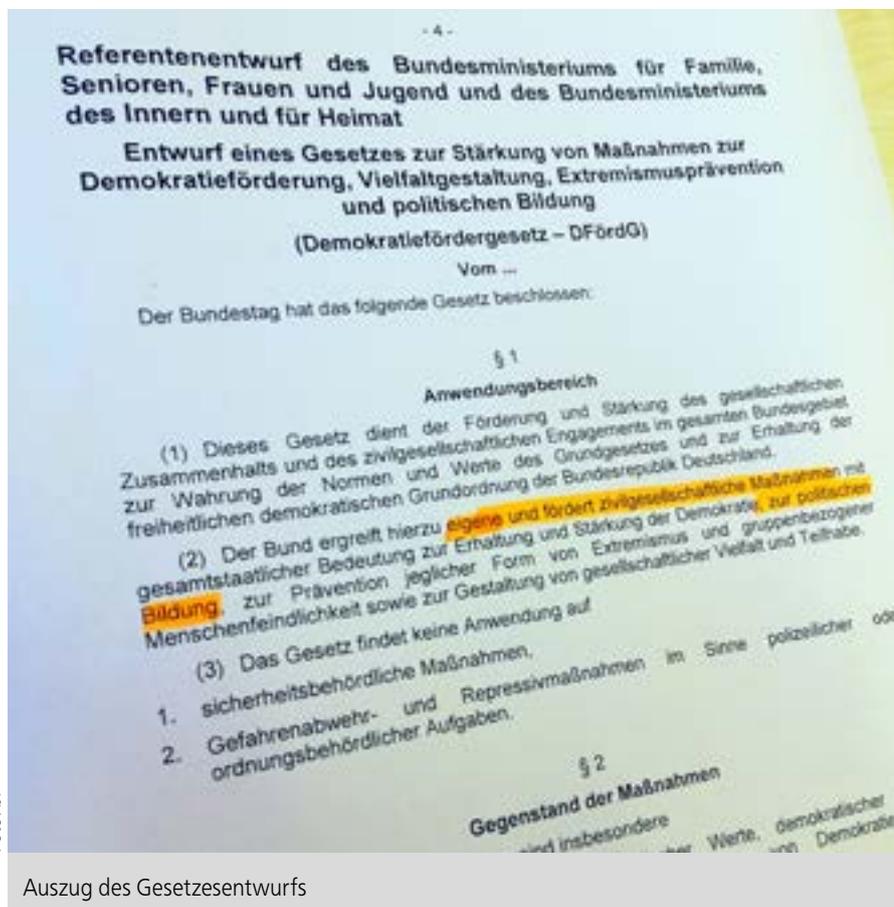
Träger der politischen Bildung fordern Corona- und Inflation-Schutzschirm

Träger der Politischen Bildung schlagen Alarm: „Die Folgen von Corona und Inflation bedrohen unsere Arbeit. Durch die mehr als zweijährige Zurückhaltung zum Schutz vor Infektionen sind viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseren Präsenzveranstaltungen ferngeblieben. Und nun machen die enormen Kostensteigerungen die Angebote der politischen Bildung so teuer, dass sie für viele Menschen zu teuer werden – oder sie werden für die Anbieter unwirtschaftlich. Damit bedroht die Inflation auch die Struktur der Demokratiearbeit“, warnt der Bundesausschuss Politische Bildung (bap).

Angesichts der Bedrohung der Trägerlandschaft erwartet der bap, dass Bund und Länder den anerkannten Trägern der Politischen Bildung auch in dieser Krise mit einem Schutzschirm helfen. „Wir brauchen eine Flexibilisierung der Förderbedingungen und Unterstützung zur Bewältigung der Kostensteigerungen. Zurzeit wird über die Einführung eines Demokratiefördergesetzes diskutiert, um die Demokratiearbeit zu verstetigen; wenn nicht bald gehandelt wird, gibt es nicht mehr viel zu verstetigen“, befürchtet der Vorsitzende Wilfried Klein.

Besonders gefährdet seien die gemeinnützigen Organisationen, die eigene Bildungs- und Tagungsstätten betreiben. Daher unterstützt der bap ausdrücklich auch die Erklärung „Gemeinnützige Orte der Jugendarbeit zukunftssicher machen“, die u.a. ein eigenes Förderprogramm für die Bildungshäuser fordert.

(bap, br/la)



UN-Kinderrechtskonvention: Ausschuss veröffentlicht Empfehlungen zur weiteren Umsetzung in Deutschland

Der UN-Kinderrechteausschuss in Genf hat seine Empfehlung für die Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. U.a. fordert der Ausschuss dazu auf, sinnvolle Beteiligung von Kindern an der Gestaltung und Umsetzung von Richtlinien und Programmen sicherzustellen, soweit sie Kinder betreffen. Nachdrücklich begrüßt der Ausschuss die gesetzlichen Regelungen und Strategien zur stärkeren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, darunter auch, dass in einigen Bundesländern das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabgesenkt worden ist. Hier ermutigen die Kinderrechts-Expert:innen, noch weitere Schritte zu gehen.

„Wir sind auf dem richtigen Weg“, schreibt die Staatssekretärin Margit Gottstein und weist auf bereits konkrete Pläne hin: So soll das aktive Wahlalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament und für den Deutschen Bundestag auf 16 Jahre gesenkt werden. Damit würden insgesamt ungefähr 1,5 Millionen dann 16- und 17-jährige im Frühjahr 2024 und bei den nächsten Bundestagswahlen im Herbst 2025 erstmals ihre Stimme abgeben können.“

(BMFSFJ, br/la)

Preis Politische Bildung

Beim bap-Preis Politische Bildung 2022 wurden kreative und innovative Projekte ausgezeichnet, die sich mit den Fragen beschäftigen, wie gute Politische Bildung mit digitalen oder hybriden Formaten gelingen kann. Von 64 eingereichten Projekten der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung wurden in diesem Jahr vier Projekte prämiert. Die beiden ersten Plätze gingen an:

„Hidden Codes“ (Serious Game), ein Spiel der Bildungsstätte Anne Frank e.V. für mobile Endgeräte, das sich dem Thema Radikalisierung im Netz widmet.

„NSU – Terror mitten in Deutschland. Ein Medienpaket“ der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V. Das digitale Medienpaket klärt über die Gefahren des Rechtsextremismus auf.

(bap, br/la)

Positionspapier „Auftrag und Anspruch politischer Bildung in der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit

Mit dem Positionspapier „Auftrag und Anspruch politischer Bildung in der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit. Eine kritische Betrachtung des Status Quo“ richtet die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) ihren Blick auf politische Bildung in den Handlungsfeldern Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und formuliert den Auftrag politischer Bildungsarbeit aus. Dabei stellt die AGJ fest, dass Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung demokratischer Haltungen und zur Ausgestaltung einer lebendigen Demokratie in Deutschland leisten. Junge Menschen würden zum politischen Handeln befähigt sowie dazu, selbstbestimmt agieren zu können und Diskurse kritisch infrage zu stellen. Ziele der Kinder- und Jugendhilfe blieben, allen jungen Menschen bedarfsgerechte und lebensweltbezogene Zugänge zu Politischer Bildung zu bieten, das Bewusstsein in der Fachpraxis zu festigen sowie hierzu mehr Anstrengungen zu unternehmen. Die AGJ macht deutlich, dass die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit Verbündete für das Vorantreiben Politischer Bildung benötige und es zudem interdisziplinäre Diskurse und Kooperationen brauche.

(AGJ, br/la)

Finanzamt legt Gemeinnützigkeit wei- terhin gegen Politische Bildung aus

Das Demokratische Zentrum Ludwigsburg (DemoZ) wurde mit einem Bescheid des Finanzamtes wieder als gemeinnützig anerkannt. Damit endet ein dreijähriger Streit um die Gemeinnützigkeit des DemoZ, der auch durch eine Klage vor dem Finanzgericht Stuttgart geführt wurde.

Die außergerichtliche Beilegung des Streits brachte jedoch keine Klärung der zentralen Frage, was „Politische Bildung“ im Sinne des Gemeinnützigkeitsrechts ist. In der Pressemitteilung der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) heißt es dazu: „Die zentrale Frage, inwieweit sich das DemoZ gegen Rechts engagieren oder sich kritisch mit den Folgen des Kapitalismus auseinandersetzen darf, blieb in diesem Verfahren ungeklärt. Vielmehr zog sich das Finanzamt auf wenige formale Kritikpunkte zurück.“ Weil die Anerkennung nicht

rückwirkend gilt, bleiben dem Kulturzentrum aber die finanziellen Verluste aus den drei Jahren ohne anerkannte Gemeinnützigkeit. Die offizielle Anerkennung als „gemeinnützig“ ist für solche Organisationen von essentieller Bedeutung, sowohl für ihre Finanzierung über Spenden, Projektförderungen und staatliche Zuschüsse als auch für ihre öffentliche Wahrnehmung. Die GFF bemerkt auf ihrer Homepage: „Das für die Politische Bildung ohnehin problematische Urteil des BFH darf nicht in eine Praxis der Finanzämter münden, in der Überparteilichkeit generell mit Wertneutralität gleichgesetzt wird. Der Fall vom DemoZ zeigt, dass eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts dringend notwendig bleibt. Auch die kürzlich erlassenen Änderungen des Anwendungserlasses der Abgabenordnung, auf die sich die Finanzministerien von Bund und Ländern geeinigt hatten, bringen keine Klarheit. Die Verwaltungsvorschrift übernimmt lediglich das von der BFH-Rechtsprechung entwickelte Kriterium der „geistigen Offenheit“ ohne weitere Erläuterung. Der Gesetzgeber sollte daher, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, zeitnah tätig werden und ein modernes Verständnis von politischer Bildung im Gesetz verankern.“

(GFF, br/la)



Demokratisches Zentrum Ludwigsburg

Foto: DemoZ



Felix Riefer

Von Anbeginn Richtung Angriffskrieg?

Der Ukraine-Krieg im Spiegel der interdependenten Entwicklung der Innen- und Außenpolitik Russlands seit dem Zerfall des Sowjetimperiums

Mit dem Machtantritt Wladimir Putins als Präsident Russlands im Jahr 2000 wird das Land autoritär-repressiv im Innern sowie reaktionär-revisionistisch im Auswärtigen geführt. Dies mündet schließlich in der Abkehr Russlands von der westlichen Staatengemeinschaft sowie in einen imperialen Angriffskrieg.

Am 24. Februar 2022 marschiert Russland aus drei Richtungen in die Ukraine ein. Doch es herrscht bereits seit 2014 Krieg. Die russische Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim am 18. März 2014, die systematische politische Destabilisierung des ukrainischen (Süd-)Ostens sowie der anschließende Krieg im Donbas waren bis dato nur die vorläufigen Eskalationsmarker. Denn die Ukraine versucht sich vom russischen neoimperialen Hoheitsanspruch zu lösen und wählt spätestens mit der *Revolution der Würde* auf dem Kyjiwer Unabhängigkeitsplatz (Maidan) Ende 2013 den europäischen Entwicklungspfad. Der geopolitisch-ideologische Ordnungskonflikt in Europa ist folglich schon lange offengelegt. Dabei schien die Entwicklung Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion eine freiheitlich-demokratische Richtung einzuschlagen. Es lohnt sich also, die Entwicklung Russlands nach dem Zerfall des Sowjetimperiums nachzuzeichnen (vgl. Riefer 2020 u. Ders. 2017).

Konföderation vs. zivilisierte Scheidung

Nachdem die Zentralmacht in Moskau sich Ende Oktober 1989 unter Michail Gorbatschow von der *Breschnew-Doktrin* mit dem Verweis auf den von Frank Sinatra besungenen „eigenen Weg“ entsagt (*Sinatra-Doktrin*), verabschieden sich die ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten Mitteleuropas in die Eigenständigkeit. Angefangen mit der *Solidarność* in Polen führen eine Vielzahl der Demokratisierungsbewegungen im damals sogenannten Ostblock letztlich zum Fall der Berliner Mauer. Diese Dynamik erfasst auch die in Zwangsunion zusammengehaltenen Republiken des Sowjetstaates selbst. Gorbatschow kämpft für seine Überzeugung, dass die Zukunftsfähigkeit der Sowjetunion nur in Offenheit (*Glasnost*) im Rahmen einer Demokratisierung (*Demokratizatsija*), also dem Umbau (*Perestroika*) der bestehenden Staatsstrukturen möglich ist. Zwar trifft das letzte Staatsoberhaupt der Sowjetunion mit seinem *Neuen Denken* den Zeitgeist nach Veränderungen in weiten Teilen der Sowjetgesellschaft, doch gibt es – gerade unter den damaligen Machteliten – auch viele Gegner der Reformen des Sozialismus, die zudem am Imperium festhalten wollen. Schließlich ermöglichen die Gorbatschowschen Reformen die nicht intendierte Entfaltung von nationa-

lem Widerstand in den de facto ethnoterritorialen Verwaltungskörperschaften, in die der

Dr. Felix Riefer ist Bonner Politikwissenschaftler. Seine Forschungsschwerpunkte sind Russland, der postsowjetische Raum und russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler. Er ist Beiratsmitglied des Kölner Lew Kopelew Forums.



multi-ethnische Vielvölkerstaat Sowjetunion gegliedert ist. Der Historiker Manfred Hildermeier bezeichnet diesen Prozess bereits 1998 als „innere Entkolonialisierung“ (S. 1050). Dies wird nicht zuletzt dadurch sichtbar, dass es zu einem klaren Konflikt zwischen dem Machtzentrum und den zwangsvereinigten Republiken kommt. Gorbatschow scheitert mit dem Versuch, einen neuen Unionsvertrag auszuhandeln (*Nowo-Ogarjowo-Prozess*). Sechs der Republiken verweigern diesen Prozess und gehen weiter ihren Unabhängigkeitsbestrebungen nach. So betrachten beispielsweise die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen ihre erzwungene Annexion durch die Sowjetunion im Zuge des Zweiten Weltkrieges als einen illegalen, völkerrechtlich unwirksamen Akt. Schließlich

kommt es am 23. August 1989 – 50 Jahre nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes – zu einer gesamtbaltschen Demonstration: Entlang des Baltikums wird eine etwa 600 Kilometer lange Menschenkette durch die drei Hauptstädte Tallinn, Riga und Vilnius gebildet (North 2011, S. 327). Anschließend erklären sich Estland, Lettland und Litauen für unabhängig (ebd., S. 331).

Diese Entwicklungen, die Reform des Staats- und Gesellschaftssystems und insbesondere die Unabhängigkeitsbestrebungen der Unionsrepubliken, führen zum *Augustputsch*: vom 19. bis 21. August 1991 versucht eine Gruppe von antireformistischen Sicherheitseliten, die Macht im Kreml zu übernehmen. Die August-Putschisten halten am sowjetischen Zentralstaat fest und versuchen durch ihren Staatsstreich die freiheitlichen Prozesse innerhalb der Sowjetunion – die liberalen Reformen sowie den Unabhängigkeitswillen der zwangsvereinigten Nationen – zu unterbinden. Sie scheitern schnell und erreichen genau das Gegenteil (vgl. Lozo 2014). Für die Auflösung der Sowjetunion ist noch ein weiterer Aspekt zentral. Nominell besteht die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) aus 15 Staaten. Doch faktisch ist die Russländische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) gleichzusetzen mit dem Staat auf Unionsebene. Während die Staatsorgane und Verfassungen der übrigen Sowjetrepubliken einen dekorativ-symbolischen Charakter haben, sind die Angelegenheiten der RSFSR gleichzusetzen mit denen der gesamten Union; entsprechend hat die RSFSR keine eigene Untergliederung der Kommunistischen Partei und kein eigenes Innenministerium. Daher erklärt sich die RSFSR am 12. Juni 1990 unter der Führung von Boris Jelzin für souverän. Diese Souveränitätserklärung ist keine Unabhängigkeitserklärung von der Sowjetunion. Hier macht das sowjetische Recht einen Unterschied. Allerdings wird die RSFSR dadurch nun zum echten Teilstaat der Sowjetunion. In der Folge verschärft sich der Machtkampf zwischen der Unionsebene unter Gorbatschow und den sich zunehmend horizontal koordinierenden Republiken. Dabei handelt es sich zunehmend um einen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland (vgl. Plochy 2015). Schließlich verkündet (im Nachgang zum gescheiterten August-Putsch) die Werchowna

Rada, das ukrainische Parlament, die Unabhängigkeit der Ukraine. Diese wird am 1. Dezember 1991 mit 90,3 Prozent qua Volksabstimmung bestätigt (Kappeler 2009, S.7). Konnte die Sowjetunion die Unabhängigkeit der baltischen Staaten verkraften, so ist die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine nunmehr vernichtend. Sowohl Michail Gorbatschow als auch das langjährige Machtzentrum, die Unionsebene, verlieren endgültig ihre Autorität. So kommt es am 8. Dezember 1991 zum *Belowescher-Abkommen*. Mit diesem lösen die Staats- und Regierungschefs der drei slawischen Sowjetrepubliken, Leonid Krawtschuk (Ukraine), Stanislaus Schuschkewitsch (Belarus) und Boris Jelzin (Russland), die Sowjetunion faktisch auf. In der darauffolgenden *Erklärung von Alma-Ata* vom 21. Dezember 1991 schließen sich die meisten übrigen Unionsrepubliken dieser Entscheidung an. An dessen Stelle tritt die *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten* (GUS) als loser Staatenbund. Während in Russland die GUS als eine Übergangsplattform zu einer späteren Konföderation des von ihr nun so bezeichneten *Nahen Auslands* verstanden wird, sieht man in der Ukraine darin gewissermaßen eine Möglichkeit, schrittweise eine „zivilisierte Scheidung“ zu vollziehen (Plochy 2015, S. xi). Am 26. Dezember 1991 wird die Existenz der Sowjetunion schließlich offiziell für beendet erklärt.

Defekte Demokratie und postimperiales Syndrom

Der neue russische Staat ist lediglich ein Rudiment. Das betrifft sowohl die Institutionen als auch die Verfassung. Für die internationale Bühne erfindet das neue Russland für sich ein neues Völkerrechtsverständnis und beschreibt sich fortan mit dem interpretationsfähigen Begriff: *Fortsetzerstaat*. Das bedeutet, dass Russland zwar in gewisser Weise die Rechtsnachfolge der Sowjetunion wahrnimmt und diese faktisch als Russländische Föderation fortbesteht, gleichzeitig aber eine Wesensgleichheit mit dieser ablehnt. Doch weder der gescheiterte sowjetische Präsident Gorbatschow noch das neue Machtzentrum um Jelzin haben eine echte Vorstellung davon, wie der Systemwandel genau aussehen soll. So ist der Übergang von einem System zum anderen durch instabile und untereinander konkurrierende Institutio-

nen der Legislative und der Exekutive sowie deren Akteurinnen und Akteure geprägt. Schließlich bröckelt über die Gestaltung der Transition, insbesondere im Hinblick auf die Einführung der Marktwirtschaft, auch der Konsens der *Augustsieger*: War der *Oberste Sowjet* noch das Zentrum des Widerstands gegen die antireformistischen Sicherheitseliten im August 1991, stellt sich dieser nun zusammen mit dem Volksdeputiertenkongress am 21. September 1993 gegen die Reformen des Präsidenten. Daraufhin lässt Jelzin seine Gegner mit Panzern beschießen und liquidiert so das verbliebene sowjetische Parlament (Shevtsova 2011, S.70–71).

Die *romantische Periode* der Annäherung Russlands an den Westen mit dem pro-westlichen Andrej Kosyrew als Außenminister zu Beginn der 1990er ist zwar nur von kurzer Dauer, doch fließen in dieser Zeit zentrale demokratische Werte als Maxime des sich neu konstituierenden Staates ein. So wird am 12. Dezember 1993 die erste Verfassung der Russländischen Föderation durch einen knappen Volksentscheid verabschiedet und tritt wenige Tage später in Kraft. Die proklamierten Ziele waren entsprechend: *Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft*. Damit werden wichtige Reformen für eine demokratische Entwicklung verabschiedet. Allerdings wird bereits hier das Amt des Präsidenten faktisch über die Verfassung gestellt, denn er soll gleichzeitig auch ihr Garant sein (*superpräsidentiell*). Der Prozess des Zustandekommens der Verfassung, währenddem eine politische Kraft eine andere vernichtet, verspricht ebensowenig wie die fortgeführten Regierungspraktiken sowjetischer Apparatschiks eine freiheitliche Entwicklung für die Zukunft. Der Begriff „defekte Demokratie“ (Mommsen & Nußberger 2009, S. 33) etabliert sich für das neue russische System, welches seinerseits zunehmend eine Institution als informelles Machtzentrum etabliert: die *Präsidentialadministration*. Diese Verwaltung des Präsidentenamtes wird bereits im Sommer 1991 geschaffen und nimmt bezeichnenderweise in dem Gebäude des ehemaligen Zentralkomitees der Kommunistischen Partei ihren Anfang (Mommsen 2004, S. 35–36).

Es gehört zu den Fehlern des Westens, dass sich die Unterstützung damals insbesondere auf die Reform der Wirtschaft und

weniger auf die Reform der Institutionen fokussiert. Im Rahmen des Übergangs zur Marktwirtschaft werde auch die Demokratisierung vorankommen, denkt man. Doch die Realität der Transformationsökonomie bedeutet für die meisten Menschen in Russland zunächst eine erhebliche Verschlechterung der eigenen Lebenssituation.² Gleichzeitig werden politische Prozesse dieser monumental umgestalteten nur unzureichend in die Breite der Gesellschaft kommuniziert. Folglich bilden diese materiellen wie ideellen Unwägbarkeiten den Nährboden für ein *postimperiales Syndrom*. Ein postimperialer Phantomschmerz mischt sich mit einer russischen Variante der Dolchstoßlegende, wonach die Sowjetunion nicht durch eigene Unzulänglichkeit, sondern durch einen vom Ausland gesteuerten Staatsstreich zerstört worden sei. Eine negative Lesart der Umbruchjahre und eine verklärende Erzählung einer imperialen Vergangenheit im Gemisch mit einem neuen Nationalismus anti-amerikanischer, aber auch anti-europäischer Prägung greift in der Folge allmählich um sich. Nicht zuletzt aufgrund einer besonderen Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten Moskaus gilt dabei nach dem Zerfall der Sowjetunion in den USA und in Westeuropa die Devise *Russia first* (vgl. Kappeler 2009, S.278). So kommt etwa erst mit dem *Budapester Memorandum* vom 05. Dezember 1994 eine de facto Anerkennung der territorialen Integrität des ukrainischen Staates von Seiten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens. Hierbei gibt die Ukraine im Gegenzug für Sicherheitsgarantien ihre Atomwaffen an Russland ab, welche etwa 15 Prozent des früheren sowjetischen Arsenal entsprechen (Budjeryn & Umland 2017). Im Gegenzug verspricht Russland erneut ebenfalls die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine zu achten, wie es das bereits im *Belowescha-Abkommen* sowie der *Erklärung von Alma-Ata* getan hat und 1997 in einem bilateralen Vertrag mit der Ukraine abermals tun wird. Kurz darauf sind die vermeintlichen *Flitterwochen* mit dem Westen vorbei. Als Außenminister (1996 – 1998) deklariert der vormalige Geheimdienstler Jewgenij Primakow für Russland wieder einen Großmachtstatus (*Primakow-Doktrin*). In seiner späteren Funktion als Ministerpräsident lässt er sein Flugzeug auf dem Weg

nach Washington umdrehen, als er von der NATO-Intervention im Rahmen des Kosovo-Krieges erfährt. Das geschieht am 24. März 1999 und gilt als *Primakow Schleife* vielen russischen Revisionisten als die eigentliche Geburtsstunde des neuen Russlands.

Repressiv nach Innen und revisionistisch nach Außen

Das Demokratieverständnis von Jelzin erschöpft sich im Grunde in der Akzeptanz von Wahlen als Form des politischen Wettbewerbs. Doch für seine Wiederwahl am 03. Juli 1996 ist er gezwungen, einen zweifelhaften Pakt mit einer neuen Kaste von politischen Akteuren einzugehen: den *Oligarchen*. In den Wirren der Transformationsökonomie können einige Wenige mit Geschick und Skrupellosigkeit märchenhafte Vermögen und somit auch politische Macht an sich reißen. Das Zustandekommen dieser unheilvollen Allianz ist das Ergebnis davon, dass weder die Reformer noch die Oligarchen ein Interesse daran haben, gegen den Kommunisten Gennadi Sjuganow mit seinem Anti-Reformprogramm zu verlieren. Die Oligarchen kontrollieren die einflussreichen Medien im Land und können so Jelzin zum Sieg verhelfen. Retrospektiv wird dadurch ein weiterer Markstein für das spätere System-Putin, das von Sergej Guriev und Daniel Treisman (2022) treffend als „Spindiktatur“ charakterisiert wird, gelegt: die unkontrollierte politische Lenkung der Gesellschaft und des Staates durch einseitige Image- und Medienkampagnen aus der Präsidentschaft heraus. Einer dieser Oligarchen, Boris Beresowski, schlägt später Wladimir Putin für das Amt des Ministerpräsidenten vor (Belton 2020, S.142–143). Der gesundheitlich und politisch stark angeschlagene Jelzin lässt daraufhin seinen politischen Zögling, den liberalen Reformer Boris Nemzow, fallen. Am 31. Dezember 1999 übergibt Jelzin schließlich die Amtsgeschäfte an Putin, der sich bereits im Vorfeld für eine Großmachtspolitik Russlands ausspricht. Eine Reihe von Sprengstoffanschlägen zweifelhafter Urheberschaft begleiten die Machtübergabe. Der zuvor unbekanntere Putin profiliert sich in der Folge als Terrorbekämpfer und am 7. Mai 2000 wird der kommissarische Präsident im Nachgang zur Wahl im März mit 52 Prozent regulär zum Präsidenten ernannt. Später stellt ein

Untersuchungsausschuss eine Verwicklung des russischen Geheimdienstes FSB an den Anschlägen fest. Personen, die an der Aufdeckung beteiligt sind oder helfen, das Wissen darüber zu verbreiten, werden ermordet – beispielsweise Alexander Litwinenko,³ der 2006 an einer Plutonium-Vergiftung stirbt (vgl. Dunlop 2014).

Putin beginnt sogleich, seine Macht im Innern zu sichern und eine auf die Präsidentschaft zugeschnittene *Vertikale der Macht* zu festigen. In seiner ersten Amtszeit sind hierfür zwei Momente zentral: die Kontrolle der Medien und die Kontrolle der Politik. Als Moment, in dessen Nachgang Putin beginnt, die Medien zu zügeln, gilt der 12. August 2001. An diesem Tag verunglückt das russische Atom-U-Boot *Kursk*. Putin ist zu dieser Zeit im Urlaub und äußert sich erst zu der Katastrophe, als der Tod aller 118 Besatzungsmitglieder gemeldet wird. Die noch freien Medien kritisieren den Präsidenten scharf. Ein Beispiel dafür ist der Fernsehsender NTV, welcher sowohl über die *Kursk* als auch über die vermeintlichen Terroranschläge im Vorfeld zu Putins Wahl kritisch berichtet (Belton 2020, S.207–210). Der Oligarch Wladimir Gussinski, der den Sender über seine Media-Most-Holding besitzt, wird daraufhin gezwungen, seine Anteile an Gazprom abzugeben und muss aus Russland fliehen. Gleiches geschieht mit Boris Beresowski und ORT, welcher bald zum kremeltreuen *Ersten Russischen Kanal* wird.

Außenpolitisch erkennt der neue Kremlherr den von der damaligen US-amerikanischen Regierung unter George W. Bush ausgerufenen „Global War on Terrorism“ als Möglichkeit einer gemeinsamen Linie. So interpretiert Putin den bereits vor den Anschlägen am 11. September 2001 begonnenen Zweiten Tschetschenienkrieg in diesem Rahmen und biedert sich den USA auch durch die Zurverfügungstellung von russischen Flughäfen für den Afghanistan-Krieg an. Der Zweite Tschetschenienkrieg wird faktisch bis zum 16. April 2009 andauern und 80.000 Tote und zahlreiche schwere Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen zu Lasten der Zivilbevölkerung hervorbringen. Bereits der Erste Tschetschenienkrieg, der von Boris Jelzin befohlen wurde, hat die Zerstörung der tschetschenischen Hauptstadt Grosny, 100.000 tote Zivilisten und 10.000

gefallene Soldaten gefordert. Die Investigativjournalistin Anna Politkowskaja, die über die Kriegsverbrechen geschrieben hat, wird am 7. Oktober 2006 vor ihrer Wohnung erschossen. Der als äußerst brutal geltende Ramsan Kadyrow wird als Oberhaupt der neuen Tschetschenischen Republik vom Kreml eingesetzt und subventioniert. Obwohl das sogenannte Anti-Terror-Regime nicht mehr gilt, herrscht in Tschetschenien weiterhin völlige Willkür und Rechtlosigkeit. Doch die Charme-Offensive Putins zu Beginn seiner Amtszeit macht den Eindruck, als ob die *Primakow-Doktrin* keine Geltung mehr hätte. Der damalige amerikanische Präsident George W. Bush lädt Wladimir Putin sogar zu sich auf seine Ranch nach Texas ein und sagt öffentlich, dass er ihm vertraue.⁴ Selbst die Abgeordneten im Deutschen Bundestag können am 25. September 2001 hören, dass Russland und Europa sich vereinigen sollten und zwar (entgegen früherer sowjetischer Linien) nicht auf Kosten der Vereinigten Staaten, sondern zum gegenseitigen Wohle. So werden die sich bereits deutlich anbahnenden autoritären Züge Putins und die schrittweise fortschreitenden Repressionen im Innern Russlands im Westen gerne übersehen. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder bejaht in der ARD-Sendung „Beckmann“ Ende 2004 entgegen den vorgebrachten Vorwürfen der Demokratie missachtung sogar, dass Putin ein „lupenreiner Demokrat“ sei.⁵ Dabei markiert spätestens die *Jukos-Affäre* im Oktober 2003 den Übergang Russlands in eine Autokratie. Michail Chodorkowski, der Vorstandsvorsitzende des Jukos-Ölkonzerns, wird damals inhaftiert. Chodorkowski gilt zu diesem Zeitpunkt als der reichste Mann in Russland und belegt den 26. Platz auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt. Er hat sich vielfach medienwirksam mit Putin angelegt und 2001 in London die Open Russia Foundation mit dem Ziel einer Integration eines offenen Russlands in die Weltgemeinschaft gegründet. Erst nach gut zehn Jahren Lagerhaft wird Chodorkowski Russland verlassen können. An seiner Person statuiert Putin ein Exempel, um die russische Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gefügig zu machen. Auch in der Außenpolitik endet bereits 2003 Putins Charme-Offensive gegenüber dem Westen. Mit dem Beginn des Irak-Kriegs im März und der *Rosenrevolution*

in Georgien im November 2003, spätestens jedoch mit der *Orangen Revolution* in der Ukraine im Jahr darauf, sieht man im Kreml die eigenen geopolitischen Ambitionen bedroht. Die Proteste in Tiflis und Kiew, bei denen die Menschen die Etablierung demokratischer Grundrechte in Georgien und der Ukraine fordern, werden vom Kreml nur zu gerne im Kontext der nicht selten militärisch unterfütterten *Democracy Promotion* der USA unter George W. Bush gestellt. Dass es Russland bereits damals um die Verhinderung einer eigenständigen Entwicklung der Staaten im postsowjetischen Raum, insbesondere der Ukraine und ihrer Demokratisierung sowie ihrer Westintegration geht, wird bis zum offenen Angriffskrieg am 24. Februar 2022 nur von wenigen Politikerinnen und Politikern im Westen erkannt.

Wende zur nicht-westlichen Welt und Verfassungsputsch

Es lässt sich festhalten, dass bereits ab 2003 die Weichen sowohl für die sich schrittweise zuspitzende autoritär-repressive Politik im Innern als auch für die sich schrittweise zuspitzende reaktionär-revisionistische Politik im Auswärtigen gestellt sind. Der im öffentlichen Diskurs vielfach zitierten Rede Putins „zur Lage der Nation“ vom 25. April 2005, in der er den „Zusammenbruch“ der Sowjetunion als die „größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ bezeichnet, folgt dann u. a. die erstmalige Verschärfung des russischen NGO-Gesetzes im Jahr 2006. Am 07. Februar 2006 stellt zudem der damals als Chefideologe des Kremls geltende Wladislaw Surkow sein antiwestliches Modell einer „Souveränen Demokratie“ als Abgrenzungs-



Moskau, November 2018: Blick von der Großen Moskwa-Brücke auf den Roten Platz, auf dem eine Militärparade vorbereitet wird. Auf der Brücke wurde am 27.02.2015 der liberale russische Oppositionelle Boris Nemzow erschossen. Nach wie vor bringen Menschen Blumen, um an seine Ermordung zu erinnern.

idee zur freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie westlicher Staaten vor (Mommssen, M., & Nußberger, A. 2009, S. 27). Etwa eine Dekade später wird Sergej Karaganow, ein schillernder Vertreter der postsowjetischen Sicherheitseliten, diese Idee weiterentwickeln und sie schlicht als „Wende nach Osten“ bezeichnen (vgl. Riefer 2020, S. 138). Diese ist als Abwendung vom westlichen Entwicklungspfad zu verstehen und von daher als „Wende zur nicht-westlichen Welt“ zu lesen. Bis heute bleibt diese Ausrichtung für den Kreml programmatisch, auch wenn noch weitere eklektisch-ideologische Aspekte insbesondere neokonservativer Ausprägung im Nachgang zu Putins dritter Präsidentschaft ab 2012 hinzugekommen sind. Darunter fallen beispielsweise neurechte Lesarten eines Neo-Eurasianismus oder eine ebenfalls nicht klar definierte Idee einer *Russischen Welt*, die zaristische und sowjetische Konzepte lose zusammenführt. Auf internationaler Ebene gilt Putins Rede auf der 43. Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007 als eine wichtige Marke, denn hier wird erstmals ungewöhnlich scharf öffentlich eine Kritik an den USA und der NATO artikuliert. Und auch innenpolitisch wird beim Präsidentschaftswahlkampf 2008 auf einen offenen demokratischen Wahlkampf verzichtet, denn es gibt tatsächlich lediglich einen Wechsel ohne Wechsel. Die Machteliten bleiben dieselben – nur dass Putin zunächst auf eine Änderung der Verfassung verzichtet, die bis zur Verfassungsänderung 2010 eine dritte Amtszeit derselben Person ausschließt. Sein Protegé Dmitrij Medwedew tritt für ihn als vermeintlicher liberaler Reformier an.

Das friedfertige Intermezzo währt nicht lange und vom 7.–16. August 2008 kommt es zum Russisch-Georgischen Krieg, in dessen Nachgang eine Reset-Politik der Vereinigten Staaten einen weitgehend konsequenzlosen Übergang zum Business as usual ermöglicht. Bis heute sind 20 Prozent des georgischen Territoriums von russischen Truppen besetzt. Nach erneut gefälschten Parlamentswahlen kommt es im Winter 2011/12 zu den größten Protesten im postsowjetischen Russland, als Folge derer das NGO-Gesetz ein weiteres Mal verschärft wird. NGOs, die Geld aus dem Ausland erhalten, müssen sich seit November 2012 mit dem in Russland äußerst negativ konnotierten Label „ausländischer Agent“

registrieren lassen. Parallel dazu beginnt eine bis heute andauernde restriktive Politik in Bezug auf das Internet und die Kommunikationstechnologien. Schließlich ermöglicht sich Putin nach weiteren Protesten im Nachgang zu wiederholt gefälschten Regionalwahlen 2020 eine Machtperspektive bis 2034. Dafür ändert er die Verfassung und zerstört ganz offen ihren freiheitlichen Charakter von 1993 zugunsten einer national-konservativ-autitären Ausrichtung.

Dass der Kreml keine „zivilisierte Scheidung“ von der Ukraine zulassen würde, wird spätestens mit der versuchten Verhinderung der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union im November 2013 deutlich. In der Folge kommt es zu einer Mobilisierung in der ukrainischen Gesellschaft, die deutlich zeigt, dass es, im Gegensatz zu Russland, in der Ukraine zu keiner anhaltenden autokratischen Regierungsform kommen wird. Weder die Annexion der Halbinsel Krim, noch die darauffolgende hybride Kriegsführung oder die unprovokierte Ausweitung zum offenen Angriffskrieg konnten den Freiheitswillen der Ukrainerinnen und Ukrainer brechen!

Anmerkungen

- 1 Der Neologismus *Russländisch* ist ein substantiviertes Adjektiv des aus der russischen Sprache stammenden *rossijskij*, welches sich auf die Staatsbürgerschaft bzw. früher auf die Bewohner des Imperiums bezieht. Es soll die Multiethnizität des russischen Staates sichtbar machen. Die Bezeichnung *Russische Föderation* ist dem juristisch gleichgestellt (vgl. Riefer 2020, S.9). Zur multiethnischen Tradition Russlands vgl. Kappeler (2008) „Russland als Vielvölkerreich: Entstehung, Geschichte, Zerfall“.
- 2 Vgl. Think Tank des Europäischen Parlaments (2018) Socioeconomic inequality in Russia, abrufbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2018/620225/EPRS_ATA\(2018\)620225_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2018/620225/EPRS_ATA(2018)620225_EN.pdf) (Zugriff: 12.10.2022).
- 3 So veröffentlicht Litvinenko einen Beitrag in der unabhängigen Zeitung Nowaja Gazeta und bald darauf das Buch „Blowing up Russia“ (2002), in denen er die Serie von Anschlägen auf Moskauer Wohnhäuser in Zusammenhang mit der Wahl von Wladimir Putin zum Präsidenten Russlands bringt.
- 4 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung online vom 16.06.2001, abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/gipfeltreffen-bush-und-putin-sprechen-von-neubeginn-120395.html> (Zugriff: 12.10.2022).
- 5 Vgl. Hamburger Abendblatt online vom 23.11.2004, abrufbar unter: <https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article106930893/Schroeder-Putin-ist-lupenreiner-Demokrat.html> (Zugriff: 12.10.2022).

blatt.de/politik/deutschland/article106930893/Schroeder-Putin-ist-lupenreiner-Demokrat.html (Zugriff: 12.10.2022).

Literatur

- Belton, C. (2020): *Putin's People : How the KGB took back Russia and then took on the West*. Picador, New York.
- Budjeryn, M. & Umland, A. (2017): *Amerikanische Russlandpolitik, die Souveränität der Ukraine und der Atomwaffensperrvertrag: Ein Dreiecksverhältnis mit weitreichenden Konsequenzen*. SLRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen, 1(2), 133–142.
- Dunlop, J. B., (2014): *The Moscow Bombings of September 1999: Examinations of Russian Terrorist Attacks at the Onset of Vladimir Putin's Rule*. Ibdem-Verlag, Stuttgart.
- Guriey, S. & Treisman, D. (2022): *Spin Dictators : The changing face of tyranny in the 21st century*. Princeton University Press.
- Hildermeier, M. (1998): *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991*. C. H. Beck, München.
- Kappeler, A. (2009): *Kleine Geschichte der Ukraine* (3. Aufl.). C. H. Beck, München.
- Kappeler, A. (2008): *Russland als Vielvölkerreich : Entstehung, Geschichte, Zerfall* (2. Aufl.). C. H. Beck, München.
- Lozo, I. (2014): *Der Putsch gegen Gorbatschow und das Ende der Sowjetunion*. Böhlau, Köln.
- Mommssen, M., & Nußberger, A. (2009): *Das System Putin: Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Rußland* (2. Aufl.). C.H. Beck, München.
- Mommssen, M. (2004): *Wer herrscht in Rußland?: Der Kreml und die Schatten der Macht*. C. H. Beck, München.
- North, M. (2011): *Geschichte der Ostsee : Handel und Kulturen*. C.H. Beck, München.
- Plokhly, S. (2015): *The last empire: the final days of the Soviet Union*. Oneworld, Richmond.
- Riefer, F. (2020): *Russlands Außenpolitik unter Putin 2000–2018. Welchen Einfluss haben russische Think Tanks auf die auswärtige Politikgestaltung des Kremls?* Springer VS, Wiesbaden.
- Riefer, F. (2017): *Die Erzählung vom Ende der Sowjetunion als außenpolitischer Referenzpunkt*. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 67(21–22), S. 22–26.
- Shevtsova, L. (2011): *The Fall of the Berlin wall: a time to reflect on why things are not as they should be....* In: Bubnova, N. (Hg.) *20 Years Without the Berlin Wall: A Breakthrough to Freedom*. Carnegie Endowment for International Peace, abrufbar unter: https://www.files.ethz.ch/isn/136509/20_yearsWall_Eng_Full%20Text.pdf (Zugriff: 12.10.2022).

Norman Laws

Der Ukraine-Krieg als soziale und ökologische Frage

Einführung

Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 ließ der russische Präsident Wladimir Putin seine Truppen die Ukraine am



Dr. Norman Laws ist Referatsleiter für europapolitische Reden in der Staatskanzlei Hessen und Lehrbeauftragter an den Universitäten Bielefeld und Lüneburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Nachhaltigkeits- und Europapolitik.

24. Februar 2022 ein weiteres Mal überfallen. Das Ziel: Die Zerschlagung eines lebensfähigen ukrainischen Staates. Während über Kriege häufig in geostrategischen Bezügen berichtet wird, ist es mindestens ebenso wichtig, die *Auswirkungen von Kriegen auf soziale und ökologische Zusammenhänge* in den Vordergrund zu rücken – denn gerade sie sind von existentieller Bedeutung und betreffen die unmittelbare Lebensumwelt der Menschen.

Soziale und ökologische Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine zeigen sich sowohl auf regionaler als auch auf nationaler und globaler Ebene. Im Rahmen des vorliegenden Beitrags werden neben den bisherigen öko-sozialen Folgen in den beiden kriegführenden Staaten die bereits in Deutschland sichtbaren sozialen und ökologischen Effekte des Krieges in den Blick genommen.

Die konkreten Auswirkungen: Natur und Umwelt in der Ukraine

Betrachtet man die *konkreten Auswirkungen* auf Natur und Umwelt in den Kampfgebieten, zeigen sich bereits jetzt umfangreiche und nachhaltige Schädigungen. Auf dem Gebiet der Ukraine befinden sich Lebensräume, die 35 % der biologischen Vielfalt Europas beherbergen, darunter 70.000 Pflanzen- und Tierarten. Einige dieser Arten kommen nur dort vor und/oder sind bedroht, dazu zählen etwa Wisente, Braunbären und Luchse (WWF 2022).

Der Einsatz von Sprengmaterialien und Militärfahrzeugen schädigt die Lebens-

räume dieser Tiere und Pflanzen – und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb von Schutzgebieten. Satellitenaufnahmen des *Europäischen Waldbrandinformationssystems* zeigen, dass im Kriegsgebiet bereits bis Juni 2022 über 100.000 Hektar natürlicher Ökosysteme durch Feuer geschädigt wurden (ebd.). Nach Angaben des ukrainischen Umweltministeriums waren im gleichen Zeitraum mindestens 900 Schutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 1,2 Millionen Hektar (30 % aller ukrainischen Schutzgebiete) durch Beschuss, Bombardierung oder Ölverschmutzung vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen (ebd.). Allein in den ersten vier Monaten der Invasion wurden 37.000 Brände registriert; betroffen waren 250.000 Hektar Wald (Pearce 2022). Die Umweltschützer der *Ukraine Nature Conservation Group* listeten 20 Pflanzenarten aus den Steppen auf, die aufgrund des Krieges aussterben könnten (ebd.). Gleichgültigkeit gegenüber den Auswirkungen auf die Natur war auch bei der Sabotage der Nordstream-Pipelines im September 2022 zu erkennen. Als Folge dieser Sabotage, bei der Russland als Verursacher naheliegt, könnten nach Angaben des *Umweltbundesamtes* Treibhausgase in einer Größenordnung von einem Prozent dessen, was Deutschland sonst in einem ganzen Jahr emittiert, in die Atmosphäre gelangt sein (Deutschlandfunk 2022a).

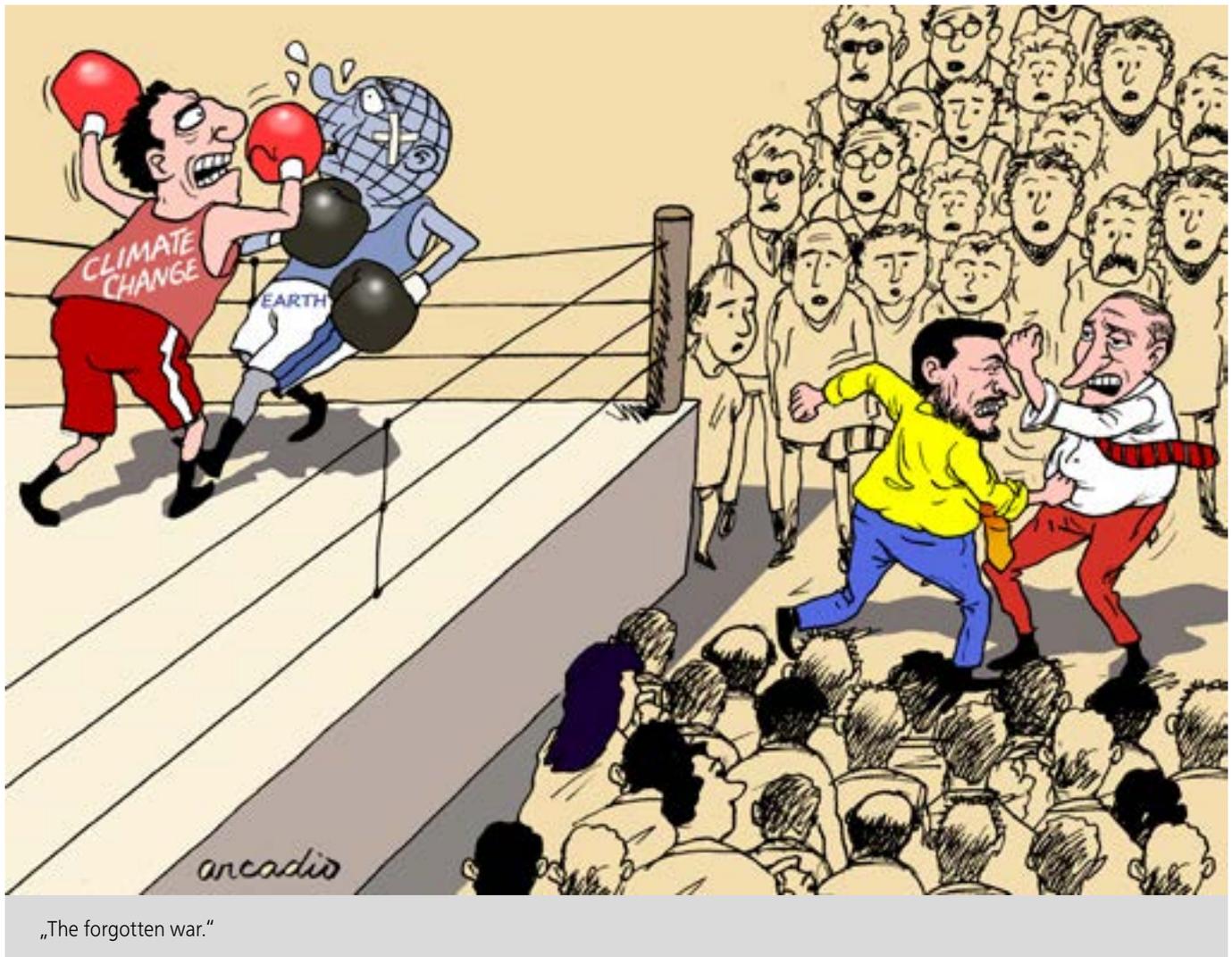
Die Folge von Krieg besteht also immer in Störung und Zerstörung von Flora und Fauna. Dabei handelt es sich häufig nicht nur um die billigende Inkaufnahme von negativen Auswirkungen auf die Natur, sondern auch um die *strategische Nutzung von Umweltzerstörung für die eigenen Ziele*. Ein besonders gravierendes Beispiel sind die irakischen Truppen, die bei ihrem Rückzug 1991 aus dem besetzten Kuwait ca. siebenhundert Ölquellen anzündeten, um den Vormarsch der von den USA geführten Koalitionstruppen aufzuhalten. Auch in der Ukraine wird Umweltzerstörung bewusst zu taktischen Zwecken eingesetzt, so etwa bei dem Beschuss des Wasserkraftwerks bei Krywyj Rih am 14. September 2022 durch Russland: Mit

dem Bombardement wurde versucht, die örtliche Bevölkerung von Energie, Wärme, Wasser und Licht abzuschneiden und damit die Arbeits- und Versorgungsmöglichkeiten zu treffen – und zwar, indem die Heimatstadt des ukrainischen Präsidenten unter Wasser gesetzt und das Kraftwerk zerstört werden sollte. Diese militärstrategische Umweltzerstörung mit dem Ziel, menschliche und damit auch soziale Nöte und Krisen auszulösen, zeigt, wie eng ökologische und soziale Folgen in diesem Krieg miteinander verbunden sind.

Die soziale Dimension: Der russische Umgang mit eigenen Soldaten und eigener Bevölkerung

Während Tausende ukrainische Zivilisten und Soldaten durch die von Putin befohlene Invasion getötet wurden und Flucht und Vertreibung das soziale Gefüge in der Ukraine massiv in Mitleidenschaft gezogen haben, hat der Krieg auch entsprechende soziale Auswirkungen in Russland. Die offene *Missachtung und Geringschätzung menschlichen Lebens* durch die politische und militärische Führung Russlands bezieht sich eben nicht nur auf die Bevölkerung der Ukraine, sondern auch auf die eigenen Soldaten und Zivilisten. In den Wäldern der Sperrzone um Tschernobyl, die eine latente radioaktive Gefahr darstellen, wirbelten russische Fahrzeuge in den ersten Kriegswochen nicht nur radioaktiven Staub auf – russische Soldaten mussten dort auch Schützengräben ausheben, schlafen, essen und leben. Der Beschuss der Umgebung des Atomkraftwerkes Saporischschja, dem leistungsstärksten AKW Europas, ist ein weiteres Beispiel für die Rücksichtslosigkeit der russischen Militärführung auch gegenüber den eigenen Soldaten: denn diese Soldaten befanden sich ebenfalls in einem Bereich, der bei einer nuklearen Katastrophe unmittelbar betroffen gewesen wäre.

Wenn die russische Armee und der Umgang ihrer Führung mit den einfachen Soldaten ein Spiegelbild der russischen Gesellschaft sind, dann offenbart sich eine Ordnung, die auf sozialer Spaltung und Rassismus beruht. Eine Untersuchung von *Adam Lenton*



Karikatur: Cartoonarcadio/toonpool.com, 21.04.2022

(2022) illustriert, dass ethnische Minderheiten aus ärmeren Regionen überproportional häufig unter den in der Ukraine gefallenen russischen Soldaten zu finden sind. Während in der Ukraine kaum Soldaten aus den überwiegend ethnisch-russischen Gebieten mit höheren Einkommensstrukturen wie St. Petersburg oder Moskau starben, waren es insbesondere die buddhistischen Regionen Sibiriens wie Burjatien und die muslimischen Regionen im Nordkaukasus wie Nordossetien und Dagestan, die den höchsten Blutzoll für die Idee eines neuen russischen Imperiums zu zahlen hatten (ebd.). Auch eine im April 2022 vorgenommene Auswertung der BBC, die sich auf 1083 bestätigte russische Gefallene bezog, zeigte, dass kein einziger Gefallener aus Moskau stammte, während 93 Tote aus Dagestan und 53 Tote aus Burjatien kamen – und das, obwohl in der russischen Hauptstadt ca. 13 Millionen Menschen leben, in Dages-

tan aber nur knapp 3 Millionen und in Burjatien noch nicht einmal eine Million (Wedekind 2022). Eine Ursache dafür war, dass für viele junge Männer aus den ärmsten Regionen (zu denen Burjatien und die anderen primär nicht-ethnisch-russisch geprägten Republiken gehören) der Dienst im Militär zu den wenigen Möglichkeiten für eine Karriere und eine feste Einnahmequelle gehört (ebd.). Gerade in den ärmeren Republiken erfolgt die Rekrutierung für die russische Armee aber häufig auch unter Zwang (ebd.).

Im Ergebnis werden ärmere, nicht-ethnische Russen – entweder über ihre prekäre sozioökonomische Stellung oder direkt – in einen Krieg gezwungen, den sie für die nationalistischen und imperialen Ideen von Angehörigen einer wohlhabenden ethnisch-russischen Elite führen und in dem sie nicht nur ukrainische Leben und Natur zerstören, sondern auch ihre eigenen Leben aufs Spiel

setzen. Bezeichnenderweise kam es in Russland erst zu größeren Protesten, als Putin nach einer Reihe militärischer Rückschläge im September 2022 eine „Teilmobilmachung“ verkündete, die unmittelbar auch ethnische Russen aus den besser gestellten Gebieten und Schichten betraf.

Eine andere Folge für das Sozialgefüge und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Russischen Föderation ist der so genannte *Brain-Drain*: unter denjenigen jungen Männern, die versuch(t)en, sich ihrer Einberufung durch Flucht ins Ausland zu entziehen, sind die Bessergestellten und Gutausgebildeten überrepräsentiert (Deutschlandfunk 2022b). Nimmt man an, dass russische Flüchtlinge im Vergleich zu anderen Bevölkerungsteilen kritischer gegenüber Putins Regime eingestellt sind, kann diese Massenauswanderung durchaus auch eine systemstabilisierende Wirkung haben.

Soziale Folgen außerhalb des Kriegsgebietes

Der russische Angriffskrieg hat auch auf globaler Ebene beträchtliche öko-soziale Folgen. Dazu gehören die Reaktivierung der Kohlekraft in der EU und der Umstieg auf ökologisch fragwürdiges Flüssiggas – beides Maßnahmen, die nicht zur Erreichung der internationalen Klimaziele oder zum Ziel der EU, Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, beitragen. Die sich durch den Klimawandel in vielen Teilen der Welt verschlechternden Lebensbedingungen werden die Wahrscheinlichkeit sozialer Probleme weiter erhöhen. Ganz unmittelbar gehört die Beeinträchtigung der Ernährungssicherheit durch die weltweite Verknappung von Weizen zu den sozialen Folgen des Krieges. Davon sind insbesondere ärmere Länder betroffen. Aber auch ökonomisch starke Staaten wie Deutschland sehen sich aufgrund der Folgen der ausbleibenden russischen Energielieferungen (oder aufgrund des bewussten Verzichts auf sie) mit einer für die Nachkriegszeit beispiellosen wirtschaftlichen und sozialen Krise konfrontiert.

Energiekosten

Die Mineralölkonzerne realisieren infolge des Ukraine-Krieges Rekordgewinne. Allein Shell, der größte Ölkonzern Europas, weist etwa für das zweite Quartal 2022 einen Gewinn von 17,6 Mrd. Euro aus – das entspricht einer Steigerung von 500 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Den Ausnahmegewinnen der Energiekonzerne stehen hohe Kaufkraft- und damit Wohlstandsverluste der Bevölkerung gegenüber. So war etwa importiertes Gas bereits zum Zeitpunkt der russischen Invasion der Ukraine dreieinhalb Mal so teuer wie noch ein Jahr zuvor. Und während Neukunden in Deutschland am Vortag der Invasion für eine Kilowattstunde Gas noch durchschnittlich 12,3 Cent zahlen mussten, waren es am 01. September 2022 bereits 40,4 Cent (Behrend & Maciejewski 2022).

Nach einem Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) gaben im Mai 2022 25 % der Deutschen mehr als 10 % ihres Nettoeinkommens für Energie (Heizen, Warmwasser und Strom) aus; 2021 traf dies nur auf 14,5 % der Bevölkerung zu (Henger & Stockhausen 2022). Energiearmut gefährdet in Deutschland zunehmend auch Menschen der Mittelschicht – besonders betroffen

bleiben aber die Menschen unterhalb der *Armutsriskogrenze* (weniger als 60 % des mittleren Haushaltsnettoeinkommens). 65 % der Menschen aus dieser Gruppe geben mehr als 10 % ihres Nettoeinkommens für Energie aus, im Gegensatz zu 2021 ist das ein Anstieg um 16 Prozentpunkte (ebd.). Mit dem Anstieg der Energiepreise steigt auch das Risiko der Armutgefährdung selbst. Bereits ohne die Auswirkungen der russischen Invasion der Ukraine war die Armutgefährdungsquote in Deutschland seit 2006 bis 2021 kontinuierlich angestiegen – und zwar von 14 % auf 16,6 %.

Inflation

Die steigenden Energiepreise sind die Hauptursache für die stark steigende Teuerungsrate – aber auch der Anstieg der Lebensmittelpreise spielt eine Rolle. In der Eurozone stieg die Inflation im September 2022 auf den Rekordwert von 10 %. Auch in Deutschland lag nach Schätzungen des *Statistischen Bundesamtes* die jährliche Teuerungsrate im September bei 10 % – und damit auf dem höchsten Stand seit circa 70 Jahren. In Deutschland verteuerte sich Energie im September 2022 im Gegensatz zum Vorjahr um 43,9 %, der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln wurde mit 18,7 % ausgewiesen. Und für 2023 erwarteten die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten 2022 eine Teuerungsrate von 8,8 %. Da die Produktionskosten für die Unternehmen mit den Energiepreisen immer weiter steigen und auch den Verbrauchern immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen und Nachfrage zu generieren, besteht auch die Gefahr einer Rezession. Nach einer Umfrage des *Handelsverbandes Deutschland* (HDE) schränkten sich im September 2022 bereits 60 % der deutschen Verbraucher beim Einkaufen ein (Handelsblatt 2022).

Die Auswirkungen der Inflation auf das tägliche Leben verhalten sich umgekehrt proportional zum Haushaltseinkommen. Wenn Dinge des täglichen Lebens wie Lebensmittel oder Energie teurer werden, dann hat das für sozial schwache Haushalte besonders einschneidende Folgen. Menschen, die ohnehin kaum Möglichkeiten zum Sparen hatten, haben bei hohen Inflationsraten – wenn sie ihren bisherigen Lebensstandard halten und die gleichen

Dinge konsumieren wollen, wie bisher – deutlich geringere Möglichkeiten, Rücklagen zu bilden. Stattdessen erhöht sich bei ihnen die Gefahr, sich und ihren Lebensstandard massiv einschränken zu müssen, um überhaupt die Dinge des täglichen Bedarfs finanzieren zu können. Der *Deutsche Sparkassen- und Giroverband* geht sogar davon aus, dass perspektivisch bis zu 60 % der deutschen Haushalte jeden Monat mindestens ihre gesamten verfügbaren Einkünfte (oder eben mehr) für die reinen Lebenshaltungskosten werden aufbringen müssen (RND 2022). Deshalb werden in einkommensschwächeren Haushalten gerade Ausgaben, die nicht unbedingt notwendig sind, gestrichen. Finanziell besser gestellte Menschen erleben über die geringere Kaufkraft des Euro zwar ebenfalls die Folgen der Inflation. Allerdings besteht bei ihnen kaum die Gefahr, die unmittelbar zur Befriedigung der Grundbedürfnisse notwendigen Güter (Nahrung, Wohnen, Energie ...) nicht bezahlen zu können.

Soziale Spaltung verschärft sich

Die durch den Ukraine-Krieg verursachten Preiserhöhungen und inflationären Tendenzen verschärfen die bestehenden sozialen Spaltungen. Schon seit langer Zeit wachsen Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland. Der Gini-Koeffizient etwa, dessen Wert Auskunft über Ungleichverteilungen gibt (je näher am Wert 1, desto ungleicher ist die Verteilung), lag in Deutschland 2018 bezogen auf die Vermögen bei 0,783 (Schröder et al. 2020). Damit war das Vermögen in Deutschland extrem ungleich verteilt – so ungleich, wie kaum irgendwo sonst in Europa. Bereits im Jahr 2020 besaßen in Deutschland die reichsten 10 Prozent je nach Datengrundlage zwischen 59 % und 67 % des Gesamtvermögens, das reichste Prozent zwischen 22 % und 35 % und die reichsten 0,1 Prozent sogar zwischen 7 % und 20 % des Gesamtvermögens (Schröder et al. 2020, S. 515). Da sich Einkommen und Vermögen auch in politischen Einfluss transferieren, handelt es sich nicht nur um ein sozialpolitisches, sondern auch um ein machtpolitisches Problem.

Die problematische Situation vieler Bürgerinnen und Bürger mit höheren Kosten und gleichzeitigen Kaufkraftverlusten könnte über zusätzliche Transferleistungen ausgeglichen werden. Allerdings hatten sich bereits

mit der Corona-Pandemie die öffentlichen Schuldenstände derart ausgeweitet, dass im politischen Raum gerade von liberaler oder konservativer Seite argumentiert wurde, es würde kaum Spielraum für weitere Ausgaben bestehen – und für umverteilende Maßnahmen schon einmal gar nicht. Tatsächlich sind in Deutschland die Schulden der öffentlichen Haushalte Ende 2020 auf den Rekordwert von 2172,9 Milliarden Euro gestiegen. Innerhalb eines Jahres erhöhten sich die finanziellen Verbindlichkeiten des Staates um 14,4% oder 273,8 Milliarden Euro – niemals zuvor wurde innerhalb eines Jahres ein derart hoher Schuldenanstieg statistisch erfasst. Trotzdem hat die Bundesregierung zur Abfederung der Energiepreise zumindest einige Entlastungs- und Unterstützungspakete auch für private Haushalte (und natürlich auch für Unternehmen) beschlossen, unter anderem einen „Abwehrschirm“ mit einem Volumen von bis zu 200 Milliarden Euro.

Bürgerinnen und Bürger, die sich in ihrem täglichen Leben stark einschränken müssen, um ihre Familien mit Lebensmitteln oder im Winter mit Heizungswärme zu versorgen oder diejenigen, die Schulden aufnehmen müssen, um ihren Lebensstandard zu halten, mögen zwar Gelder aus den diversen Rettungsschirmen erhalten, sie bleiben aber Hauptbetroffene dieser sozialen Krise. Vermögende Menschen können hingegen von der Situation durchaus profitieren – etwa dann, wenn sie Privaten oder dem Staat Mittel zur Verfügung stellen, die diese brauchen, um die derzeitige Situation finanziell überbrücken zu können. Diese Wohlhabenden sind es, für die die Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand und der Bürgerinnen und Bürger lukrativ ist – was man unter anderem auch an den steigenden Verzinsungen der Bundesanleihen und anderer Staatsanleihen sieht. Aus der Perspektive von Sozialpolitik und sozialer Gerechtigkeit besteht auf diese Weise die Gefahr einer zusätzlichen Vermögens- und Einflussverteilung von arm zu reich: während private Akteure und der Staat Gelder aufnehmen und dafür Zinsen bezahlen müssen, wächst für diejenigen, die über die Möglichkeit verfügen, Gelder verleihen zu können, der finanzielle Reichtum – und damit auch ihr gesellschaftlicher Einfluss (Laws 2015, S. 115ff.). Findet kein politisches Gegensteuern etwa über eine „Reichensteuer“, wie sie

Spanien im Oktober 2022 angekündigt hat oder über Übergewinnabgaben statt, wird sich die Umverteilung zuungunsten der weniger begüterten Menschen fortsetzen. Nicht zuletzt angesichts der epochalen Aufgabe einer ökologischen Transformation der derzeitigen Wirtschaftsordnung stellt sich die Frage, ob diese nicht mit einer umfassenden sozialen Umgestaltung verbunden sein muss, um erfolgreich sein zu können – oder, ob dazu nicht sogar ihre radikale Neuformierung oder Überwindung notwendig ist (Foster, Clark & York 2010). Ökologischer und sozialer Fortschritt bedingen sich gegenseitig, weshalb die ökologische Frage mit einer grundsätzlichen Debatte zu den Auswirkungen des vorherrschenden Wirtschaftssystems und zur Verteilungsgerechtigkeit verbunden werden muss. Dafür können – und müssen vielleicht sogar – unorthodoxe Fragen gestellt werden. Beispielsweise: Warum sollte jemand – sagen wir – mehr als 8.000 Euro brutto verdienen? Warum sollte jemand mehr Wohnungen oder Häuser besitzen, als er oder sie tatsächlich bewohnt? Warum werden Erbschaften als leistungslose Einkommen nicht einer Besteuerung unterworfen, die systematisch die Vermögen von oben nach unten umverteilt? Wenn die Vermögenden signifikant weniger konsumieren würden oder der über die Spitzenvermögen und Finanzmärkte angetriebene Wachstumszwang aufgehoben würde (Laws 2015, S. 131ff.), wird weniger fossile Energie benötigt, was u. a. auch ein Beitrag wäre, um die Abhängigkeit von undemokratischen, despotischen und unzuverlässigen Energielieferanten zu reduzieren. Auch sicherheitspolitische Überlegungen lassen sich also mit radikal transformativen ökosozialen Konzepten wie etwa dem Degrowth (z. B. Latouche 2009) verbinden.

Der russische Krieg in der Ukraine kann also ein Anlass sein, die gesellschaftlichen Missstände der mangelnden Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit wieder auf die politische Agenda zu bringen – bisher sieht man davon in der öffentlichen Debatte aber kaum etwas.

Literatur

Behrend, A. & Maciejewski, C. (2022): „Gaspreis aktuell: So viel kostet die Kilowattstunde“, NDR, 10.10.2022, [\[die-Kilowattstunde,gaspreis142.html\]\(https://www.ndr.de/ratgeber/verbraucher/die-Kilowattstunde,gaspreis142.html\) \(Zugriff: 10.10.2022\).](https://www.ndr.de/ratgeber/verbraucher/Gaspreis-aktuell-So-viel-kostet-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Deutschlandfunk (2022a): „Warnung vor massiven Umweltschäden“, Deutschlandfunk online, <https://www.deutschlandfunk.de/warnung-vor-massiven-umweltschaeden-102.html> (Zugriff: 01.10.2022).

Deutschlandfunk (2022b): „London: Flucht vor Einberufung führt zu Brain-Drain in Russland“, Deutschlandfunk online, <https://www.deutschlandfunk.de/london-flucht-vor-einberufung-fuehrt-zu-brain-drain-in-russland-100.html> (Zugriff: 10.10.2022).

Foster, J. B., Clark, B. & York, R. (2010): *The Ecological Rift*. Monthly Review Press: New York.

Handelsblatt (2022): „Umfrage: 60 Prozent der Verbraucher schränken sich beim Einkauf ein“, Handelsblatt online, 28.09.22, <https://www.handelsblatt.com/dpa/umfrage-60-prozent-der-verbraucher-schraenken-sich-beim-einkauf-ein/28712964.html#:~:text=beim%20Einkauf%20ein-,Umfrage%3A%2060%20Prozent%20der%20Verbraucher%20schr%3A4nken%20sich%20beim%20Einkauf%20ein,in%20Auftrag%20gegebene%20repr%3A4sentative%20Umfrage> (Zugriff: 10.10.2022).

Henger, R. & Stockhausen, M. (2022): *Gefahr der Energiearmut wächst*, IW-Kurzbericht, Nr. 55, Köln/Berlin.

Laws, N. (2015): *Biodiversität. Gesellschaft, Politik, Wirtschaftssystem*. Baden-Baden.

Latouche, S. (2009): *Farewell to Growth*. Cambridge.

Lenton, A.C. (2022): „Who is dying for the Russian World?“, *Riddle*, 26.04.2022, <https://ridl.io/who-is-dying-for-the-russian-world/> (Zugriff: 10.10.2022).

Pearce, F. (2022): „Collateral Damage: The Environmental Cost of the Ukraine War“, *Yale Environment 360*, 29.08.2022, <https://e360.yale.edu/features/ukraine-russia-war-environmental-impact#:~:text=As%20the%20war%20in%20Ukraine,term%20impacts%20could%20be%20profound> (Zugriff: 10.10.2022).

RND (2022): „Sparkassen: Mehr als jeder zweite Haushalt kann bald nicht mehr sparen“, 21.08.2022, <https://www.rnd.de/wirtschaft/inflation-grossteil-der-haushalte-kann-kuenftig-nicht-mehr-sparen-NXEGFSYD2HQKYRBZKKNMRO33A.html> (Zugriff: 20.10.2022).

Schröder, C./Bartels, C./Göbler, K./Grabka, M.M./König, J. (2020): *MillionärInnen unter dem Mikroskop*, DIW Wochenbericht Nr. 29/2020, S. 511-521.

Wedekind, K. (2022): „So sieht die russische Mobilmachungs-Hölle aus“, n-tv online, 23.09.2022, https://www.n-tv.de/politik/So-sieht-die-russische-Mobilmachungs-Hoelle-aus-article23607875.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE (Zugriff: 10.10.2022).

WWF (2022): *Assessing the Environmental Impacts of the War in Ukraine*, WWF Central and Eastern Europe, <https://wwf.org/news/assessing-the-environmental-impacts-of-the-war-in-ukraine> (Zugriff: 10.10.2022).

Christiane Lemke

Herausforderungen und Perspektiven der Europäischen Union angesichts des Ukraine-Krieges

Die Europäische Union (EU) ist bereits seit längerem bestrebt, ihre Außen- und Sicherheitspolitik besser zu koordinieren und ein klareres Profil nach außen zu gewinnen. Mit dem Krieg in der Ukraine hat sich allerdings die geopolitische Lage in Europa grundlegend geändert. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, dem eine längere Geschichte zunehmend aggressiver russischer Außenpolitik vorausgeht (vgl. den Beitrag von Felix Riefer in



Prof. Dr. Christiane Lemke ist emeritierte Universitätsprofessorin für Politikwissenschaft an der Leibniz Universität Hannover und derzeit Visiting Professor im Department of Political Science an der University of North Carolina at Chapel Hill. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Europapolitik und transatlantische Beziehungen, US-amerikanische Politik sowie Friedens- und Konfliktforschung.

dieser POLIS), stellt heute neben dem Klimawandel die bedeutendste Herausforderung für den europäischen Kontinent dar. Trotz vielfältiger historischer, kultureller und wirtschaftlicher Verbindungen wird Russland aufgrund des Aggressionskrieges und weiterer gravierender völkerrechtswidriger Handlungen nunmehr als Gegner und nicht mehr als Partner Europas verstanden. Diese neue Entwicklung beeinflusst sowohl die Außenpolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer als auch die sicherheitspolitische Strategie der NATO.

Die weltpolitische Lage hat sich bereits in den neunziger Jahren von der bipolaren Welt zweier Supermächte zur multipolaren Welt entwickelt. Neben den USA mit ihrem ungleich größeren wirtschaftlichen und militärischen Potential standen zunächst die aufstrebenden BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Aus dieser Gruppe sticht der Aufstieg Chinas zur Weltmacht hervor, der seit Beginn des 21. Jahr-

hunderts sowohl wirtschaftlich als auch militärisch stetig vorangeschritten ist, während die anderen Länder eher regional oder auf bestimmten Gebieten an Einfluss gewannen. So hatte sich Russland beispielsweise neben seiner Militärmacht vor allem auf den Energiesektor konzentriert, während der Konsumgüterbereich und die Technologieentwicklung (im Gegensatz zu China) nur wenig Innovation aufwies.

Mit diesen Veränderungen drängen sich zugleich neue Fragen für die internationale Ordnung auf. Die liberale Nachkriegsordnung mit dem Versuch, eine regelbasierte, multilaterale internationale Zusammenarbeit umzusetzen, ist aufgrund der neuen Entwicklungen in schweres Fahrwasser geraten.

Veränderte weltpolitische Rahmenbedingungen – neue Herausforderungen

Die globalen Kräfteverschiebungen fordern die EU zu einem für sie ungünstigen Zeitpunkt heraus. Gerade erst hat sie den Austritt Großbritanniens in längeren komplizierten Verhandlungen verkraften müssen und damit ein Mitgliedsland verloren, das nicht nur wirtschaftlich für die anderen europäischen Staaten von Bedeutung war (und weiterhin ist), sondern welches auch die Außenbeziehungen der EU wesentlich mitgestaltet hat. Gerade im Rahmen der EU-Erweiterungen 2004, 2007 und 2013 hat Großbritannien wesentliche Unterstützung geleistet, ebenso in der aktiven Gestaltung der transatlantischen Beziehungen mit den USA und Kanada. Kurz darauf hat die Corona-Pandemie zu tiefen Einschnitten im wirtschaftlichen und sozialen Austausch innerhalb der EU sowie mit internationalen Partnern geführt. Umfangreiche Hilfen, die die EU-Kommission auf den Weg gebracht hat, haben zwar die unmittelbaren, negativen Folgen der pandemiebedingten Lockdowns abgefedert, eine nachhaltige Erholung steht aufgrund internationaler Verflechtungen von Handel und Produktion jedoch noch aus. Der externe Schock durch

den Übergriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 verschärfte die wirtschaftlichen Probleme, aber auch die politischen Herausforderungen für die EU, denn einen Aggressionskrieg in Europa hatte die EU nicht erwartet und die Folgen daher nicht antizipieren können.

Dennoch hat sich die EU relativ rasch auf umfangreiche Sanktionen gegen Russland geeinigt, energiepolitische Konsequenzen gezogen und vor allem auch die sicherheitspolitischen Herausforderungen überdacht (Moroff 2022). Die Brisanz des Krieges gegen die Ukraine ergibt sich dabei nicht nur aufgrund der Drohungen eines Nuklearwaffeneinsatzes durch Russland. Vielmehr stellen die imperialen Bestrebungen Russlands unter Putin nicht nur die Eigenstaatlichkeit und Souveränität der Ukraine grundsätzlich in Frage, sondern sie führen auch dazu, dass ausbleibende Energielieferungen als Waffe gegen die westlichen Länder eingesetzt werden. Damit ist das Modell der früheren Ostpolitik, Wandel und engere Verbindungen durch friedlichen Handel herzustellen – zumindest auf absehbare Zeit – außer Kraft gesetzt.

Aber nicht nur die Beziehungen zu Russland unterliegen einem fundamentalen Richtungswechsel. Vielmehr stellt sich vor diesem Hintergrund für Europa auch die Frage, inwiefern die wirtschaftlichen Beziehungen zu China, die in den vergangenen zwei Dekaden immer enger geworden sind, auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Bereits nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung in Hongkong und angesichts von Menschenrechtsverletzungen in der chinesischen autonomen Region Xinjiang gegenüber den Uiguren hatte das Europäische Parlament Anfang 2020 massive Kritik am geplanten Investitionsabkommen mit China geübt. Das Abkommen zwischen der EU und China ist bis heute nicht ratifiziert worden. Nach Aussage ihres Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, sollte die EU China aufgrund der Erfahrungen mit Russland in den Außenbeziehungen eher als Konkurrent auf-

fassen und nicht als Partner, auch wenn eine Kooperation vor allem auf klimapolitischem Gebiet durchaus wünschenswert wäre (Reuters 2022). Die jüngste Kontroverse um eine chinesische Beteiligung am Hamburger Hafen durch Cisco zeigt dabei auf, wie sensibel das Thema der wirtschaftlichen Beziehungen zu China auch in Deutschland geworden ist. Dabei arbeitet die EU inzwischen enger mit den USA und auch mit Großbritannien zusammen, um eine gemeinsame Strategie gegenüber China zu entwickeln. Dies wird beispielsweise in dem 2021 gefassten Beschluss zur Einrichtung eines „Trade and Technology Council“ (TTC) zwischen den USA und der EU deutlich zum Ausdruck gebracht, welcher bei „zukunftsgerichteten transatlantischen Themen“, wie neuen Technologien, Künstlicher Intelligenz oder Klimawandel, eine abgestimmte Strategie entwickeln soll (White House 2021). Die transatlantischen Beziehungen bleiben damit ein Eckpfeiler für die EU, auch unter veränderten weltpolitischen Bedingungen.

Neue Sicherheitspolitik – Was bleibt von der „Zivilmacht Europa“?

Das nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gerade in Deutschland so nachdrücklich bevorzugte Konzept des neuen, vereinigten Europas als „Zivilmacht“ hat heute viel von seinem Hoffnungscharakter verloren. Vielmehr hat der Krieg in der Ukraine die Notwendigkeit einer robusten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik deutlich ins Bewusstsein gehoben, welche auch militärisch abgesichert sein muss. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts hatte sich die Außen- und Sicherheitspolitik der EU dabei vor allem auf „Soft-Power-Instrumente“ gestützt; Diplomatie, Konfliktprävention, Entwicklungshilfe und Demokratieförderung folgten dem Ziel, Werte, die die EU vertritt, in den Außenbeziehungen zu stärken und hierzu auch wirtschaftliche Unterstützung einzusetzen (Börzel/Risse 2009). Für die Sicherheit war allerdings die NATO zuständig, der die meisten EU-Länder angehören. Zwar arbeitete die EU immer wieder an einem Konzept eigener militärischer Kooperation und gemeinsamer Ausrüstung, allerdings blieben diese Bemühungen bisher immer in den Kinderschuhen stecken.

Die Forderung nach einer „strategischen Autonomie“, die zunächst vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron ins Spiel ge-

bracht und auch von anderen Europapolitikern aufgegriffen wurde um Europa zu stärken – vor allem angesichts der nationalistischen Wende in den USA unter der Trump-Administration (Lemke/Wiedekind 2021) – ist dabei ein inzwischen breiter diskutiertes, wenn auch wenig ausgereiftes Konzept. Durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine ist abermals deutlich geworden, wie wichtig das transatlantische Verteidigungsbündnis und damit die NATO gerade für Europa ist und mindestens mittelfristig bleibt. Dies wird nicht zuletzt eindrücklich durch die NATO-Mitgliedschaftsanträge von Schweden und Finnland unterstrichen – zwei Länder, die lange Zeit großen Wert auf ihre Neutralität bzw. Bündnisunabhängigkeit gelegt hatten. Damit wird die NATO eindeutig gestärkt, denn beide Länder verfügen nicht nur über eine strategisch bedeutende Lage in Europa, sondern auch über gut ausgerüstete militärische Einheiten. Damit sind neben den kleinen Ländern Malta und Zypern nur noch zwei weitere EU-Mitgliedsstaaten, Österreich und Irland, nicht Teil der NATO. Eine Folge dieser Situation könnte darin bestehen, dass die EU die NATO noch deutlicher als sicherheitspolitischen Arm des integrierten Europas begreift und jenseits einer „strategischen Autonomie“ (unabhängig von Nordamerika) vielmehr auf eine engere Abstimmung zwischen NATO und EU setzt, die die transatlantischen Beziehungen in der Sicherheitspolitik deutlich stärkt. Hierfür spricht nicht nur die gegenwärtige, eng abgestimmte Antwort des Verteidigungsbündnisses auf die russische Aggression, sondern auch die Tatsache, dass insbesondere die nordischen und mittelosteuropäischen Länder, ebenso wie Deutschland, der NATO hohe Erwartungen entgegenbringen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderte vor dem Hintergrund der russischen Aggression folgerichtig „ein Überdenken unserer außenpolitischen Agenda“ (von der Leyen 2022).

Hervorzuheben ist dabei, dass die NATO angesichts des Krieges in der Ukraine ihre Sicherheitsstrategie völlig neu definiert hat. Im Gegensatz zum partnerschaftlichen Selbstverständnis nach Ende des Ost-West-Konflikts wird Russland nun als die wichtigste und direkte Gefahr für die Bündnispartner erklärt: „The Russian Federation poses the most significant and direct threat to Allies' security and to peace and stability in the Euro-Atlan-

tic area.“ (NATO 2022). Diese sehr klare Positionierung wird daher auch für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik wichtige Konsequenzen haben. Bereits jetzt fordern die EU-Länder im Baltikum sowie Polen eine Stärkung der militärischen Komponente der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die sie vor allem vor russischen Aggressionen schützen soll. Vor diesem Hintergrund wird eine sich in der bisherigen Form auf Zivilmacht-Funktionen beschränkte EU-Rolle zukünftig kaum mehr Bestand haben können.

Werte der EU – Die Ukraine als EU-Beitrittskandidat

Seit ihrer Gründung hat die EU mit der Frage, was Europa ist und wie es sich genau definiert, gerungen. Während die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zunächst ausschließlich ein westeuropäisches Projekt war, dessen Zustandekommen und schrittweiser Ausbau durch die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West geprägt wurde, änderten sich Aufgabenbereiche und Zielsetzungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts einschneidend. Nach 1990 wurde rasch deutlich, dass es sich bei der europäischen Integration nicht nur um ein westeuropäisches Projekt oder eine wirtschaftliche Zweckgemeinschaft handeln kann. Die Frage der europäischen Identität wurde vielmehr neu mit Leben gefüllt durch den kraftvoll vorgetragenen Anspruch der post-kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas einer „Rückkehr“ nach Europa, die sowohl eine Mitgliedschaft in der EU beinhaltete (Schimmelfennig 2001), als auch den Anspruch sicherheitspolitischen Schutzes durch die NATO begründete. Geradezu richtungsweisend formulierte der damalige Staatspräsident der Tschechoslowakei Vaclav Havel diese Erwartung in seiner kraftvollen Rede an den US-Kongress, in der er hervorhob: „Czechoslovakia is returning to Europe“ (Havel 1990). Zwar zog sich der EU-Beitrittsprozess für die ostmitteleuropäischen Länder nach den Beitrittsanträgen Mitte der neunziger Jahre schließlich mehr als zehn Jahre hin – 10 Länder der Region wurden 2004 bzw. 2007 EU-Mitglieder. Zugleich hatte sich aber die Definition Europas verändert, indem nunmehr die postkommunistischen Länder eingeschlossen waren und „Europa“ (obwohl sachlich nicht zutreffend) ideell immer häufiger als gleichbedeutend mit der EU angesehen wurde (Patel 2018).

Diese nicht ganz unproblematische Identitätskongruenz, die die EU selbst gern in Anspruch nimmt, wird nicht zuletzt im Verhältnis der EU zur Ukraine sichtbar. Nach der „Orangen Revolution“ im Herbst 2004 mit Protesten gegen Wahlfälschungen bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen hatte sich die EU in der Hoffnung auf eine breitere Demokratisierung der Ukraine angenähert. Auch wenn sich diese Erwartung zunächst nicht erfüllte, arbeiteten die EU und Vertreter der Ukraine ein Assoziierungsabkommen aus, welches in Folge des massiven Drucks aus Russland jedoch nicht ratifiziert wurde. Der kurzfristige Rückzieher von einer Unterschrift durch die ukrainische Regierung im November 2013 war Auslöser für die monatelangen, blutigen Proteste auf dem Maidan in Kiew („Euromaidan“), in deren Folge die Regierung Janukowytsch Anfang 2014 gestürzt wurde.

Das Assoziierungsabkommen mit der EU wurde schließlich im März 2014 unterzeichnet und trat im September 2017 voll in Kraft. Allerdings blieb die Ukraine ein gespaltenes Land; während der Westen des Landes sich immer deutlicher nach Europa ausrichtete, sorgten durch Russland angetriebene Separatisten in Teilen der östlichen Ukraine bereits vor Russlands Angriffskrieg für Unruhe und kriegerische Auseinandersetzungen. Die Wahl Wolodymyr Selenskyjs im Jahr 2019, der die Befriedung des Ostteils der Ukraine zum Kernziel seiner Präsidentschaft erklärt hatte, vermochte die Lage allerdings nicht zu entspannen. Die politische Führung in Moskau fürchtete vielmehr, durch eine ukrainische Mitgliedschaft in der EU an Macht und Einfluss in der Region zu verlieren. Eine weitere Eskalation des Konflikts folgte, bis hin zum militärischen Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine im Februar 2022 (Sasse 2022).

Einem Modell der Politikwissenschaftlerin Milada Vachudova folgend, konnte die EU den angestrebten Demokratisierungsprozess in den post-kommunistischen Ländern Ostmitteleuropas durch positive Unterstützung bzw. aktive Hebel (active leverage) unterstützen (Vachudova 2005). Im Fall der Ukraine setzten die Hebel jedoch von beiden Seiten an, von der EU einerseits und von Russland andererseits. Während die EU hoffte, mit der Aussicht auf eine engere Bindung an die EU die Demokratisierung im Land zu befördern, nahm Russland dieses zum Vorwand und schuf mit der Krim-

Annexion im Frühjahr 2014 sowie der Unterstützung für die Separatisten in der Ost-Ukraine Fakten. Weite Teile der Ukraine wurden schließlich mit dem Einmarsch Russlands und dem folgenden Verwüstungskrieg wiederum zu „Bloodlands“, die der Historiker Timothy Snyder (2022) so eindringlich in seinem Werk über die Zeit von Hitler und Stalin beschrieben hatte. Auch die militärischen Erfolge der ukrainischen Gegenoffensive im Spätsommer und Herbst sollten nicht vermuten lassen, dass die russische Aggression ein zeitnahes Ende finden könnte. Mit dem bevorstehenden Winter einbruch und der groß angelegten Mobilisierung in Russland ist zu befürchten, dass sich der Krieg an harten Frontlinien sowie mit russischen Raketenangriffen auf zivile Ziele und Infrastruktur fortsetzen wird.

Die Einstufung der Ukraine als Beitrittskandidat durch die EU im Sommer 2022 kommt einer beispiellosen Solidaritätsbekundung gleich. Mit einem zukünftigen Beitritt der Ukraine würde einmal mehr bekräftigt, dass die EU-Mitgliedschaft neben der materiellen Hilfe auch eine Identitätsfrage ist. Dies wird nicht zuletzt in der emphatisch vorgetragenen Unterstützung für das Land durch die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zum Ausdruck gebracht, indem sie in der Rede zur Lage der Union hervorhob: „Wir haben die innere Stärke Europas wieder zum Vorschein gebracht“ (von der Leyen 2022). Der vollständige Beitritt der Ukraine (und der Republik Moldau) wird zweifellos eine längere Vorbereitung erfordern. Zugleich wird der Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg eine große Herausforderung für das Land werden, die es nur mithilfe äußerer Unterstützung, vor allem vonseiten der EU, wird bewerkstelligen können.

Ausblick

Die EU steht mit den weltpolitischen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse sowie der Bedrohungslage und -perzeption an einem Wendepunkt. Sicherheitspolitisch muss sie sich offen zu einer robusten und militärisch abgestützten Außen- und Sicherheitspolitik bekennen und ihre wirtschaftlichen Verflechtungen neu überdenken, will sie ihre ökonomischen, energiepolitischen, ökologischen und sozialen Ziele absichern. Dabei steht der Staatenverbund selbst vor inneren Widersprüchen, die nicht zuletzt vom Aufstieg illiberaler Regime und nationalistischer Tendenzen in vielen

Mitgliedsländern hervorgerufen werden. Die Spannung zwischen nationalen Präferenzen und gemeinschaftlicher Politik wird auch in Zukunft weiter Bestand haben und eine kohärente und integrative europäische Politik erschweren. Zugleich sind Ziel und Anspruch einer multilateralen regelbasierten Außenpolitik in den weltpolitischen Auseinandersetzungen heute wichtiger denn je – eine handlungsfähige EU wird dringend gebraucht!

Literatur

- Börzel, T. A. & Risse, T. (2009): Venus Approaching Mars? The European Union as an Emerging Civilian World Power. Berliner Arbeitspapiere zu Europäischen Integration Nr. 11. https://www.researchgate.net/publication/304606879_Venus_Approaching_Mars_The_European_Union's_Approaches_to_Democracy_Promotion_in_Comparative_Perspective/link/57a19b2008aeb1604832e091/download (Zugriff: 20.10.2022).
- Havel, V. (1990): Speech to the US Congress. <https://www.washingtonpost.com/archive/politics/1990/02/22/text-of-havels-speech-to-congress/df98e177-778e-4c26-bd96-980089c4fcb2/> (Zugriff: 20.10.2022).
- Lemke, C./Wiedekind, J. (2021). Der Kampf um das Weiße Haus. Die US-Präsidentschaftswahl 2020 im Zeichen von Polarisierung, Corona-Pandemie und gesellschaftlichen Spannungen. Wiesbaden.
- Moroff, Holger (2022). German Foreign Policy. Roots, Reasoning, and Repercussions. In: The Oxford Handbook of German Politics. Hrsg. v. K. Larres, H. Moroff und R. Wittlinger. Oxford, S. 469–490.
- NATO Strategic Concept (2022). <https://www.nato.int/strategic-concept/> (Zugriff: 20.10.2022).
- Patel, K. K. (2018). Projekt Europa. Eine kritische Geschichte. München.
- Reuters (2022). „EU should treat China more as a competitor, says diplomat chief“. 17.10.2022. <https://www.reuters.com/world/eu-should-treat-china-more-competitor-says-diplomat-chief-2022-10-17/> (Zugriff: 20.10.2022).
- Sasse, G. (2022). Der Krieg gegen die Ukraine. Hintergründe, Ereignisse und Folgen. München.
- Schimmelfennig, F. (2001): The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union. *International Organization*, Vol. 55, No. 1 (Winter 2001), S. 47–80.
- Snyder, T. Bloodlands (2022): Europa zwischen Hitler und Stalin. Aktual. Ausgabe. München.
- Vachudova, M. A. (2005): Europe Undivided: Democracy, Leverage, Integration After Communism. Oxford.
- Von der Leyen, U. (2022): Rede zur Lage der Union. 14. Sept. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_22_5493 (Zugriff: 20.10.2022).
- The White House (2021). U.S.-EU Summit Statement. June 15, 2021 <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/06/15/u-s-eu-summit-statement/> (Zugriff: 20.10.2022).



Forum

Hans Karl Peterlini über Selbstverständnis, Herausforderungen und Perspektiven der Friedenspädagogik

Plädoyer für „ein Lernen, das nicht im Reproduzieren des Vorgegebenen und schon Bekannten besteht, sondern sich auf die Suche macht“

Lieber Herr Peterlini, welche Grundsätze sind aus Ihrer Sicht für die Friedenspädagogik fundamental?

Zunächst ist ernüchternd, dass Frieden nicht einfach didaktisch und auch nicht pädagogisch hergestellt werden kann. Das hat mehrere Gründe, zum einen die unumgängliche Ergebnisoffenheit von Lernprozessen. Lernen ist eine Leistung, die Menschen – Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Ältere – in intensiven Wechselbeziehungen mit anderen, mit ihrer Umgebung, mit Zufälligkeiten und Widerfahrnissen vollbringen. Die Systemtheorie hat dies das Technologiedefizit der Pädagogik genannt, wir können nicht einfach mit Input A den Output B erwirken, also Frieden didaktisch anleiten und schon kommt Frieden heraus.

Sie sprechen von mehreren Gründen ...

Friedenspädagogik oder Friedensbildung hadern mit einem Dilemma, nämlich ihrem letztlich unvermeidbaren normativen Ansatz. Frieden ist ein so hoher Wert, dass aus friedenspädagogischer Perspektive darauf alle erzieherischen, didaktischen Bestrebungen ausgerichtet sein sollten. Damit wird einem emanzipatorischen, ermächtigenden Verständnis von Lernen eine Zielvorgabe überge-

ordnet. Die etwas in Vergessenheit geratene antipädagogische Bewegung um Heinrich Kupffer kritisiert das Erreichenwollen von vorgegebenen Erziehungszielen – und seien sie noch so hehr – als per se manipulativ und bevormundend.

Dass Manipulation oder Zwang keine Ausgangspunkte von Friedenspädagogik sein können, ist nachvollziehbar. Aber sicherlich kann die Friedenspädagogik auf pädagogische und didaktische Grundsätze zurückgreifen, die sich in ihrer Bildungsarbeit bewährt haben?

Selbstverständlich. Einen wichtigen Hinweis hat Adorno in seinem Aufsatz „Erziehung nach Auschwitz“ gegeben, in dem er zur Schlussfolgerung gelangt, dass Erziehung nach den entsetzlichen Verletzungen der Menschenwürde unter dem Nationalsozialismus nur denkbar sei, wenn sie zu kritischer Selbstreflexion anregt und auch Widerstandsfähigkeit fördert. Die antipädagogische Bewegung spricht von Pädagogik als einem „Wagnis der Beziehung“. Beides verlangt für mich die Abflachung der pädagogischen Hierarchie, die ich einmal als „schwache Pädagogik“ definiert habe, in Anlehnung an das „schwache Denken“ des italienischen Philosophen Gianni Vattimo.

Was lässt sich darunter verstehen?

Schwaches Denken meint den Verzicht auf starre Weltbilder und das Eingeständnis, dass die Dinge ambivalent und uneindeutig

Prof. Dr. Hans Karl Peterlini ist seit Oktober 2014 Universitätsprofessor für Allgemeine Erziehungswissenschaft und Interkulturelle Bildung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und leitet den dortigen UNESCO Chair „Global Citizenship Education – Culture of Diversity and Peace“.



sind. Schwache Pädagogik ist keine Pädagogik, die sich vor Haltung drückt, sondern die sich schwach macht und sich gewissermaßen mit den Lernenden auf den Boden setzt und deren Fragen, Sorgen, Weltverständnisse zunächst einmal ernst nimmt, selbst, wenn sie den eigenen entgegenstehen. Die hierarchische Grundstruktur unserer Bildungseinrichtungen steht dazu in einem Widerspruch.

Was wäre denn ein sinnvoller institutioneller Rahmen für Friedenspädagogik?

Ein Gegenmodell wäre eine von Grund auf partizipative Ausrichtung der Bildungseinrich-

tungen, und zwar von der Frühpädagogik bis zur Hochschule und den weiteren Angeboten der Erwachsenenbildung. Das beginnt bei der Frage, was die Lernenden wirklich lernen wollen, was sie interessiert, wie sie es sich erarbeiten möchten. Das klingt vielleicht utopisch, würde aber neue Räume aufmachen für ein Lernen, das nicht im Reproduzieren des Vorgegebenen und schon Bekannten besteht, sondern sich auf die Suche macht. Das betrifft auch die Aufsplitterung von Wissen nach Fächern, als gäbe es in dieser Welt nicht Fragen und Lösungsnotwendigkeiten, sondern hier eine Physik, dort eine Geographie, wiederum anderswo Wirtschaft und Politik. Wo gehört der Frieden hin? Die Atombombe ist eine physikalische Frage, eine Frage der Politik, der Ökonomie, der Geographie sowie der Ethik. Der Versuch, Fächer in Projektwochen zusammenzuführen, wird immer nur kosmetisch sein, so lange die Fächer getrennt sind, getrennt gelehrt werden und getrennt die Lehrkräfteausbildung strukturieren. Und so lange werden existenzielle Themen wie globales Lernen, nachhaltige Entwicklung oder Friedensbildung mal da, mal dort probiert, aber letztlich marginal bleiben.

Sie stellen der Schule kein sonderlich gutes Zeugnis aus.

Ich glaube, dass in der Schule mehr geleistet wird, als ihr eigentlich erlaubt ist. Aber Schule ist derzeit institutionell nicht so strukturiert, dass sie das freie Denken fördert, das offene Explorieren ermöglicht, Solidarität lebt und eine aufgeklärte Widerstandsfähigkeit wachruft. Sie erweist sich immer wieder als Spiegelbild unserer Gesellschaft. Und denken wir einen Moment lang weiter, was ich vorher über Lernen gesagt habe, nämlich, dass es sich in komplexen Wechselwirkungen zwischen Individuum und Welt vollzieht. Das heißt doch, dass das Lernen nicht eine Sache des Unterrichts allein ist. Die Art, wie in einer Gesellschaft geredet, gehandelt, gewirtschaftet oder sozial miteinander umgegangen wird, hat einen mächtigen Einfluss auf die Kinder und Jugendlichen. Es kann der schönste Unterricht zum Frieden stattfinden, mit wunderbaren didaktischen Ideen gestaltet – was dabei gelernt wird, hat einen schweren Stand in einer Gesellschaft, die in ihren Grundstrukturen auf Konkurrenz aus-

gerichtet ist, die von sozialer Ungleichheit geprägt ist, in der es eine bestens erkannte, aber kaum veränderte Ungleichheit zwischen den Geschlechtern gibt, oft auch von Verrohung gegenüber den Schwächsten.

Sie meinen, was in der Schule auf normativer Ebene vermittelt und gelernt wird, geht in der „echten Welt“ draußen sowieso wieder kaputt?

Diese „echte Welt“ draußen bietet natürlich auch Möglichkeiten, Frieden, Solidarität, Partnerschaftlichkeit, Freundlichkeit zu lernen und zu leben. Jede Initiative, die Solidarität mit Schwächeren, Sensibilität gegenüber Ungleichheit und Ungerechtigkeit thematisiert, ist dazu ein wertvoller Beitrag. Aber Friedensbildung kann eben nicht allein der Schule überlassen werden. Was hilft es, wenn im Unterricht etwa Solidarität mit Geflüchteten thematisiert wird und im politischen Alltag die Abschiebungen auch zurück in Kriegsländer als Erfolgsstatistik geführt und gefeiert werden. Oder wenn in den Medien bei einer Gewalttat von Menschen aus dem Ausland deren Herkunftsland die wichtigste Nachricht ist, bei Täterinnen und Tätern ohne Migrationshintergrund hingegen Auseinandersetzungen mit deren persönlichen Hintergründen vorherrschen.

Das klingt alles sehr pessimistisch!

Ich würde sagen: realistisch. Um auf Ihre einleitende Frage zurückzukommen: Ein didaktischer Ansatz für friedenspädagogische Arbeit kann darin liegen, sich mit Lernenden möglichst hierarchiefrei mit solchen Fragen und Zusammenhängen zu befassen, Möglichkeiten und Erfahrungsräume zu schaffen, in denen sie mit den realen Bedingungen für Frieden und Gewalt in Beziehung treten können, um daraus – ergebnisoffen, frei – für sich Erkenntnis zu gewinnen, wie sie leben möchten, was es für Veränderungen brauchen würde, ob sie für diese Veränderungen bereit wären, wem sie dafür – auch in ihrer Familie oder in ihrem Freundeskreis – widersprechen müssten, welche Akte der Zivilcourage und des politischen, friedlichen Widerstandes sie setzen müssten. Natürlich wären altersgerechte Umsetzungen dafür zu finden, aber es müsste auch im Kindesalter erfahren werden

können, dass Frieden keine romantische Idee ist, sondern in einer Welt der Gewalt ein Licht ist, das des Mutes – und damit meine ich des Sanftmutes – bedarf, weil es sonst nicht lange leuchten wird.

Welche Methoden können den Lernenden wichtige Zugänge für Lern- und Bildungsprozesse im Sinne der Friedenspädagogik eröffnen?

Für mich ist die Erfahrungsebene sehr wichtig. Natürlich kann auch die Konfrontation mit Nachrichten, die mediale, bildliche Vermittlung von Leid oder die Analyse von Zusammenhängen Aha-Momente im Sinne von Erfahrungen auslösen, die tiefgreifende Lernprozesse in Gang setzen. Methodisch kann das unterstützt werden durch alle Mittel, in denen Lernende selbst Erfahrungen machen, Beispiele sind das Forumtheater oder Rollenspiele: Menschen schlüpfen in Rollen und versuchen, die Dynamik nachzuempfinden, die eine Kriegspartei zur Eskalation oder in das Dilemma des Nachgebens oder Weiterkämpfens treibt. Das Publikum bekommt die Möglichkeit, alternative Handlungsvorschläge zu machen. Diese werden in einer Improvisation aufgenommen und es wird erprobt, ob es damit besser oder schlechter gehen würde. Oder auf einer anderen Ebene: Kinder, Jugendliche, Erwachsene erhalten den einfachen Auftrag, in ihrer engsten Umgebung – z.B. an ihrer Schule, in ihrem Wohnviertel, in einem Freizeitpark – Situationen der Ungleichheit zu fotografieren. Das schult das Auge, Übersehenes bekommt plötzlich Sichtbarkeit, wird bewusst. Das können so einfache Dinge sein wie sexistische Symbole auf Toilettentüren oder rassistische Motive in Schaufenstern oder eine Tafel für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs mit der Aufschrift „Ihr seid für uns gestorben“ – wirklich für uns oder für eine Monarchie, die sich in eine Kriegslogik verirrt hatte? Natürlich gilt bei so einer Fotosafari, dass Menschen nicht fotografiert werden dürfen – es sei denn, sie willigen ausdrücklich und belegbar ein und werden durchgängig respektvoll behandelt.

Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine für Ihre friedenspädagogische Arbeit?

Eine sichere Antwort fällt mir schwer, denn was am Ukraine-Krieg am Beginn besonders betroffen gemacht hat, war seine unmittelbare Nähe, die Emotionalität, die er ausgelöst hat. Europa schien ja nach dem Zweiten Weltkrieg die gewaltsame Austragung von Konflikten überwunden zu haben – die Kriege des auseinanderstrebenden Jugoslawiens brachen zwar diese Ära, konnten aber noch als bedauerlicher Rückfall in Folge der Auflösung des kommunistischen Ostblocks auf eine vermeintliche Außenperspektive verlagert werden. Dass wir in einem Scheinfrieden gelebt haben, dass auch Europa zu einer internationalen Machtordnung gehört, die durch Stellvertretungskriege erhalten wurde und wird, dass der ökonomische Wohlstand der meisten europäischen Volkswirtschaften auch auf Waffenhandel gründet, dass Europa schwere Mitverantwortung an strukturellen Ausbeutungsverhältnissen und Menschenrechtsverletzungen anderswo hat – das alles konnte scheinbar leicht ausgeblendet werden. Friedensbildung hat das natürlich auch bisher problematisiert. Jetzt aber bietet der Ukraine-Krieg eine neue – bedauerliche – Gelegenheit, über das Zerrbild des friedlichen Europas und des kriegerischen Rests der Welt zu reflektieren.

Bitte benennen und erläutern Sie weitere Aufgaben und Herausforderungen, mit denen Sie sich als Friedenspädagogin angesichts des Ukraine-Krieges konfrontiert sehen.

Der Krieg gegen die Ukraine stellt ein Lehrbeispiel dar, auf das wir wohl alle gern verzichtet hätten. Eine erste Herausforderung liegt darin, nicht in den Sog eines Freund-Feind-Denkens zu geraten oder zumindest die Wirkmächtigkeit desselben zu durchschauen, fortwährend zu reflektieren und für sich auf eigene Haltungsmöglichkeiten auszuloten. Als eine Aufgabe der Friedenspädagogik sehe ich die Erhaltung der Komplexität des Geschehens – wiederum über alle Altersgruppen hinweg. Auch Kinder halten Komplexität aus, ebenso wie das Erwachsen-Sein nicht vor Schwarz-Weiß-Denken schützt. Das Leichteste ist es, sich Krieg dadurch zu erklären, dass ein Böser die Guten angreift und diese sich verteidigen müssen. Das ist das Muster von gefühlten 99 Prozent unserer gewaltdurchzogenen Unterhaltungsfilme, -spiele und -me-

dien. Schwieriger ist es, die Dynamiken, die Konflikte zu einem Krieg eskalieren lassen, in ihrer Verstrickung auf vielen Ebenen und vielen Akteursgruppen zu verstehen. Und noch schwieriger ist es, Handlungsalternativen auszuloten – wie hätte es anders gehen können, wie könnte es jetzt noch anders gehen? – statt auf den vollständigen Sieg der einen und auf die ökonomische und/oder physische Zerstörung der anderen Kriegspartei zu hoffen.

Welche konkreten Angebote kann die Friedenspädagogik Lerngruppen machen, denen Kinder oder Jugendliche angehören, die aufgrund eines Krieges fliehen mussten?

Zunächst bezogen auf die geflüchteten Schülerinnen oder Schüler einmal so viel Normalität wie nur irgendwie möglich, eine aufnehmende, zuhörende, aber nicht ständig fragende und Besorgtheit demonstrierende Umgebung. Der Krieg, das Leid, die Flucht wird Thematisierung finden, aber eher, indem dafür Raum gegeben wird – nicht, indem das persönliche Schicksal der unmittelbar betroffenen Lernenden ständig problematisiert wird. Spontan würde ich sagen, dass manches so organisiert werden könnte, dass die Schülerinnen und Schüler bei Freizeitaktivitäten, die auch Raum für Gespräche bieten, in kleineren Gruppen sich auch selbst anvertraut werden – etwa in Wanderungen. Wenn sie dann Steine in einen See flippen oder schöne Blätter sammeln, können nebenbei zwanglose Gespräche entstehen. In der Schule kann dann daran angeknüpft werden: Was waren eure Themen? Was hat euch beschäftigt? Das kann dann der Krieg sein, vielleicht aber auch etwas anderes. Mir fällt da ein Ansatz in der Kriegsfotografie ein, der am Rande der Kämpfe, hinter der Front oder nach dem Rückzug das Leben fotografiert, das trotzdem stattgefunden hat. Krieg ist grausam – aber jene, die ihn ertragen mussten, wissen das schon, sie brauchen auch die Ermutigung, dass für sie das Leben weitergeht. Ich erinnere mich da an eine Szene in einer Klagenfurter Schulklasse, bei der ein geflüchteter Jugendlicher aus Afghanistan damit haderte, dass er ein zerstörtes Haus seiner Heimat malen sollte. In Afghanistan gäbe es doch auch schöne Häuser, brummte er vor sich hin, während er widerwillig ein Haus in Flammen malte.

Last but not least: Wie beurteilen Sie angesichts des Ukraine-Krieges die politischen Perspektiven der Friedenspädagogik?

Meine bisherigen Überlegungen signalisieren wohl schon eine Sorge: Die europäische Ächtung des Krieges – zumindest daheim – weicht in den Diskursen von Medien und Politik weitgehend Argumenten für eine eigene, starke europäische Verteidigungskraft, für die Aufstockung der Militärhaushalte, für die Akzeptanz von Krieg als Mittel der Politik, wenn auch – zumindest rhetorisch – nur für die eigene Verteidigung. Das bedingt eine Entfernung von der Hoffnung auf weltweite Abrüstung, auf neue – einer reifen, erfahrenen, bewussten Menschheit entsprechende – Strategien, Konflikte zu lösen, Interessen auszugleichen. Insofern ist es ein Rückschlag, (ausgelöst von einem Autokraten), aber auch ein Zeichen, dass die Weltmächte insgesamt die Chance auf eine neue, gerechte Weltordnung nicht genutzt haben, die sich in den 1990er Jahren dank Gorbatschow bot. Positive Stimuli können von daher kommen, dass auf einer breiten Ebene bewusst geworden ist, wie schnell wir all das verlieren können, was wir für selbstverständlich halten und wie umgehend wir in scheinbare Alternativlosigkeiten und Automatismen fallen. Bisher ließ sich das nur an Kriegsländern veranschaulichen, die weit weg waren. Jetzt erfährt eine Generation von Kindern und Jugendlichen, deren Eltern und Großeltern schon nicht mehr den Krieg aus eigener Erfahrung kannten, wie sich Krieg in geographischer Nähe auswirkt, und macht sich Gedanken darüber, was Krieg im eigenen Land bedeuten würde. An diesem Lehrbeispiel, wie ich es vorhin genannt habe, können wir viel darüber lernen, wie wichtig es ist, Krieg zu verhindern. Dafür brauchen wir Friedenspädagogik als präventive Bildungsarbeit und ein gesellschaftliches Klima, das Friedenspädagogik und ihre Werte unterstützt!

Herr Peterlini, herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit für das Interview genommen haben!

Die Fragen stellte Moritz Peter Haarmann



Didaktische Werkstatt

Joshua Berg

Schüler*innenorientierter Unterricht am Beispiel des Ukraine-Krieges

Ausgangssituation

In einer aktuellen Studie des Liz-Mohn-Centers der Bertelsmann Stiftung (2022) wurden die Einstellungen und Sorgen von Kindern und Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren untersucht. Besonders der Krieg in der Ukraine beschäftigt derzeit die junge Generation. 49 % der 500 befragten Jugendlichen sorgen sich darum, „dass es auch in Deutschland einen Krieg geben könnte“ (Liz-Mohn-Center



Joshua Julius Heinrich Berg (B.A.) ist Studierender an der Leuphana Universität Lüneburg im konsekutiven Master-Studiengang für das Lehramt an Haupt- und Realschulen mit den Unterrichtsfächern Politik und Mathematik.

2022, S. 4). Bei 57 % der Befragten löst der Konflikt in der Ukraine Angst aus (ebd., S. 9). Vor diesem Hintergrund erscheint es umso erstaunlicher, dass laut der Studie lediglich 19 % der 12- bis 18-Jährigen mit ihren Lehrkräften über ihre Ängste und Sorgen bezüglich des Ukraine-Krieges sprechen (ebd.).

Gleichzeitig verfügen die befragten jungen Menschen über eine hohe Partizipationsbereitschaft. Knapp sieben von zehn Jugend-

lichen finden es wichtig, einen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten (ebd., S. 5). Damit bringen die Jugendlichen Einstellungen mit, die für den Politikunterricht wertvolle Ressourcen sind. Schließlich orientiert und legitimiert sich politische Bildung wesentlich an der Förderung von demokratischer Partizipationsfähigkeit der Lernenden, womit sie sich einem wichtigen Teil des Bildungsauftrags öffentlicher Schulen widmet (vgl. Haarmann 2020). Folglich ist es konsequent, dass der Beutelsbacher Konsens als politikdidaktischer Minimalkonsens ein Gebot der Partizipationsbefähigung umfasst (ebd.): Gemäß dem dritten Grundsatz sollen die Schüler*innen „in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und [...] [ihre] eigene Interessenslage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne [...] [ihrer] Interessen zu beeinflussen“ (Wehling zit. nach Haarmann 2020, S. 159). „Schülerorientierung im Sinne des Beutelsbacher Konsens geht also unmittelbar mit der Förderung einer auf die subjektiven politischen Interessen der Lernenden bezogenen Partizipationsfähigkeit einher“ (Haarmann 2020, S. 159).

Von dieser Bringschuld des Politikunterrichts ausgehend beschreibt der vorliegende Beitrag im nachfolgenden Kapitel den partizipatorischen Ansatz der Schüler*innenorien-

tierung als leitendes fachdidaktisches Prinzip für die Unterrichtsplanung und Unterrichtsgestaltung (vgl. Haarmann & Lange 2013). Anschließend wird mit dem Schreibgespräch eine Methode vorgestellt, mit der die Schüler*innenvorstellungen bezüglich des Ukraine-Krieges erhoben und in ein schüler*innenorientiertes pädagogisches Handeln übertragen werden können. Der Beitrag mündet in einer zusammenfassenden Reflexion und einem Ausblick, wie die mediale Berichterstattung über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine Gegenstand des Politikunterrichts werden kann.

Schüler*innenorientierung als elementares fachdidaktisches Prinzip

Die Schüler*innenorientierung als Grundprinzip der politischen Bildung meint nach Rolf Schmiederer die Lernenden als Subjekte „ins Zentrum aller didaktischen Überlegungen“ (Schmiederer zit. nach Haarmann & Lange 2013, S. 19) zu stellen. Somit umreißt die Schüler*innenorientierung die komplexe Aufgabe der Lehrkräfte, Unterrichtsgegenstände und Lehrplaninhalte didaktisch so zu reduzieren und zu strukturieren, dass diese für die Lernenden zugänglich werden. Zentraler Faktor der didaktischen Reduktion nach dem Prinzip der Schüler*innenorientierung ist es, dass die Unterrichtsinhalte mit den Inter-

essen, Fähigkeiten und Bildungsbedarfen der Lernenden abgestimmt werden (vgl. Haarmann & Lange 2013). In der politikdidaktischen Bildung herrscht insoweit Konsens über die Leitlinien des schüler*innenorientierten Ansatzes, dass einerseits der Unterricht an die Interessen und Kompetenzen der Schüler*innen anknüpfen soll und es andererseits Aufgabe des Politikunterrichts ist, die Lernenden zu einer mündigen Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft zu befähigen (ebd., S. 20). Nach Schmiederer darf politisches Lernen daher kein Selbstzweck sein, sondern muss den Lernenden helfen, „sich selbst und die eigene Lebenssituation – im engeren wie im weiten Sinn – kennenzulernen, zu verstehen und analytisch zu erklären, um so zur Fähigkeit des Urteils über gesellschaftlich-politische Sachverhalte zu gelangen“ (Schmiederer 1977, S. 121). Dieses Leitbild der gesellschaftlichen Mündigkeit verweist auf die didaktische Bringschuld von Politikunterricht, den Lernenden die subjektive Relevanz des Politischen zugänglich zu machen bzw. die Lernenden bei ihren Fragen zu politischen Themen abzuholen (vgl. Haarmann 2020, S. 160). Themen von aktueller Relevanz haben eine besondere Bedeutsamkeit für schüler*innenorientierten Politikunterricht. Die Studie „Sprichst du Politik“ (Arnold et al. 2011) zeigt, dass die Lernenden eine schulische Unterstützung zu tagespolitischen Inhalten wertschätzen. Insbesondere bei Themen von hoher gesellschaftlicher Bedeutung kann davon ausgegangen werden, dass das Interesse der Schüler*innen bereits durch die mediale Berichterstattung geweckt worden ist. Bei dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine handelt es sich um ein entsprechendes Unterrichtsthema.

Das Schreibgespräch als eine Methode zur Erhebung von Schüler*innenvorstellungen

Im fachdidaktischen Diskurs ist unstrittig, dass die Berücksichtigung der Schüler*innenvorstellungen ein wesentlicher Bestandteil guten Politikunterrichts sind (Autorengruppe Fachdidaktik 2016, S. 61). Darüber hinaus verweist die empirische Lernforschung darauf, dass die Lernenden sich durch selbstbestimmtes Arbeiten an realen, aktuellen Fragestellungen in für sie interessanten und lebensnahen Kontexten intrinsisch motivieren lassen (Deci

& Ryan 2000). Die Politikdidaktik verfügt über ein breites Reservoir an entsprechend aktivierenden Methoden (vgl. Haarmann & Lange 2013, S. 21). Im Folgenden wird am Beispiel des Schreibgesprächs eine Methode vorgestellt, mit der das Vorwissen und das Interesse der Schüler*innen – im konkreten Fall für den Unterrichtsgegenstand Ukraine-Krieg – erhoben und analysiert werden können. Für das Unterrichtsfach Politik ist die Erhebung und Diagnostik von Schüler*innenvorstellungen hochrelevant, da die Übergänge zwischen Alltags- und Wissenschaftswissen meist fließend sind und tagespolitische Themen häufig unmittelbar Teil der Lebenswelt der Lernenden sind (vgl. Mosch 2014, S. 415).

Beim Schreibgespräch handelt es sich um einen offenen, schriftlichen und stillen Schüler*innen-Dialog. In Kleingruppen werden zu einem politischen Thema auf größeren Papierformaten (A3, Flipchart, Poster) Kommentare, Stellungnahmen und Ansichten formuliert. Das Thema kann hierfür durch die Lehrkraft vorstrukturiert werden, indem beispielsweise Fragestellungen, Thesen oder provokante Aussagen auf den großformatigen Arbeitsblättern stehen. Nach Janssen (2019) folgt das Schreibgespräch einem kognitiv-produktiven Ansatz, in der alle Schüler*innen konzentriert und unbeeinflusst ihre Gedanken und Emotionen formulieren können. Zusätzlich weist die Methode eine hohe Zugänglichkeit für die Jugendlichen auf, denn das Schreibgespräch ist äquivalent zu dem Schreiben in Chat-Gruppen.

Das Schreibgespräch stellt den Einstieg in das notwendige Diagnoseverfahren für einen schüler*innenorientierten Politikunterricht dar. Anhand der drei Leitfragen „Was weiß ich über den Ukraine-Krieg?“, „Welche Gefühle löst der Ukraine-Krieg bei mir aus?“ und „Was möchte ich gerne im Unterricht über den Ukraine-Krieg erfahren?“ werden Vorwissen, emotional geprägte Vorstellungen und Interessen der Schüler*innen erhoben. Die schriftlichen Ergebnisse sind wertvolle Informationen für eine schüler*innenorientierte Planung und Durchführung des weiterführenden Unterrichts. Einerseits erfährt die Lehrkraft über welches Vorwissen die Lernenden zum Ukraine-Krieg verfügen und andererseits kann das Material auf einen thematischen Aspekt verweisen, welcher für

die Lernenden besonders relevant ist. Für eine optimale Auswertung stellen die Schüler*innen in Kleingruppen ihr Schreibgespräch im Unterricht vor. Während dieser Sicherungsphase erhält die Lehrkraft wertvolle Informationen für weitergehende Bildungsbedarfe der Lernenden (vgl. Mosch 2014, S. 417).

Den im Rahmen des Schreibgesprächs ermittelten Fragen kann beispielsweise in Form einer Expert*innenarbeit nachgegangen werden. Die abgeleiteten Interessen der Schüler*innen zum Ukraine-Krieg bilden die thematischen Schwerpunkte für die Expert*innenarbeit. Bei dieser Methode handelt es sich um eine spezifische Form der arbeitsteiligen Bearbeitung von Unterrichtsmaterialien (Hankele 2015, S. 16). Im ersten Schritt erarbeiten die Schüler*innen selbstständig einen Teilaspekt des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Sodann tauschen sich die Lernenden miteinander aus, die dasselbe Unterrichtsmaterial bearbeitet haben und formulieren ein gemeinsames Gruppenergebnis. Abschließend tragen die Expert*innengruppen im Plenum vor. Auf diese Weise können zum einen die vielschichtigen Fragen bezüglich des Ukraine-Kriegs im Politikunterricht behandelt werden. Zum anderen lernen die Schüler*innen, Verantwortung für das eigene Lernen zu übernehmen und Lernprozesse ihrer Mitschüler*innen anzustoßen (Hankele 2015).

Reflexion und Ausblick

Wird Lernen aus konstruktivistischer Sicht als subjektiver, aktiver Prozess verstanden, sollten Lernarrangements an bestehendes Vorwissen und alltägliche Wahrnehmungen ansetzen (Haarmann & Lange 2013). Diese konstituieren sich im Politikunterricht über die Auseinandersetzung mit der politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die unterrichtliche Thematisierung des Ukraine-Kriegs, bei der die Lernenden-Perspektive in die politikdidaktischen Überlegungen einbezogen wird, entspricht folgerichtig dem Prinzip der Schüler*innenorientierung. Das Schreibgespräch ist dabei als methodisches Vorgehen geeignet, um sowohl den Ist-Zustand der Lernendenvorstellungen zu einem Unterrichtsthema zu erheben als auch um die spezifischen Interessen, Wünsche und Haltungen der Schüler*innen zu eruieren. Dabei entsteht ein diagnostisches Produkt, bei dem introvertierte und extrovertierte Lernende gleichberechtigt

zu Wort kommen können. Die verantwortliche Lehrkraft trägt dabei u. a. dafür Sorge, dass die Lernenden geduldig und respektvoll miteinander umgehen.

Neben dem Charakter als geopolitischer, bewaffneter Konflikt handelt es sich beim Ukraine-Krieg auch um einen Informationskrieg in den sozialen Medien. Da mittlerweile nahezu jede*r Jugendliche ein Smartphone besitzt, besteht die Gefahr, dass die Schüler*innen im Netz zunehmend mit Desinformationen, Hasskommentaren und weiteren antidemokratischen bzw. menschenfeindlichen Inhalten konfrontiert werden, die professionell auf die jugendliche Zielgruppe zugeschnitten sind (Baldauf et al. 2018). Im pädagogisch-geschützten Raum sollten die Lehrkräfte mit den Kindern und Jugendlichen, wenn Redebedarf besteht, über die teilweise ungefilterten Bilder und Videos sprechen, um diese dann gemeinsam einordnen zu können (Schütte 2022).

Abschließend sei noch darauf verwiesen, dass sowohl viele Landeszentralen für politische Bildung (LpB) als auch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hilfreiche Materialien zum Ukraine-Krieg zur Verfügung stellen. Exemplarisch stehen hierfür auf der Ebene der Landeszentralen die Informations- und Unterrichtsmaterialsammlungen des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien in Kooperation mit der LpB Thüringen (2022) sowie der LpB Baden-Württemberg zum Ukraine-Krieg. Auf Ebene der bpb kann u. a. eine anlässlich des Ukraine-Krieges produzierte Folge der „Bildungshacks“ empfohlen werden.

In diesem monatlich erscheinenden Video-Format widmet sich die freie Journalistin Filli Montag gemeinsam mit Expert*innen pointiert aktuellen Herausforderungen, mit denen sich Lehrkräfte im Kontext politischer Bildungsarbeit konfrontiert sehen. Die Bildungshacks sind ein Angebot der Werkstatt der bpb, in deren Rahmen digitale Formate politischer Bildung vorgestellt und erprobt werden.

Die Bildungshacks-Folge „Tipps für Friedenspädagogik im Unterricht“ unterstützt dabei, Krieg im Allgemeinen und den Ukraine-Krieg im Besonderen im Unterricht im Sinne des Bildungsauftrags öffentlicher Schulen zu thematisieren und dabei die Medienkompetenzen der Schüler*innen zu fördern (Meyer

2022). In der Folge „Tipps für Friedenspädagogik im Unterricht“ werden u. a. Internetplattformen vorgestellt, die Desinformationen sammeln und widerlegen. Außerdem wird auf die kostenlose Lern-App „Streitkultur 3.0“ von der Berghof Foundation (Rieber et al. 2019) aufmerksam gemacht. Mithilfe der Lern-App kann im Politikunterricht in vielfältiger Weise die Medienkompetenz der Lernenden gefördert werden. Unter Nutzung des Smartphones als Lernmedium können mithilfe der App z. B. Fake News im Unterricht problemorientiert aufgegriffen und dekonstruiert werden (vgl. ebd., S. 9ff.). Durch den modularen Aufbau in verschiedene „Dialoglabore“ kann die App „Streitkultur 3.0“ an die spezifischen Lernvoraussetzungen und Bildungsbedarfe der Lerngruppe angepasst werden. An der Konzeption der Dialoglabore waren Jugendliche im Alter von 14–20 Jahren beteiligt (Rieber et al. 2019, S. 4f.).

Literatur

- Arnold, N., Fackelmann, B., Graffius, M., Krüger, F., Talaska, S., & Weißenfels, T. (2011): Sprichst du Politik? Ergebnisse des Forschungsprojekts und Handlungsempfehlungen. Online abrufbar unter: http://www.sprichst-du-politik.de/downloads/sprichst-du-politik_Studie.pdf (Zugriff: 22.09.2022).
- Autorengruppe Fachdidaktik (2016): Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Schwalbach/Ts..
- Baldauf, J., Ebner J., & Jakob Guhl, J. (Hrsg.). (2018): Hassrede und Radikalisierung im Netz. Der OC-CI-Forschungsbericht. Online abrufbar unter: <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/09/ISD-NetzDG-Report-German-FINAL-26.9.18.pdf> (Zugriff: 22.09.2022).
- Deci, E. L. & Ryan, R. M. (2000): The “What” and “Why” of Goal Pursuits: Human Needs and the Self-Determination of Behavior. *Psychological Inquiry*, 11(4), S. 227–268.
- Haarmann, M. P. (2020): Partizipation. In: Achour, S., Busch, M., Massing, P., & Meyer-Heidemann, C. (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt am Main, S. 158–161.
- Haarmann, M. P., & Lange, D. (2013): Der subjekt/schülerorientierte Ansatz. In: Deichmann, C., & Tischner, C. K. (Hrsg.): Handbuch, Dimension und Ansätze in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 19–36.
- Hankele, M. (2015): Methoden im Politikunterricht. Beispiele für die Praxis. *Politik und Unterricht, Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung*, 41 (1), S. 2–70. Online abrufbar unter: https://www.politikundunterricht.de/1_2_15/methoden.pdf (Zugriff: 22.09.2022).
- Janssen, B. (2019): Kreativer Politikunterricht. 21 aktivierende Methoden für intensive Lehr- und Lernprozesse, 6., überarb. Aufl.. Frankfurt am Main.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2022): Unterrichtsmaterialien Ukraine. Online abrufbar unter: <https://osteuroopa.lpb-bw.de/ukraine-unterrichtsmaterialien#c84286> (Zugriff: 03.11.2022).
- Liz Mohn Center der Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). (2022): Was bewegt die Jugend in Deutschland? Einstellungen und Sorgen der jungen Generation Deutschlands. Online abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/was-bewegt-die-jugend-in-deutschland> (Zugriff: 22.09.2022).
- Meyer, L. (2022): Bildungshacks: Tipps für Friedenspädagogik im Unterricht, Bonn. Bundeszentrale für politische Bildung. Online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/508427/tipps-fuer-friedenspaedagogik-im-unterricht/> (Zugriff: 04.10.2022).
- Mosch, M. (2014): Methoden der Diagnostik: Vorstellungen und Vorwissen erfassen. In: W. Sander (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, 4. überarb. Aufl.. Schwalbach/Ts., S. 415–423.
- Rieber, N., Sokele, C. & Brunkhorst, S. (2019): Berghof Foundation: Leitfaden zur Nutzung der Lern-App Streitkultur 3.0 für Lehrkräfte und Pädagog*innen. Online abrufbar unter: https://www.digitale-streitkultur.de/media/1224/leitfaden_streitkultur30.pdf (Zugriff: 08.11.2022).
- Schmiederer, R. (1977): Politische Bildung im Interesse der Schüler. Köln & Frankfurt am Main.
- Schütte, O. (2022): Mit Kindern und Jugendlichen über Krieg reden? Online abrufbar unter: https://www.servicestelle-jugendschutz.de/wp-content/uploads/sites/17/2022/02/Handreichung_Ueber_Krieg_reden.pdf (Zugriff: 22.09.2022).
- Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien & Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (2022): Arbeitsmaterialien des ThLLM zum Krieg in der Ukraine. Online abrufbar unter: https://www.lztthueringen.de/media/infos_und_materialien_-_krieg_in_der_ukraine_1.pdf (Zugriff am 22.09.2022).



Impuls
Termine
Personen
Berichte

DVPB aktuell

IMPULS

Gegenimpuls – Eine Antwort auf den Beitrag von Johannes Varwick

von Bastian Vajen

Auf den IMPULS-Beitrag von Prof. Johannes Varwick „Der Krieg in der Ukraine – ein Politik- und Diskursversagen“ in unserem letzten Heft (POLIS 3/2022, S. 25 – 27) erhielt die POLIS-Redaktion neben anderen kritischen Leserbriefen auch eine Zuschrift von unserem Leser Bastian Vajen aus Hannover. Wir drucken diese Replik gerne ab, auch um deutlich zu machen, dass es zu den Lösungsmöglichkeiten des Ukraine-Krieges und der Bewertung der aktuellen Diskurskultur auch im Bereich der politischen Bildung unterschiedliche Auffassungen gibt.

In den letzten Monaten hatten auch Redakteure von POLIS mit einer gewissen Sorge beobachtet, wie in den jüngsten Zeiten sich akkumulierender Krisen die Art der öffentlichen Auseinandersetzungen verändert hat und vermehrt Klage über eine Verengung des politischen Diskursraumes in Deutschland geführt wurde. Deshalb haben wir uns entschlossen, in Heft 3/22 eine prononcierte Position zu diesem Problemkreis zu Wort kommen zu lassen.

Die Rubrik IMPULS von POLIS ist dazu da, essayartig von Autorinnen und Autoren innerhalb und außerhalb der DVPB aktuelle Themen, die für die politische Bildung relevant sind, anzusprechen. Prof. Varwick vertritt seit vielen Monaten in Bezug auf die militärische Unterstützung der Ukraine und die Notwendigkeit einer Verhandlungslösung des Krieges, den Russland gegen die Ukraine führt, in der deutschen Öffentlichkeit eine sehr persönliche Position; das ist uns bewusst. Die These von Prof. Varwick, dass die „demokratische Debattenkultur“ in Deutschland gefährdet sei, ist in diesem Sinne einschlägig für die Didaktik politischer Bildung.

Es wäre ein Missverständnis von Kontroversität im publizistischen Bereich, wenn zu jedem dezidierten Meinungsartikel eine relativierende Einordnung der Redaktion oder gar sofort eine Gegenposition veröffentlicht werden müsste. Für kontroverse Erörterungen, wenn sie denn notwendig sein sollten, bieten wir in Folgeheften mit Freude am argumentativ ausgetragenen Streit Gelegenheit. Das ist hier der Fall.

POLIS-Redaktion

Der in der vergangenen Ausgabe Polis (03/2022) veröffentlichte Impulsbeitrag von Johannes Varwick kritisiert die öffentliche Debatte zum Krieg in der Ukraine und die mit dieser verbundene Debattenkultur. Diese Kritik ist legitim, die Art und Weise in der sie vorgebracht wird, ruft jedoch Verwunderung hervor. Diese Verwunderung betrifft dabei nicht die geforderte Öffnung des Diskursraums, die durchaus zu begrüßen ist. Es geht auch weniger um den teilweise lamentierenden Duktus des Beitrags, der in gewisser Hinsicht auf per-

sönlicher Ebene nachvollziehbar ist, dessen Mehrwert jedoch fraglich erscheint. Vielmehr ist es die fehlende Begründung der eigenen Position, die nicht konsistent aufbereitet oder für fachfremde Leser verständlich dargestellt wird und vor allem auf losen Hinweisen zu namhaften Personen beruht. Ich möchte dies an zwei Beispielen verdeutlichen:

Spannend, aber vermutlich den redaktionellen Strukturen geschuldet, ist die Aufnahme Henry Kissingers in die Liste der namhaften Personen, die „einen Interessensaus-

gleich mit Russland“ anstreben, der allerdings jüngst (August 2022) von ebendieser Position abrückte und postulierte, dass die Ukraine nach dem Konflikt „one way or the other, formally or not“, als „a member of NATO“ gelten müsse (Secor 2022). Viel relevanter ist jedoch die nebensächliche, die Autorität der Person betonende, aber auf ihre inhaltlichen Argumente nicht eingehende Nennung von John Mearsheimer, der als einer „der Großen der realistischen Schule der akademischen Lehre von den internationalen Beziehungen“

vorgestellt wird. Diesem Stil folgend könnte ich hier auch schlicht bemerken, dass der große Mearsheimer aktuell im akademischen Diskurs der internationalen Beziehungen weit weniger positive Rezeption erhält, als im aktivistischen Diskurs der Identitären Bewegung, damit wäre dem Leser aber auch nicht geholfen. Vielmehr möchte ich darauf hinweisen, dass eine Darstellung von Mearsheimers Thesen, auf die sich schließlich viele Personen, die „nicht bei drei im Mainstream sind“, berufen, angebracht, ja sogar essenziell gewesen wären.

Mearsheimers Sicht auf die Welt der internationalen Beziehungen und in diesem Zuge auch auf den Krieg in der Ukraine, zu dem er sich seit 2014 mehrfach ausführlich geäußert hat, ist zunächst denkbar einfach. Die Welt der internationalen Beziehung ist ein anarchischer Raum, in dem keine übergeordnete Macht die Handlungsoptionen von Staaten einschränken kann. In diesem Raum haben große Mächte entsprechend größeren Einfluss und verfügen über offensive militärische Ressourcen, die sie gegen andere Staaten verwenden können. Kein Staat kann sich wirklich sicher sein, dass andere Staaten von der Nutzung dieser militärischen Ressourcen absehen, es besteht also ein konstantes Bedrohungspotenzial. Dies bedeutet, dass das Überleben (das Wahren der territorialen Integrität und inneren Autonomie) als Interesse von Staaten allen anderen Zielen übergeordnet ist. Weiterhin sind Staaten grundsätzlich rationale Akteure, die die unmittelbaren und langfristigen Folgen ihres Handelns bedenken und strategisch über die Möglichkeiten des Überlebens urteilen können (Mearsheimer 2001; Steinsson 2014). Dass diese Grundannahmen natürlich aus liberaler oder konstruktivistischer Perspektive, beispielsweise hinsichtlich der Rationalität und Einheit von Staaten oder dem (fehlenden) Einfluss supranationaler Akteure, ausführlich kritisiert wurden, ist selbstredend. Allerdings soll es hier weniger um eine Diskussion dieser Grundannahmen, sondern vielmehr um die aus diesen resultierenden Schlussfolgerungen für den Krieg in der Ukraine gehen.

Als große Macht/Großmacht schützt Russland seine Sicherheitsinteressen (Überleben) über die Kontrolle von historisch gewachsenen Einflussbereichen. Dies ist kein speziell russisches, sondern ein Großmachtphäno-

men, welches auch die USA, beispielsweise über die Monroe Doktrin, anwendet, notfalls militärisch. Diese Logik ist laut Mearsheimer das Grundprinzip internationaler Beziehungen und die Missachtung führt postwendend zu gewaltsamen Konflikten (Mearsheimer 2014). Die hieraus abzuleitende Schlussfolgerung für den Krieg in der Ukraine ist ebenso denkbar einfach: Der „Westen“ hat Russlands Sphäre des Einflusses zu respektieren, jeder Eingriff (beispielsweise durch Eröffnung einer EU/Nato-Option oder kontinuierlicher Waffenlieferungen) ist abzulehnen, da es zwangsläufig zu einer weiteren Eskalation des Konflikts führt. Was die Bestrebungen der Ukraine nach territorialer Integrität und Selbstbestimmung angeht, könnte man etwas flapsig sagen: Pech gehabt. Seine Nachbarn kann man sich nicht aussuchen. Für Deutschland gilt aus dieser Perspektive ebenfalls: Sich entweder der Einflussphäre eines Hegemons, Mearsheimer zufolge den USA, unterzuordnen oder selbst als Großmacht eigene Einflussbereiche geltend zu machen. Letztere Schlussfolgerung ist vermutlich auch ein Grund, warum Mearsheimer von Vertretern der Identitären Bewegung so positiv rezipiert wird. Über den deskriptiven Wert einer solchen Perspektive kann man natürlich, wie oben bereits angedeutet, trefflich streiten. Sobald diese Prämissen jedoch präskriptiv genutzt werden, wie es auch Varwick tut, gilt es, normative Grundannahmen und realpolitische Schlussfolgerungen transparent darzustellen.

Dass die Ausführungen Mearsheimers Irritationen, Vergleiche zu Carl Schmitt (Reich 2016; Specter 2022) sowie durchaus aggressive Erwidern hervorrufen, scheint aus ebendieser präskriptiven Perspektive durchaus verständlich. Denn die mit seinem Ansatz verbundene Anerkennung einer Unvermeidbarkeit kriegerischer Auseinandersetzung, die fehlende Anerkennung der Autonomie souveräner Staaten sowie der Selbstbestimmungsrechte der in diesen lebenden Bevölkerung verstößt gegen die in weiten gesellschaftlichen Teilen als Konsens betrachteten außenpolitischen Maßstäbe (Auer 2015; Motyl 2014; Rösch 2022). Es geht in einem solchen Diskurs entsprechend nicht mehr ausschließlich um die Beschreibung einer Situation, sondern auch um die Beschreibung einer möglichen Lösung und der mit dieser verbun-

denen Konsequenzen. Eine Anerkennung von historisch gewachsenen Einflussbereichen autokratischer Nationen durch eine Bestätigung der Legitimität russischer Beweggründe und eine auf diesen beruhende Verhandlung untergräbt nachhaltig die staatliche Souveränität und kollektive Selbstbestimmung, nicht nur der Ukraine. Ob dies eine (auch für Deutschland) präferierte Lösung gegenüber der oft zitierten Gefahr eines Atomkrieges, deren Realitätsnähe durchaus umstritten ist, darstellt, kann ebenfalls trefflich diskutiert werden. Notwendig hierfür ist es jedoch, Prämissen, Schlussfolgerungen und die mit diesen verbundenen Implikationen in ihrer notwendigen Ausführlichkeit darzustellen. Dass dies dem als „Impuls“ gedachten Artikel auf ganzer Linie misslingt, ist seine eigentliche Schwäche und der Grund der eingangs beschriebenen Verwunderung. „Impulse“ aus anderen Disziplinen würden, gerade bei einem kontroversen und emotional aufgeladenen Thema wie dem Krieg in der Ukraine, von einer stärkeren Fachlichkeit und Stringenz der Ausführungen profitieren. Der Beitrag von Johannes Varwick bietet dies leider nicht.

Literatur

- Auer, S. (2015). Carl Schmitt in the Kremlin: the Ukraine crisis and the return of geopolitics. *International Affairs*, 91(5), 953–968. <https://doi.org/10.1111/1468-2346.12392>
- Mearsheimer, J. J. (2001). *The tragedy of Great Power politics* (1. ed.). Norton.
- Mearsheimer, J. J. (2014). Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault: The Liberal Delusions That Provoked Putin. *Foreign Aff.*, 93, 77–89.
- Motyl, A. (2014). The surrealism of realism: Misreading the war in Ukraine. *World Affs.*, 177, 75–84.
- Reich, W. (2016). Eschatology and existentialism: Carl Schmitt's historical understanding of international law and politics. In M. Arvidsson, L. Brännström, & P. Minkinen (Eds.), *The contemporary relevance of Carl Schmitt: Law, politics, theology* (pp. 147–165). Routledge.
- Rösch, F. (2022). Realism, the War in the Ukraine, and the Limits of Diplomacy. *Analyse & Kritik*, 0(0). <https://doi.org/10.1515/auk-2022-2030>
- Secor, L. (2022, August 12). Henry Kissinger Is Worried About 'Disequilibrium'. *The Wall Street Journal*. <https://www.wsj.com/articles/henry-kissinger-is-worried-about-disequilibrium-11660325251>
- Specter, M. G. (2022). *The Atlantic realists: Empire and international political thought between Germany and the United States*. Stanford University Press.
- Steinsson, S. (2014). *John Mearsheimer's Theory of Offensive Realism and the Rise of China*.

BERICHTE

Hessen

Die Welt im Umbruch?! Bericht zum Hessischen Politiklehrer:innentag

Rund 100 Politiklehrkräfte kamen am 5. Oktober in die Evangelische Akademie Frankfurt/M., um über Fragen der Internationalen Beziehungen und ihrer Vermittlung zu diskutieren, Konzepte für den Unterricht auszutauschen und Methoden in Workshops kennenzulernen und zu erproben.

Prof. Dr. Johannes Varwick (Universität Halle-Wittenberg) skizzierte in einem Eröffnungsvortrag die These, dass Deutschland in der durch Krisen und Kriege veränderten internationalen (Un-)Ordnung seine Außen- und Sicherheitspolitik überdenken müsse. Er plädiert dafür, das Verständnis von Macht und Verantwortung, von Solidarität und Engagement, von Größe und Zurückhaltung in nationalen, europäischen und internationalen Zusammenhängen zu überdenken. Nach einer kontroversen Diskussion konnten die Lehrkräfte in zwei Workshopphasen zwischen jeweils vier Workshops wählen:

Philipp Klingler und Fabian Welsch nahmen die Teilnehmenden auf einen ‚Crashkurs‘ zur Europäischen Union und ihrer Vermittlung mit: Von der Gurkenverordnung bis hin zum Institutionenlabyrinth wurden die Charakteristika der EU vorgestellt und die Potenziale der fachdidaktischen Vermittlung anhand konkreter Methoden vorgestellt, erprobt und diskutiert.

Mona Klingenberg stellte fallorientierte Unterrichtsmaterialien zur Sicherheitspolitik in einer prekären Weltordnung vor. Ein kollegialer Austausch bot die Möglichkeit, Ideen für die Umsetzung im Unterricht zu diskutieren und das Unterrichtsmaterial einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Im Politikunterricht der Komplexität und Kontroversität des israelisch-palästinensischen Konflikts gerecht zu werden, ist herausfordernd. Michael Sauer beschäftigt sich seit Jahren mit der fachdidaktischen Vermittlung des Konflikts. Neben der Vorstellung seiner Konzeption zum Unterrichtsgegenstand wurden Fragen zur Umsetzung sowie Adaption des Themas in verschiedenen Lerngruppen diskutiert.

Prof. Dr. Christina Brüning und Paul Scheidt beleuchteten in ihrem Workshop „Von Windhuk nach Auschwitz?“ – Historisch-politisches Lernen in postkolonialer Perspektive“ ein unterrepräsentiertes Thema politisch-historischer Bildung: Nach dem Sammeln von Unterschieden und Gemeinsamkeiten des Kolonialismus und des Nationalsozialismus wurde die Streitfrage um die Einbettung der Shoah in eine Erzählung kolonialer Verbrechen vorgestellt, diskutiert und hinsichtlich einer möglichen unterrichtlichen Thematisierung reflektiert.

Dass die Vermittlung der EU gerade für schwer zu erreichende Zielgruppen herausfordernd ist, war Ausgangspunkt des Workshops von Onur Özgen und Dorsa Amirpur. Die Referent:innen stellten wenig genutzte, aber vielversprechende methodische Zugänge vor und erprobten diese mit den Teilnehmenden.

Dr. Andreas Füchter stellte in seinem Workshop die Frage, inwiefern die Beschäftigung mit Krieg und Gewalt die politische Sozialisation junger Menschen prodemokratisch stärken kann. Um diese Frage in der Ambivalenz von relevanten Erkenntnissen, aber auch der Gefahr der Zukunftsskepsis und Politikskepsis zu bearbeiten, stellte er ein Lernarrangement vor, das den Schüler:innen eine reflexive Auseinandersetzung mit der existentiellen Grenzsituation Krieg ermöglicht.

Der Workshop von Kristine Avram befasste sich mit einem für die Oberstufe relevanten Thema: Die Wissenschaftlerin gab Einblicke in das Völkerstrafrecht, dessen Anwendung und Wahrnehmung sowie in das Weltrechtsprinzip. Anhand ihrer Forschung zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit und zum Völkerstrafrecht in Rumänien wurden fallbezogene Ansätze der Vermittlung diskutiert.

Der Hessische Politiklehrer:innentag wurde 2022 zum zweiten Mal und in Kooperation mit den Evangelischen Akademien Frankfurt/M. und Hofgeismar sowie der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt. Weitere Informationen zum Politiklehrer:innentag 2023 sowie einen Rückblick auf die vergangenen Tage finden Sie unter www.politiklehrerinnentag.de.

Philipp Klingler

Mecklenburg-Vorpommern

Jahreskongress politische Bildung 2022

Am 22. September trafen sich etwa 70 politische BildnerInnen im mecklenburgischen Schloß Bothmer, um über „Europa vor neuen Herausforderungen“ zu diskutieren. Der 14. Jahreskongress politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern wurde wie immer von der Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Landesverband der DVPB organisiert. Die Analoge Tagung wurde eingeleitet durch Impulse von Darius Ribbe (Uni Greifswald) zu Fragen der Europäischen Integration und Dr. Kai-Olaf Lang (SWP) zu geopolitischen Herausforderungen. In fünf thematischen Workshops diskutierten die Teilnehmenden einzelne Fragen der Entwicklung der Europäischen Union oder informierten sich über spezielle Angebote der europapolitischen Bildung.

Schloß Bothmer bot als Liegenschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine wunderbare Kulisse, auch wenn die Anfahrt im Flächenland MV nicht ohne zeitliche Hürden ist. Traditionell wandert der Jahreskongress an unterschiedliche Orte im Land, so wird der Jahreskongress 2024 in einem anderen Teil des Landes stattfinden – aber sicherlich wieder in Kooperation der Landeszentrale mit der DVPB.

Gudrun Heinrich,
Landesvorsitzende DVPB, MV



Foto: Landeszentrale für politische Bildung MV

von links: Dr. Gudrun Heinrich, Landesvorsitzende der DVPB, Darius Ribbe, Referent und wiss. Mitarbeiter an der Universität Greifswald, Dr. Kai-Olaf Lang, wiss. Mitarbeiter Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, Jochen Schmidt, Direktor der Landeszentrale für pol. Bildung, MV



Prof. Dr. Johannes Varwick (Universität Halle-Wittenberg) hält den Eröffnungsvortrag

Thüringen

DVPB baut zum elften Mal an der Schulbrücke Europa

Ein weiteres Mal versammelten sich Schüler*innen aus Bonn, Jena, Mönchengladbach, Noordwijk (Niederlande) und Bratislava (Slowakei), um an der Schulbrücke Europa zu bauen.

Dieses einzige internationale Schulprojekt in deutscher Sprache versteht sich seit 2006 als kontinuierliches Projekt der Deutsche Nationalstiftung, an dem Mitglieder der DVPB seit 2008 regelmäßig teilnehmen. Organisation und Durchführung des Projektes lag in den Händen von Dr. Frithjof Reinhardt.

Neben dem diesjährigen Tagungsort Naumburg, findet die Schulbrücke in Jugendgästehäusern in bekannten deutschen Städten, wie z.B. Dresden, Weimar, Heidelberg oder Hamburg statt. Dabei treffen sich jeweils zweimal im Frühjahr und Herbst eines Jahres 8 Schüler aus 6 verschiedenen europäischen Schulen. Coronabedingt musste dieses Projekt zwei Jahre pausieren und fand vom 16. bis zum 23. September 2022 eine Neuauflage.

Dr. Reinhardt nutzte die Coronabedingte „Zwangspause“, um das Projekt inhaltlich neu auszurichten und die Schulbrücken Weimar und Europa inhaltlich zu verbinden. „In der Weimarer Klassik wird die Zukunft als vor uns liegender und zu uns gestaltender Zeitraum entdeckt. Im 19. und 20. Jahrhundert entwickelten sich große Hoffnungen auf eine bessere Zukunft und der Glauben an die Segnungen des Fortschritts. Nun aber sind wir an einem Punkt angekommen, an dem die Angst das dominierende Gefühl beim Nachdenken über die Zukunft wird. Da Angst aber ein schlechter Ratgeber ist, braucht es neben der Erkenntnis der Problemlage begründete Visionen für ein besseres Leben und konkrete Vorstellungen von der Vielfalt der Wege in eine nachhaltige und humane Zukunft.“ so Dr. Reinhardt.

Umgesetzt wurde diese Zielstellung u.a., indem die Teilnehmer*innen ihre Heimatstadt anhand alternativer und nachhaltiger Projekte vorstellten, Erinnerungsstücke vergangener Zukunft präsentierten und Zukunftsentwürfe zu verschiedenen Lebensbereichen, wie z.B. Arbeit, Bildung, Geschlechtlichkeit, Ökologie und Ökonomie, gestalteten. Diese wurden vor dem Hintergrund der Frage „Was ist gutes Leben?“ diskutiert.

In begleitenden Workshops zum mobilen Journalismus, kreativen Schreiben oder auch zur künstlerischen Gestaltung, die von renommierten Praktikern geleitet wurden, verarbeiteten die Teilnehmenden ihre Ideen kreativ und nachhaltig.

Über die inhaltliche Arbeit hinaus boten sich ihnen viele Möglichkeiten durch Kennenlernübungen, Spiele und zahlreiche Gesprächsanlässe Kontakte zu knüpfen. Die Teilnehmer teilten ihre Interessen, Hobbies und Erfahrungen und fanden so einen Zugang zu anderen Ländern, Mentalitäten und Einstellungen. Das Projekt setzt zudem auf Nachhaltigkeit und versteht sich als Impulsgeber für den Kontakt zwischen jungen Menschen in Europa, das 2023 in Greifswald seine Neuauflage finden wird.

*Toralf Schenk
zweiter Landesvorsitzender*

Landesverband setzt verstärkt auf Kooperationen

In seinen letzten Sitzungen nach der Sommerpause eruierte der Vorstand des Landesverbandes kritisch seinen Tätigkeitsbericht. Zahlreiche Veranstaltungen und Kooperationen, wie z.B. die Abiturpreisvergabe im Thüringer Landtag, haben sich bewährt. Andere Veranstaltungen, wie z.B. die Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung, konnten in den letzten Jahren nicht mehr an der Resonanz der 1990er Jahre anknüpfen.

Anlass genug über Veränderungen nachzudenken, bei denen der Landesverband verstärkt auch auf Kooperation zu anderen Bildungsträgern setzt.

So wird es alle zwei Jahre eine groß angelegte „Fachtagung Sozialkunde“ geben, die sowohl einen fachdidaktischen als auch einen inhaltlichen Schwerpunkt umfasst. In Kooperation mit der Universität Jena, der Landeszentrale für Politische Bildung und dem ThLLM wird diese am 21.09.2023 in Erfurt stattfinden. An der inhaltlichen Ausrichtung arbeitet der Vorstand bereits intensiv.

Weiterhin wird der Landesverband in Kooperation mit dem ThLLM regelmäßige online-Fortbildungen mit einem eindeutigen unterrichtspraktischen Bezug anbieten. In diesem Jahr referieren Anselm Cypionka und Toralf Schenk noch zum Thema „Demokratiebildung“ am 6.12.2022.

Einblicke in aktuelle Fragen der Bildungspolitik erhalten die Verbandsmitglieder beim traditionellen Stammtischgespräch im Februar 2023, zu dem der Präsident des Verfassungsschutzes angefragt wurde.

Politikdidaktische Fragen werden hingegen in Kooperation mit der Professur der Didaktik der Politik, vertreten durch Prof. Dr. Michael May, im Rahmen der Kamingsgespräche erörtert.

Zu den zuverlässigen Kooperationspartnern zählt der Thüringer Landtag. Dieser unterstützt die Preisverleihung an engagierte Abiturient*innen und Lehrende unter der Schirmherrschaft der Landtagspräsidentin. Ebenso wird durch die Landesvorsitzenden Cypionka und Schenk auch die Implementation eines Planspieles vor Ort im Landtag vorangetrieben. Die nächste Neuauflage, dieser noch im Progress befindlichen Simulationen zum Lernen am anderen Ort, erfolgt am 05.01.2023.

Hinzu kommt als Kooperationspartner das Staatliche Schulamt Ostthüringen, vertreten durch Darina Isserlis, die als Vorstandsmitglied den Bereich der kulturellen und politischen Bildung am Schulamt leitet. Ein entsprechender Kooperationsvertrag wird gegenwärtig auf den Weg gebracht.

*Toralf Schenk
zweiter Landesvorsitzender*

Sachsen-Anhalt

Endlich wieder Politiklehrreritag in Sachsen-Anhalt

Nach drei Jahren Zwangspause wegen Corona fand am 5. Oktober 2022 in Halle (Saale) unser diesjähriger Politiklehrreritag statt und war ein großer Erfolg. Etwa 100 (hauptsächlich) Lehrer und Lehrerinnen trafen sich von 9 bis 16 Uhr im Dorint-Hotel – für viele ein großartiges, auch emotional positives Wiedersehen. Wir als Landesverband danken der Landeszentrale für politische Bildung herzlich, die den Tag ermöglichte!

Nach der Begrüßung durch Cornelia Habisch (LpB) und Mirko Bischoff (DVPB-LSA) betonte die Bildungsministerin des Landes, Eva Feußner, welche große Bedeutung die politische Bildung für die Demokratie habe und wie sehr die Landesregierung die schulischen und die außer-schulischen Bemühungen wertschätze. Die Anwesenheit und die kleine Ansprache der Ministerin wurden vom Publikum als ermutigend und bestätigend für ihre pädagogische Arbeit aufgenommen (so mein Eindruck).

Das erste Hauptreferat hielt Prof. Dr. Andreas Petrik (Martin-Luther-Universität Halle) zu Verschwörungserzählungen und möglichen Antworten in der Schule. Zentrale Texte dazu finden sich im „Didaktischen Koffer“. Hier wurden theoretische und empirische Hintergründe mit konkreten Ideen für den Politik-Unterricht (hier heißt das Fach „Sozialkunde“) verknüpft, was von Lehrerinnen und Lehrern als konstruktiv und hilfreich aufgenommen wurde. – Das zweite Hauptreferat hielt Felix Friedrich, CEO von The Buzzard UG. Dieser Medienstartup hat eine App entwickelt, die in Zeiten von Filterblasen und (a-)sozialen Medien jungen Menschen bei der Recherche politischer Phänomene und bei der Teilhabe an Diskursen helfen kann. Auch dieses Angebot für Unterricht wurde, unterstützt durch die Vorstellung von Buzzard in einem der work-shops, als Gewinn betrachtet.

Weniger positiv wurde die dann folgende Podiumsdiskussion zur kompetenten Vermittlung neuer Herausforderungen aufgenommen, deren Mitwirkende mit einer Ausnahme (Andreas Petrik) der Schule und dem Unterricht recht fern wirkten, so dass das

schulische Publikum sich zwar normativ, aber nicht professionell angesprochen fühlte.

Am Nachmittag fanden fünf work-shops parallel statt. Inhalte waren: Unterschiedliche Demokratie-Modelle und ihre Behandlung in der Sekundarstufe II, die oben erwähnte Buzzard-App für die Hände der Lehrkräfte, Corona-Proteste und Reichsbürger im Kontext Schule, das KonterBUNT-Training für die Stärkung von Argumenten und schließlich die Einschätzung der Grundrechte durch Jugendliche in Zeiten von Corona.

Mit einem interessanten Austausch über den Tag endete dieser. Aus Rückmeldungen ergaben sich auch Kritikpunkte: Gewünscht wurde die Möglichkeit zum Besuch zweier work-shops statt des Podiums; Lehrende an Berufs- und an Gemeinschaftsschulen sahen ihre Schulformen nicht im Programm berücksichtigt. Der Landesvorstand wird bei der Planung des nächsten Politiklehrrertags diese Kritik erinnern.

Sibylle Reinhardt

Rheinland-Pfalz

Rainer Kohlhaas erhält den „Bernhard-Sutor-Preis für besondere Verdienste um die Politische Bildung in Rheinland-Pfalz“

Am 13.10.2022 wurde der „Bernhard-Sutor-Preis für besondere Verdienste um die Politische Bildung in Rheinland-Pfalz“ vom Landesverband der DVPB gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung und der Landeszentrale für politische Bildung an unser geschätztes Mitglied StD i.R. *Rainer Kohlhaas* verliehen. Damit wurde sein jahrzehntelanges Engagement für die politische Bildung in Rheinland-Pfalz und weit darüber hinaus gewürdigt. StD i.R. *Rainer Kohlhaas* ist nach Prof. em. Dr. *Bernhard Sutor*, Prof. Dr. *Hans Buchheim* (†) sowie Prof. Dr. *Ulrich Sarcinelli* der vierte Preisträger des Bernhard-Sutor-Preises. Die Veranstaltung fand vor mehr als 60 Gästen im Festsaal der Staatskanzlei in Mainz statt.

Eröffnet wurde die rund zweistündige Veranstaltung vom *DVPB-Landesvorsitzenden Michael Sauer*, der nicht nur die fachliche Leistung des Preisträgers hervorhob, sondern auch dessen Persönlichkeit, die dazu beigetragen habe, dass so viele Gäste der Einladung zur Preisverleihung gefolgt seien. Stellvertretend verlas er dabei auch Grüße des Namensgebers des Preises, Prof. Dr. *Bernhard Sutor*, sowie des ehemaligen Landes- und stellvertretenden Bundesvorsitzenden der DVPB, Dr. *Thomas Simon*. Er dankte auch dem stellvertretenden Landesvorsitzenden *Stefan Fölker* für die Organisation der Preisverleihung sowie dem Streicherensemble *Trivino* für die Begleitung der Veranstaltung mit klassischer Musik. Im Anschluss folgte ein Grußwort der *Staatssekretärin* im Ministerium für Bildung, Frau *Bettina Brück*. Darin hob sie die Bedeutung der politischen Bildung und der Demokratiebildung insgesamt hervor. Sie machte deutlich, dass in dieser Hinsicht in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren viel bewegt wurde, um die Situation der politischen Bildung zu verbessern. Große Herausfor-

derungen in der Zukunft sah sie bei den berufsbildenden Schulen und der frühkindlichen politischen Bildung im Kindergarten und der Grundschule. Hier bot sie an, gemeinsam mit der DVPB zu agieren. *Bettina Brück* würdigte auch das Wirken von *Rainer Kohlhaas* als Lehrer und als Fachleiter in Bad Kreuznach, als Mitglied der Lehrplankommission, als Autor von Schulbüchern und als Dozent für Fachdidaktik an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Damit sei *Kohlhaas* in den meisten Tätigkeitsfeldern der schulischen politischen Bildung präsent und prägend gewesen. Das Grußwort der Landeszentrale für Politische Bildung übernahm die neue stellvertretende Direktorin, Frau *Dr. Sarah Scholl-Schneider*. Sie begann mit den Worten, dass sie als „die Neue“ sofort gemerkt und gespürt habe, dass es sich bei der Gemeinschaft der politischen Bildner:innen in Rheinland-Pfalz um „eine Familie“ handele, in der man sich gut aufgenommen und wohl fühle. Sie bedankte sich bei den Kooperationspartnern für die Möglichkeit, diesen Preis gemeinsam zu verleihen und bezeichnete ebenfalls das Wirken von *Rainer Kohlhaas* als prägend und wichtig für Rheinland-Pfalz. Die Breite von *Rainer Kohlhaas'* Engagement wurde in der Laudatio von *Prof. Dr. em. Wolfgang Sander* deutlich, der gemeinsam mit ihm lange Zeit im Bundesvor-



Rainer Kohlhaas

stand der DVPB tätig war. Er verglich *Rainer Kohlhaas'* Wirken mit Hannah Arendts „vita activa“. Er verwies darauf, dass der Preisträger neben seiner Lehr- und Ausbildungstätigkeit vor allem selbst ein politischer Mensch gewesen sei und auch heute noch ist.

Dies erläuterte er humoristisch an den verschiedenen Parteimitgliedschaften, die dieser in den letzten Jahrzehnten gehabt habe. Danach folgten aus der Mitte des Publikums zehn kurze Laudationes von Menschen, die *Rainer Kohlhaas* in seinen zahlreichen Tätigkeitsfeldern begleitet und geprägt hat. Diese kurzen Statements boten einen spannenden und humorvollen Einblick in das Wirken und die Persönlichkeit des Preisträgers. Überreicht wurde der Preis dann gemeinsam von *Stefan Fölker*, *Bettina Brück*, *Dr. Sarah Scholl-Schneider*, *Michael Sauer* sowie *Joshua Hausen*, der auch ein Schreiben des Bundesvorstandes der DVPB überreichte. Den Abschluss bildete eine Rede von *Rainer Kohlhaas*, in der er sich herzlich bei allen anwesenden Gästen bedankte und die Chance nutzte, um die zeitgeschichtliche Entwicklung der politischen Bildung in Rheinland-Pfalz zu reflektieren und auf zukünftige Herausforderungen und Ziele hinzuweisen. Auf humorvolle Art schloss er mit einem Plädoyer, der politischen Bildung mehr Raum zu geben und insbesondere die nachwachsenden Generationen auch im Entdecken des eigenen politischen Selbst zu unterstützen – nicht durch Bevormundung, sondern durch Ermutigung und Begleitung. Nach der Veranstaltung fand im Foyer der Staatskanzlei ein kleiner Empfang statt, bei dem die Anwesenden ins Gespräch kommen konnten, ehe es zum Abschluss in ein Mainzer Weinhaus zum geselligen Beisammensein ging.

Joshua Hausen



v.l.n.r.: *Sarah Scholl-Schneider*, *Michael Sauer*, *Bettina Brück*, *Rainer Kohlhaas*, *Stefan Fölker* und *Joshua Hausen*

Niedersachsen

DVPB Niedersachsen bezieht Stellung zur Einflussnahme von Arbeitgeber*innenverbänden auf den Politikunterricht

Mit Bedauern haben wir zur Kenntnis genommen, dass einzelne Arbeitgeber*innen sowie Interessenvertretungen der Arbeitgeber*innen die Professionskompetenz von Lehrkräften im Unterrichtsfach Politik an berufsbildenden Schulen in Niedersachsen infrage stellen. Verbandsmitglieder schilderten uns, dass die Einladung und Einbindung von Gewerkschaften in Unterrichtszusammenhänge kritisiert und Lehrkräfte aufgefordert werden, Repräsentant*innen der Gewerkschaften nicht in den Unterricht einzuladen. Für uns stellt das einen inakzeptablen Eingriff in die Unterrichtsplanung und -gestaltung der Lehrkraft dar. Diese Form der Einflussnahme seitens wirtschaftlicher Interessenvertreter*innen halten wir für höchst problematisch. Wir appellieren an die Schulverwaltung und insbesondere an die Schulleitungen, sich aktiv vor ihre Lehrkräfte zu stellen und entschieden gegen die Versuche einer Einflussnahme auf Planung und Gestaltung des Politikunterrichts einzusetzen. Unsere vollständige Stellungnahme haben wir auf unserer Homepage veröffentlicht.

Wahlprüfsteine anlässlich der Landtagswahl

Anlässlich der Landtagswahl am 09. Oktober dieses Jahres haben wir „Wahlprüfsteine“ entwickelt, um die Haltungen und Positionen der Parteien zur Politischen Bildung in Niedersachsen zu erfragen und sie für die Aktiven im Feld der politischen Bildung im Vorfeld der Wahl sichtbar zu machen. Wir haben alle im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien um eine Stellungnahme gebeten und Antworten von der SPD, der CDU, dem Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP erhalten. Die AfD hat auf keines unserer Schreiben geantwortet.

Wir wollten wissen, wie (1) die Parteien zu unserer Forderung stehen, Politische Bildung als Bildungsauftrag mit Verfassungsrang auszustatten. Nur vier Bundesländer haben in Deutschland den Bildungsauftrag in der Verfassung nicht verankert. In Niedersachsen hat politische Bildung damit keinen Verfassungsrang. Außerdem haben wir die Parteien gefragt, wie (2) das Unterrichtsfach und (3) Politische Bildung als Querschnittsaufgabe an Schulen gestärkt werden soll. Uns hat darüber hinaus interessiert, inwiefern (4) politische Bildung in der non-formalen Bildung in Niedersachsen weiterentwickelt und unterstützt wird und welche Pläne die Parteien (5) für die Stärkung der Landeszentrale für Politische Bildung haben. Die Antworten der Parteien können auf unserer Homepage nachgelesen werden: www.dvpb-nds.de/initiativen

30. Tag der Politischen Bildung Niedersachsen

Auch den diesjährigen Tag der Politischen Bildung haben wir unter das Motto „Politische Bildung und die Landtagswahl 2022“ gestellt. In Kooperation dem Lehrkräftebildungszentrum uniplus der Leibniz Universität Hannover und gefördert durch das Niedersächsisches Kultusministerium haben wir am 15. September unser Jubiläum, den 30. Fachtag Politische Bildung im Forum des Niedersächsischen Landtages unter der Schirmherrschaft der Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta (SPD) veranstaltet.

Nach einer Keynote zum Demokratie-Monitor Niedersachsen von Prof. Dr. Simon T. Franzmann, Direktor des Instituts für Demokratieforschung der Universität Göttingen, zu politischen Einstellungen der Menschen in Niedersachsen haben wir für die über



100 Teilnehmenden drei Workshops angeboten. Im ersten Workshop wurden didaktische Konzepte, Materialien und Praxistipps von den erfahrenen Politiklehrkräften und Fachberater*innen Pia Frede und Justus Goldmann zur vorbereitenden und nachbereitenden Thematisierung der Landtagswahl in Niedersachsen vorgestellt und gemeinsam mit den Teilnehmenden besprochen. Für den zweiten Workshop konnten wir Referent*innen des Kultusministeriums



gewinnen. Sie haben die Erlasse zu „Demokratiebildung“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vorgestellt und Praxishinweise, Tipps und Erfahrungswerte zur Umsetzung der beiden Erlasse an Schulen in Niedersachsen präsentiert und mit den Teilnehmenden gemeinsam diskutiert. Der dritte Workshop widmete sich dem Lernort Landtag und es wurde



das Projekt „Klasse Landtag“ vorgestellt und mit den Teilnehmenden über ihre Bedarfe und Bedingungen gesprochen, die bei der Projektgestaltung berücksichtigt werden sollen.

Zum Abschluss dieses Fachtages hat unser Landesvorsitzender Dr. Steve Kenner mit den Landtagsabgeordneten Stefan Politze (SPD), Jörg Hillmer (CDU), Eva Viehoff (Bündnis 90 / Die Grünen) und Lars Alt (FDP) auf einem Podium über die Perspektiven der Politischen Bildung in Niedersachsen diskutiert. Grundlage waren die Wahlprüfsteine.

In der Diskussion wurde deutlich, dass SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und die FDP einer Verankerung der Politischen Bildung in der Verfassung offen gegenüberstehen. Alle Abgeordneten betonten die Bedeutung des Unterrichtsfaches, der Querschnittsaufgabe und der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Konkrete Schritte und Planungen für die Stärkung der politischen Bildung konnten ihnen so kurz vor der Wahl nicht mehr abgerungen werden. Das führt durchaus zu Unmut bei den 100 politischen Bildner*innen im Publikum.

Nach der Wahl ist vor der Stärkung der Politischen Bildung?

Mittlerweile haben die Menschen in Niedersachsen gewählt. Die FDP hat den Einzug in das Landesparlament verpasst. Die AfD hat sich nahezu verdoppelt. Da mit SPD und Bündnis 90 / Die Grünen nur zwei Parteien im Landtag vertreten sein werden, die sich offen für eine Verankerung der Politischen Bildung in der Landesverfassung gezeigt haben, wird es schwer werden, dieses Ziel zu erreichen. Dennoch: Wir werden uns auch in dieser Legislatur als Interessenvertretung der politischen Bildner*innen einbringen und uns für die Stärkung der Politischen Bildung in der Schule und darüber hinaus einsetzen.

Neue Open-Access-Ausgabe der „Politik unterrichten“, Zeitschrift der DVPB Niedersachsen

Auf unserer Homepage ist die neueste Ausgabe unserer vollkommen neu gestalteten Fachzeitschrift „Politik unterrichten“ als open-access frei verfügbar. Die Ausgabe mit dem Titel „Transnationale Beziehungen im Fokus Politischer Bildung“ widmet sich den hochaktuellen Themenfeldern der Außen- und Sicherheitspolitik u.a. mit einem Gespräch zwischen Elizaveta Firsova-Eckert (Institut für Didaktik der Demokratie, Redaktionsmitglied) und Sarah Pagung von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zu den deutsch-russischen Beziehungen nach dem Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine, sowie konkretem Unterrichtsmaterial zum Thema „Zeitenwende“ in der Außen- und Sicherheitspolitik, entwickelt von Stefan Lahme, Politiklehrer und Fachleiter für Politik-Wirtschaft am Studienseminar Celle. Insgesamt gibt es sechs Beiträge von Expert*innen aus Forschung und Praxis, die das Heftthema aus vielfältigen Perspektiven in den Blick nehmen.

DVPB Niedersachsen in Social Media

Die DVPB Niedersachsen hat mittlerweile fast 500 Follower auf Twitter und ist damit der größte Twitter-Account der DVPB. Wir sind auf Facebook und überarbeiten aktuell unsere Homepage. Darüber hinaus sind wir mittlerweile auch auf YouTube vertreten und haben dort verschiedene Videos und Vorträge veröffentlicht. Schaut doch gerne vorbei und folgt uns auf den verschiedenen Kanälen. Wir freuen uns auf euch: Twitter / Facebook: @DVPBnds | YouTube: DVPB Niedersachsen | www.dvpb-nds.de

Bayern

Rassismus und Antisemitismus als Herausforderungen für die offene Gesellschaft

Der Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. und die Europäische Akademie Bayern hatten Ende September gemeinsam mit der Akademie für Politische Bildung zu einer Tagung nach Tutzing eingeladen, in deren Mittelpunkt der zunehmende Rassismus und Antisemitismus standen.

Es ist paradox: Einerseits dominieren die Großkrisen dieser Tage – Pandemie, Ukraine-Krieg, Energieknappheit und Klimawandel – die Nachrichtenlage in einem Maße, dass andere gesellschaftliche Herausforderungen klein und nebensächlich erscheinen. Und doch bilden diese globalen Krisen gerade den Nährboden, auf dem soziale Ungleichheit gedeiht, das Misstrauen gegen Minderheiten wächst und sich rassistische und antisemitische Einstellungen ausbreiten. Während sich dabei in den letzten Jahren eine Radikalisierung bestimmter Gruppierungen abzeichnet, die auch vor Gewalt nicht zurückschrecken, suchen andere Bewegungen den Schulterchluss mit der sogenannten bürgerlichen Mitte und nehmen für sich in Anspruch, die schweigende Mehrheit der Bevölkerung zu repräsentieren. Rassismus und Antisemitismus sickern damit – mal offen, mal verdeckt – ein in die öffentliche Debatte und werden in diesem Sinne alltäglicher. Durchaus gute Gründe für die drei Veranstalter, diese Themen in einer prominent besetzten Tagung aufzugreifen.

Dabei stand zunächst die Frage im Mittelpunkt, worum es sich bei Rassismus und Antisemitismus handelt, was diese beiden Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verbindet – aber auch, was sie unterscheidet. *Samuel Salzborn*, seit 2020 Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, verwies darauf, dass Rassismus und Antisemitismus zu Beginn der Moderne aus einer gemeinsamen Wurzel entsprungen seien. Er bezog sich hierbei auf die „Naturalisierung des Weltbildes“ der Menschen, das den bisherigen Glauben an Gott um einen Glauben an die Natur ergänzt habe. Damit einher ging die Einteilung der Menschen nach sogenannten rassistischen Merkmalen im Sinne unveräußerlicher Kollektivmerkmale, wobei auch der Antisemitismus auf einer Zuschreibung entsprechender Eigenschaften zu den Juden beruhte. Hierdurch unterscheidet er sich klar vom älteren Antijudaismus, der an den jüdischen Glauben anknüpfte.

Gleichzeitig bot der Antisemitismus zu Beginn der Moderne jedoch auch eine Projektionsfläche, auf der Juden für zahlreiche Entwicklungen verantwortlich gemacht werden konnten, die aufgrund ihrer Abstraktheit von vielen Menschen nicht verstanden und gleichzeitig als Bedrohungen wahrgenommen wurden. Wie Salzborn verdeutlichte, wurden Juden dabei auch für völlig gegenläufige Phänomene angefeindet. Damit habe der Antisemitismus zunehmend den Charakter einer Verschwörungstheorie angenommen und sich zu einem geschlossenen, wenn auch voller Widersprüche steckendem Weltbild weiterentwickelt. Dies unterscheidet ihn heute deutlich vom Rassismus und stelle die Auseinandersetzung

mit dem Antisemitismus zugleich vor große Herausforderungen. Denn wenn dieses Weltbild einmal geschlossen ist, drängen pädagogische Ansätze kaum noch durch.

Wie *Karin Stögner* (Universität Passau) anschaulich herausarbeitete, beruhen rassistische Konzeptionen stets auf der klaren Unterscheidung hierarchisch strukturierter Gruppen. Rassisten hielten sich dabei für die Vertreter der höherstehenden Gruppe und benutzten die rassistische Ideologie, um die Ausbeutung der marginalisierten Gemeinschaften zu legitimieren. Verschwörungsmethoden seien dem Rassismus jedoch in der Regel fremd. Ganz im Gegensatz zum Antisemitismus, bei dem die Rollenverteilung in oben und unten weit weniger eindeutig sei. Zwar hielten Antisemiten die Juden auch für die eigentlich unterlegene Gruppierung, die jedoch – Verschwörungsmethoden! – durch List und Verschlagenheit zu Macht gekommen sei und daher die Gemeinschaft der Antisemiten bedrohe. Andererseits arbeite der Antisemitismus selbst mit rassistischen Elementen, wenn etwa Juden als „White“ und damit ihrerseits als Rassisten charakterisiert würden.

Stögner setzte darüber hinaus verschiedene Naturbilder mit Diskriminierungsformen in Verbindung. Während der Rassismus und der Sexismus beispielsweise von bestimmten, klar umrissenen Naturbildern vermeintlicher Rassen oder der Geschlechter ausgingen, aus denen die Suprematie spezifischer Gruppen abgeleitet werden könne, fehle es dem Antisemitismus an einem gleichermaßen eindeutigen Naturbild der Juden. Diese würden vielmehr voller Widersprüche dargestellt, so dass die zugeschriebene Künstlichkeit der Juden ihr eigentliches Kennzeichen sei. Damit einher gehe auch die Unterstellung, die Juden wollten die Geschlechteridentitäten untergraben, womit Antisemiten laut Stögner ihre eigenen verborgenen sexuellen Wünsche auf Juden projizierten, um diese Wünsche ablehnen zu können. Aus dieser Perspektive sei Antisemitismus auch ein Instrument der sexuellen Wunschabwehr.

Nach diesen konzeptionellen Klärungen boten drei Workshops die Gelegenheit, die Ausprägungen von Rassismus und Antisemitismus in Russland, Ungarn und Italien näher kennenzulernen. Mit Blick auf Russland zeigte etwa *Dominik Tomenendal* von der Europäischen Akademie Bayern, dass in diesem Land, in dem nur vier Fünftel der Bevölkerung ethnische Russen sind, viele ungeklärte Identitätsfragen bestehen. Der daraus resultierende Rassismus gehöre zum Alltag der Menschen und betreffe vor allem Bewohner aus Zentralasien, aber auch Sinti und Roma. Antisemitismus sei in Russland ebenfalls weit verbreitet und bewege sich in etwa auf dem Niveau anderer europäischer Staaten.

Da die Tagung explizit in den Blick nehmen wollte, was gegen Rassismus und Antisemitismus getan werden kann, setzte sich *Anne Broden*, Erwachsenenbildnerin im Bereich der rassismuskritischen Bildungsarbeit, mit verschiedenen einschlägigen Strategien auseinander. Sie diagnostizierte zunächst mehrere „Wahrnehmungsstörungen“, mit deren Hilfe Rassismus als gesellschaftliches Problem der Gegenwart ausgeblendet werde. So werde Rassismus als ausschließliches Phänomen des rechten Randes oder aber als Denkmuster Geflüchteter wahrgenommen, als Überempfindlichkeit der Betroffenen oder als längst vergangenes Phänomen des Kolonialismus und Nationalsozialismus. Gemeinsam sei all diesen Abwehrmechanismen, dass sie das Fortbestehen

rassistischer Einstellungen mitten in unserer Gesellschaft negierten. So werde Rassismus zwar durch das Selbstbild vieler Menschen abgelehnt, auf gesellschaftlicher Ebene aber durch tradierte Wissensbestände und Diskurse kontinuierlich reproduziert.

Zentral ist für Broden daher die Unterscheidung von individuellem und institutionellem bzw. strukturellem Rassismus, die sich auch in der rassismuskritischen Bildungsarbeit widerspiegeln müsse. Es genüge beispielsweise nicht, durch die Begegnung mit „Fremden“ individuelle Vorurteile abzubauen. Vielmehr müssten auch die prägenden Institutionen und Strukturen in den Blick genommen und vor allem Fach- und Führungskräfte angesprochen werden. Nur so lasse sich ein nachhaltiger Wandel erzielen, der auch die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse einbeziehe und die Perspektive der Betroffenen ernst nehme.

In den folgenden vier Workshops wurden verschiedene Maßnahmen und Projekte gegen Rassismus und Antisemitismus vorgestellt, wobei *Paulina Seelmann* vom Zentrum „Den Menschen im Blick“ (Ludwig-Maximilians-Universität München) unmittelbar an den Ansatz von Anne Broden anknüpfen konnte. Denn auch dieses Projekt richtet sich an Institutionen aus dem Bereich der Verwaltung und der Kommunen, an Wohlfahrtsverbände oder Universitäten, um diese im Rahmen der Organisationsentwicklung zu unterstützen und für die Herausforderungen durch institutionelle und strukturelle Diskriminierungen zu sensibilisieren.

Die abschließende Sektion war den politischen Perspektiven auf das Tagungsthema vorbehalten. *Ludwig Spaenle*, Beauftragter der bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, hob ebenfalls die individuelle und die institutionelle Ebene der Auseinandersetzung mit Diskriminierungen hervor. Er setzte sich auch für eine Änderung der Bayerischen Landesverfassung ein, in der ein Staatsziel nach dem Vorbild der Verfassung Sachsen-Anhalts verankert werden sollte. Es solle die staatliche Gewalt und jeden Einzelnen verpflichten, rassistischen und antisemitischen Aktivitäten entgegenzutreten.

Julia Bernstein (Frankfurt University of Applied Sciences) und *Marian Offman*, Beauftragter der Landeshauptstadt München für den interreligiösen Dialog, schilderten einerseits eindrücklich Erfahrungen mit Antisemitismus, wobei gerade Offman auch nicht mit Kritik an der Polizei, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten sparte. Bernstein wiederum beklagte die „diskursiven Schleifen“, die in scheinbar endloser Wiederholung auf jede antisemitische Gewalttat folgten. Dabei werde stets suggeriert, dass es sich um ein neues Phänomen handle oder zumindest um eine neue Qualitätsstufe, sodass die Auseinandersetzung immer wieder von Neuem beginne. Sie wandte sich ferner gegen eine Gleichsetzung von Rassismus und Antisemitismus, weil so aus dem Blick gerate, dass auch antirassistische Bestrebungen antisemitisch sein könnten. Einigkeit bestand schließlich auf dem Podium, dass das Erinnern an Antisemitismus und Rassismus für unser Land eine zentrale Pflicht sei – als persönliches Anliegen des Einzelnen, aber insbesondere auch für seine Institutionen.

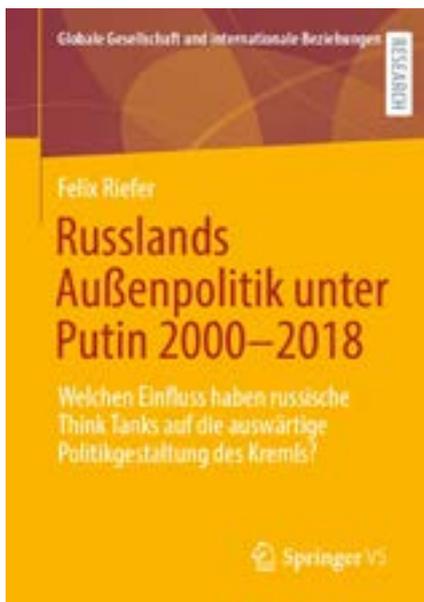
Jörg Siegmund
Mitglied im Landesvorstand Bayern der Deutschen
Vereinigung für Politische Bildung e.V. / Akademie
für Politische Bildung, Tutzing



Literatur

Ein Schlaglicht auf die ideologischen Hintergründe des russischen Angriffskrieges

Felix Riefer: Russlands Außenpolitik unter Putin 2000-2018. Welchen Einfluss haben russische Think Tanks auf die auswärtige Politikgestaltung des Kremls? Reihe Globale Gesellschaft und internationale Beziehungen. Wiesbaden: Springer VS 2020, 198 Seiten, 54,99 Euro.



„Wie sieht [...] die Welt durch das Prisma des Kremls aus? Woher kommen die Ideen [des Kremls] zur Stellung Russlands in der Welt und zur russischen Staatlichkeit sowie außenpolitischen Mission?“ (S. 11). Diese Fragen, denen Felix Riefer im Rahmen seiner Analyse der russischen Außenpolitik zwischen 2000 und 2018 nachgeht, sind angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hochaktuell. Der Bonner Politikwissenschaftler (der auch den einleitenden Fachbeitrag für diese Ausgabe der POLIS verfasst hat) legt eine profunde Analyse über den Einfluss von Denkfabriken auf die russische Außenpolitik unter Wladimir Putin vor. Der Ausgangsthese der Studie, dass (auch) die russische Außenpolitik durch Analyse-

und Beratungstätigkeiten sowie Makler- und Advokantentätigkeiten von Denkfabriken geprägt ist, wird im Rahmen der Studie empirisch gesättigt nachgegangen. Ein wichtiger Befund der unter Anwendung eines explorativen, qualitativ-induktiven Ansatzes mittels Fallstudien durchgeführten Analyse ist, dass der kriegsrevisio-nistischen russischen Außenpolitik der Gegenwart und der jüngeren Vergangenheit durch die Arbeit von Denkfabriken Vorschub geleistet wurde, indem diese eine systematische „imperial-ideologische Grundierung des Kremls“ (S. 163) betrieben haben. Der im Frühjahr 2014 als bewaffneter Konflikt auf der ukrainischen Halbinsel Krim begonnene (und sodann im ukrainischen Teil des Donbass fortgeführte) Krieg gegen die Ukraine ist laut Riefer (ebenso wie bereits der Georgien-Krieg von 2008, vgl. S. 9) als „geopolitisch-ideologischer Ordnungskonflikt“ (S. 21, vgl. auch S. 161f.) zu klassifizieren. In der Logik einer durch Glorifikation der Sowjetunion reaktionär-revisionistisch geprägten, aggressiv nationalistischen Ideologie verkörpern die in Russland als „nahes Ausland“ titulierte ehemaligen Sowjetrepubliken wie die Ukraine entgegen ihres völkerrechtlichen Status als souveräne Staaten letztendlich eine Verfügungsmasse Moskaus (vgl. u. a. S. 14 u. 79f.).

Riefer liefert zahlreiche Indizien dafür, dass Denkfabriken maßgeblich an der ideologischen Radikalisierung von Putin und seiner Administration beteiligt gewesen sein dürften (S. 73–148). Jedenfalls wird gut belegt, dass sich der Kreml innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte zunehmend mit einem Netzwerk von nationalistischen Beratern umgeben hat. Dabei scheint sich eine Eigendynamik der gegenseitigen Radikalisierung entwickelt zu haben – ein immer autoritärer und autoritärer denkender und handelnder Putin (dessen Rückkehr in Präsidentenamt 2012 trotz einer Verfassungsänderung nur durch eine Dehnung des russischen Verfassungsrechts möglich war, vgl. S. 13f.) greift auf immer radikalere Berater zurück (vgl. S. 152ff.). Entsprechend dieser Radikalisierungsspirale wirkt auch das mehrmals verschärfte „Agentengesetz“ von 2012, in dessen Folge politisch unabhängige Organisationen in Russland kaum noch arbeitsfähig sind und die russischen Denkfabriken bereits aus ökonomischen Gründen konsequent um die Gunst des Kremls buhlen müssen (S. 127ff. u. 153). Netzwerken zwischen ökonomisch und politisch mächtigen Einzelpersonen wie dem russischen Oligarchen Konstantin Malofejew und dem ultranationalistischen politischen Philosophen Alexander Dugin kommt dabei eine Schlüsselrolle zu – Malofejew verschreibt sich unter Bezugnahme auf das

Zarenreich der Ideologie einer „neurussischen“ Expansion und damit u. a. dem Ziel einer gewaltsamen Annexion der Ukraine. Er gilt als wichtiger Financier der Separatisten im Donbass und ist Gründer der Denkfabrik Katehon, die wiederum die politische Ideologie von Dugin global verbreitet und die regelmäßig vom Kreml konsultiert wird (S. 95f.).

Die realpolitischen Konsequenzen der unter Putin betriebenen ideologischen Neuausrichtung Russlands werden nicht nur am Ukrainekrieg deutlich gemacht. Ebenfalls (wenn auch knapp) problematisiert wird der gegenüber der syrischen Zivilbevölkerung rücksichtslos geführte russische Kampfeinsatz zugunsten des syrischen Despoten Baschar al-Assad seit September 2015, mit dem Russland „seinen Geltungsanspruch schließlich auch auf der Weltbühne [demonstriert]“ (S. 9). Angesprochen wird auch die „[aggressive] (Des-)Informationspolitik sowohl im In- als auch im Ausland“ (ebd.), die der Kreml vor Wahlen mit besonderer Intensivität betreibt und der sich in Deutschland und anderen westlichen Staaten am rechten und linken Rand des politischen Spektrums willfährig ganze Parteien zur Seite stellen.

Riefers bereits vor zwei Jahren publizierte Studie ist Ende 2022 nicht zuletzt deshalb so interessant, weil sie einen Teil der Antwort darauf gibt, wie es – ganz unabhängig von der Frage, welche Mitverantwortung die Politik des Westens an der Entwicklung dieses Konfliktes trägt – nach Ende des „Kalten Krieges“ so rasch zu einer erneuten ideologischen und geopolitischen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen kommen konnte, die mit dem heherrschenden russischen Angriff auf die Ukraine auch militärisch eskalierte und spätestens seit dem 24. Februar die Welt in Atem hält.

MPH

„Brandreden“ aus nationalem Geist

Gerd Wiegel: Brandreden – Die AfD im Bundestag. Neue Bibliothek Nr 311. Köln: Papyrossa 2022, 220 Seiten, 16,80 Euro.

Gerd Wiegel, Referent bei der Linkspartei, hat zum Frühjahr 2022 unter dem Titel „Brandreden“ ein Buch vorgelegt, das für jede Parlamentswoche der 19. Wahlperiode 2017 bis 2021 den zentralen Inhalt der Reden dokumentiert, die Abgeordnete der AfD im Deutschen Bundestag gehalten haben. Wiegel



betont in seinem Resümee, dass die beliebte Unterscheidung in einen „bewegungsorientierten“, radikalen und einen „parlamentsorientierten“, gemäßigten Flügel der Partei nicht greift (200). Das Buch zeigt, wie die Partei die parlamentarische Bühne gezielt nutzt, um über Provokation und Tabubruch ihrer Gefolgschaft zu beweisen, dass sie durch den Einzug in den Bundestag keineswegs zahmer geworden ist. Dies habe in der Praxis des Parlamentsalltags also nicht zu einer „Mäßigung, sondern ganz im Gegenteil zu einer Zuspitzung geführt“ (208).

Das Material dazu ist eindeutig. Es belegt vor allem, wie die Partei daran arbeitet, das Nationalbewusstsein zu schärfen, während man in den tagespolitischen Sachfragen durchaus das Scheinargument des Pluralismus nutzt. Das gilt etwa für die Rentenpolitik, für die Maßnahmen der Regierung zur Pandemiebekämpfung oder – wie nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine – für außenpolitische Initiativen wie etwa den Vorschlag eines Verhandlungsfriedens in diesem Konflikt. Zu den neueren Themen, bei denen es schwankende inhaltliche Festlegungen gab, gehörte auch die Leugnung des Klimawandels bzw. der Virulenz des Problems.

Wiegel hält grundsätzlich fest, dass der Einzug der AfD in den Bundestag 2017 als drittstärkste Partei und größte Oppositionspartei einen Einschnitt in der bundesrepublikanischen Parlamentsgeschichte markierte: „Was der neofaschistischen Rechten seit 1949 verwehrt blieb, gelang einer häufig mit dem Stichwort Rechtspopulismus bezeichneten Partei der modernisierten radikalen Rechten, die zwar viel Ballast der NS-Verherrlichung über Bord geworfen hat, sich ideologisch jedoch entscheidende Punkte der extremen Rechten zu eigen macht [...] Die parlamentarische und mediale Präsenz der AfD übertrifft damit alles, was die extreme Rechte nach 1945 in Deutschland jemals erreicht hat.“ (8)

Bei dieser „extremen“ Randposition darf man aber nicht vergessen, dass reaktionäre Positionen, wie sie die AfD vertritt, schon immer zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland gehörten. Hinzu kommt, dass die Modernisierungspläne der AfD für den Standort Deutschland immer wieder Kompatibilität mit dem von den Alternativdeutschen sonst verteilten „Parteienkartell“ aufweisen – was 2022

gerade an der Aufrüstungsfrage zu beobachten war. Die AfD, die sich gerne als „Soldatenpartei“ präsentiert, hatte mit ihren Stellungnahmen zum Ukrainekrieg für gewisse – auch innerparteiliche – Irritationen gesorgt. Doch stellte sie stets klar, dass sie für militärische Stärke, auch für den neuen Anspruch einer deutschen „Führungsmacht“ (Scholz), eintritt. So hatte die AfD-Bundestagsfraktion ja schon 2019 ein Strategiepapier zur Bundeswehr vorgelegt, das dafür votierte, die Bundeswehr zur Durchführung weltweiter Einsätze zu befähigen und dazu kräftig aufzurüsten, Erfüllung aller NATO-Verpflichtungen inklusive.

Friedenspolitische Aktivitäten, die sich gegen die offizielle Linie der bundesdeutschen Sicherheitspolitik gewendet hätten, waren auch in der 19. Legislaturperiode nicht zu verzeichnen. Wenn Kritik vorgebracht wurde, dann richtete sie sich darauf, dass die militärischen Aktivitäten nicht an erster Stelle das deutsche Interesse im Auge gehabt hätten, stattdessen auswärtige Nationalinteressen bedienten. So etwa beim Afghanistan-Einsatz, wo die Bundesregierung laut AfD-Vorsitzendem Gauland „erneut deutsche Soldaten zur Staatenrettung“ an den Hindukusch schicke, „während afghanische Flüchtlinge auf dem Ku’ damm Kaffee trinken, anstatt beim Wiederaufbau ihres Landes zu helfen“ (18).

Dies war auch bei anderen parlamentarischen Interventionen zu diesem Thema die Leitlinie. MdB-Springer definierte z. B. für die AfD, worin hier das deutsche Interesse besteht: „Das Ziel Deutschlands muss es sein, den Flüchtlingsstrom aus Afghanistan zu stoppen und die in Deutschland lebenden afghanischen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückzubringen.“ (34) Dafür griff Springer dann auch noch auf ein Bismarck-Zitat zurück, demzufolge schon seit den Zeiten des alten Imperialismus dieses Stück Ausland „nicht die gesunden Knochen eines einzigen deutschen Soldaten wert“ sei.

Dieser Rückgriff auf die Kolonialära, als deutsche „Schutztruppen“ in Übersee unterwegs waren, ist übrigens typisch für die AfD. Die Partei ist nämlich dafür – siehe die Bundestagsdrucksache Drs. 19/15784: „Die deutsche Kolonialzeit kulturpolitisch differenziert aufarbeiten“ –, dass auch die „guten Seiten“ dieses damaligen Auslandsengagements zur Sprache gebracht werden. Es sei z. B. daran zu erinnern, dass man Afrika „aus archaischen Strukturen“ gelöst habe, wobei es leider im Fall der Herero und Nama „unverhältnismäßige Härten und Grausamkeiten“ gab, was aber heute „keinen Anlass für Entschädigungszahlungen“ abgebe (125).

Heute soll nämlich etwas anderes anstehen: die Anerkennung der Opferbereitschaft deutscher Soldaten, wozu nicht zuletzt ein Verwundetenabzeichen bei der Bundeswehr eingeführt werden müsste. Wiegel kommentiert: „Verstärkte Sichtbarmachung des Militärs in der Gesellschaft und Anerkennung von Kampf und Männlichkeit als zentrale Tugenden ist das Ziel.“ (125) Das stimmt, nur muss man mittlerweile hinzufügen, dass man das heute laufend aus sicherheits- und außenpolitischen Reden der regierenden Politiker hört. Das nimmt von Wiegels Einstufung der Partei als „brandgefährlich“ nichts zurück. Gerade ihr Anknüpfen an den alten preußischen Militarismus zeigt, wozu die Alternativdeutschen willens sind und was sie mit ihrem Angriff auf die deutsche Erinnerungskultur als „Schuldskult“ schon immer im Auge hatte: Eine selbstbewusste Nation macht endlich Schluss mit dem ganzen Erinnerungsgedächtnis und blickt nach vorn.

Johannes Schillo

Eine Einführung für wen?

Nina Kolleck: Politische Bildung und Demokratie. Eine Einführung in Anwendungsfelder, Akteure und internationale Ansätze. Opladen & Toronto: Barbara Budrich 2022, 201 Seiten, 22,00 Euro.



Mit dem vorliegenden Lehrbuch soll eine Leerstelle gefüllt werden: Es soll ein Standardwerk sein für Lehrkräfte aller Fächer, für Wissenschaftler*innen und Studierende verschiedener Disziplinen sowie für Menschen im Kontext der außerschulischen Bildungsarbeit (17f.). Tatsächlich werden die beiden erstgenannten Gruppen im Diskurs politischer Bildung selten direkt adressiert. Der Autorin kann also durchaus gefolgt werden, wenn sie unter dem Vorzeichen einer wachsenden Bedeutung politischer Bildung ihre Leser*innenschaft gerade hier sucht (11f.). Gleichzeitig stellt sich Kolleck damit keiner leichten Aufgabe – lässt sich doch vermuten, dass diese beiden Zielgruppen in ihrem Erkenntnisbedarf recht differiert sind. Die Autorin versucht, dieser Herausforderung mit einem modularen Angebot zu begegnen: „[I]e nach Interesse, Schwerpunkt und persönlicher Zielsetzung [können] Kapitel übersprungen oder ausgewählt werden“ (18). Der Einleitung, in der Kolleck das Wesen politischer Bildung als Schulfach, schulische Querschnitts- und Gesellschaftsaufgabe kurz umreißt, folgen fünf inhaltlich verschieden gelagerte Kapitel. Zunächst finden sich Erläuterungen zu als zentral ausgemachten Begriffen: Politik, Bildung, Erziehung, Sozialisation, Lernen, politische Bildung, Bildungspolitik und Bildungssysteme (21ff.). Der Demokratiebegriff findet hier, anders als es der Buchtitel erwarten lässt, keine Hervorhebung.

Im Kapitel *Demokratiebildung und politische Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich* (59ff.) zeigt sich eine weniger klare Linie. Hier geht es sowohl um Demokratiebildung im Kontext Schule als auch um die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe durch Bildung. Überdies werden als Inhaltsfelder politischer Bildung „Extremismus“, „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und „politische Bildung und Flucht“ bearbeitet. Thematisch eindeutig wendet sich ein Kapitel den Strategien von Europäischer

Union (EU) und Europarat zur Bildung europäischer Bürger*innenschaft zu (105ff.). Warum sich die Kapitelüberschrift dagegen ausschließlich auf die EU bezieht, findet leider keine Erläuterung. Auf Ebene der Akteur*innen politischer Bildung legt die Autorin mit einem eigenständigen Kapitel den Fokus auf Nicht-regierungsorganisationen und Stiftungen (119ff.). Im letzten Kapitel markiert Kolleck u.a. vier Konzepte politischer Bildung als international und stellt diese heraus (137ff.).

Konsequent strebt Kolleck an, in jedem ihrer Kapitel internationale Positionen auszumachen. Der darin ruhende Verweis auf einen fehlenden Blick über den forschungsgeographischen Tellerrand hinaus trifft den deutschsprachigen Diskurs um politische Bildung zweifellos nicht ungerechtfertigt. Auch Modulstruktur und Auswahl der Inhaltsbereiche des Buches zeigen insgesamt sicherlich eine frische Herangehensweise im Bereich politikdidaktischer Einführungsliteratur. Die Idee, dass eine unterschiedliche Leser*innenschaft das Buch schlicht unterschiedlich lesen kann, könnte aufgehen.

Auch wird der Lehrbuchcharakter des Buches durch *Übungsfragen* zu Beginn und durch Infoboxen zu *Weiterführendem* am Ende jedes Teils unterstrichen. Einen näheren Hinweis darauf, was hier wie geübt wird, gibt es allerdings nicht. Mit Blick auf die Inhalte jener Infoboxen wächst jedoch eine Skepsis gegenüber den Motiven der Autorin. Hier sind in erster Linie populärwissenschaftliche Quellen oder Projektbeispiele gelistet, die eventuell der Unterrichtsvorbereitung oder der Exemplarität dienen, aber nicht ernsthaft weiter in den jeweiligen Themenbereich führen. Hinzu kommt, dass auch die Ausführungen im Fließtext oft mit wenigen Quellen auskommen und nicht selten einschlägige Literatur des politikdidaktischen Diskurses aussparen. Erwartet man eine informierte Einführung, profunde Literaturhinweise und eine präzise Sicht auf das Feld politischer Bildung und Demokratie, ist dies im wissenschaftlichen Kontext sicherlich unbefriedigend. Gleichzeitig machen verkürzte Darstellungen, die fragwürdige Schlüsse zulassen, es schwer, das Werk frei heraus fachfremden Praktiker*innen zu empfehlen. So rekurriert die Auto-

rin beispielsweise auf die Bedeutung mündiger Bürger*innen im deutschsprachigen politikdidaktischen Diskurs und erläutert dazu: „Mündige Bürger*innen sind volljährige Staatsangehörige, die Bürgerrechte besitzen, wählen gehen und sowohl geschäftsfähig als auch straffähig sind“ (42). Zwar wird Mündigkeit durch Kolleck zuvor auch anders gefasst, findet hier aber eine Übersetzung, die im Sinne politischer Bildungsarbeit kaum auf die bedeutsamen Wege lenkt.

Letztlich bleibt zu fragen, was das Werk für den politikdidaktischen Diskurs leisten kann. Denn: In diesen bringt sich die Autorin aufgrund der Zielgruppenwahl zwar weniger frontal, aber durch den Titel zwangsläufig ein. Statt nun ein Missverstehen oder gar Ignoranz zu beklagen, ließe sich herauslesen, dass die Politikdidaktik als Wissenschaft über einen selbstreferenziellen Diskurs hinaus sichtbar(er) werden muss. Das sowohl gegenüber den eigenen Bezugsfächern als auch interdisziplinär und international. Mit ihrer Inhaltsauswahl zeigt Kolleck hierfür mögliche Anknüpfungspunkte.

lu

Die nächsten Hefte

POLIS 1/2023 (1. April): Die politische Pflanze

POLIS 2/2023 (1. Juli): Verschwörungsnarrative und Wahrheitstheorie

POLIS 3/2023 (1. Oktober): Dekolonialität und politische Bildung

POLIS 4/2023 (22. Dezember): Projektorientierung

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie Wünsche und Vorschläge für zukünftige Heftthemen?

Wollen Sie selbst einen Beitrag schreiben? Reizt es Sie, auf einen bereits erschienenen Beitrag zu antworten? Oder: Möchten Sie einfach nur Ihre Kritik an einem veröffentlichten Artikel übermitteln? In jedem Fall:

Schreiben Sie an die Redaktion:

Lichtweg 12, 36039 Fulda, tschirner@em.uni-frankfurt.de.

Lichtweg 12, 36039 Fulda, tschirner@em.uni-frankfurt.de.

Impressum

POLIS

Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung

Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung durch den Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Alexander Wohnig (www.dvpb.de)

26. Jahrgang 2022

Leitende Redakteurin

Dr. Martina Tschirner
Lichtweg 12, 36039 Fulda
Tel.: 0661 9621133

Verlag

Wochenschau Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Eschborner Landstraße 42-50
60489 Frankfurt/M.
www.wochenschau-verlag.de

Redaktion

Dr. Martina Tschirner (MT) (V.i.S.d.P.)
Helmut A. Bieber (hab)
Dr. Moritz Peter Haarmann (MPH)
Dr. Gudrun Heinrich (GH)
Dr. Steve Kenner (SK)
Prof. Dr. Dirk Lange (DL)
Dr. Luisa Girnus (lu)
Hans-Joachim von Olberg (vO)
Prof. Dr. Bernd Overwien (BO)
Prof. Dr. Armin Scherb (AS)

Verantwortlich für diese Ausgabe

Dr. Moritz Peter Haarmann

Verantwortlich für die DVPB aktuell

Helmut A. Bieber

Verantwortlich für die ZEITUNG

Prof. Dr. Dirk Lange / Patrick Bredl

Buchbesprechungen

Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Abonnementbetreuung

Bestellungen und Fragen zum Abonnement richten Sie bitte an info@wochenschau-verlag.de, Tel.: 069-7880772-0. Bestellungen von Einzelheften richten Sie bitte an wochenschau@brocom.de oder Tel.: 07154 / 132730.

Herstellung

Susanne Albrecht, Opladen

Layoutentwurf

Wochenschau Verlag

Druck

in the EU

Erscheinungsweise

4 Hefte jährlich.

Preise

Einzelheft: 10,20 € zzgl. Versandkosten.

Digitale Ausgabe: 9,99 €

Abonnement: 34,00 € zzgl. Versandkosten.

In den (Inlands-)Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreise

Preisliste Nr. 1 vom 1. Januar 2022

Anzeigen

presse@wochenschau-verlag.de

Bankverbindung

Volksbank Weinheim
IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07

BIC GENODE61WNNM

© Wochenschau Verlag

Dr. Kurt Debus GmbH

Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur mit vorheriger Einwilligung des Verlages erfolgen.

Beilagen-/Beihefterhinweis

Dem Heft liegen Verlagsbeilagen bei:
– Katalog „Studium und Wissenschaft“

ISSN: 1433-3120

Bestell-Nr.: po4_22

PDF ISBN 978-3-7344-1463-3

Bildnachweise

Aufmacherfotos der Rubriken:

„Zeitung“: © Gina Sanders, fotolia.com;

„Fachbeiträge“: © raven, fotolia.com; „Forum“:

Franz Pfluegl, fotolia.com; „Didaktische Werkstatt“:

© Robert Neumann, fotolia.com; „Literatur“:

© adistock, fotolia.com

WISSENSCHAFT FÜR DIE PRAXIS

Komplexe politische Themen
im einfachen Zugriff:
Renommierete Expert*innen
aus Wissenschaft und Politik
präsentieren fundierte
und hochaktuelle Analysen
auf prägnante und
verständliche Weise.



NEU
jetzt gratis
testen

FORDERN SIE JETZT IHR GRATIS-PROBEHEFT AN WWW.POLITIKUM.ORG

POLITIKUM erschließt Erkenntnisse und Kontroversen der Wissenschaft einem breiten Publikum.

POLITIKUM steht für unterschiedliche wissenschaftliche Perspektiven und politische Positionen.

POLITIKUM ist verständlich.

POLITIKUM stellt Umstrittenes kontrovers dar.

POLITIKUM lässt renommierte Autor*innen aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu Wort kommen.



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Kerten Lahl, Johannes Varwick

Sicherheitspolitik verstehen

Handlungsfelder, Kontroversen und Lösungsansätze

Seit dem Angriffskriegs in der Ukraine beherrscht Sicherheitspolitik einmal mehr die Schlagzeilen, aber es ist nicht leicht, die komplexen Zusammenhänge zu verstehen. Dieses Buch leistet eine problemorientierte Hilfestellung für Leser*innen, die sich in diesem Kontext und in der gesamten Bandbreite relevanter Fragen zurechtfinden möchten. Die Autoren beschreiben die Anforderungen an eine vernetzte, präventiv angelegte Sicherheitspolitik und analysieren die wesentlichen Risiken. Darauf aufbauend folgt die Betrachtung ausgewählter sicherheitspolitischer Handlungsfelder, Instrumente und Akteure mit ihren Stärken und Schwächen. In einem Fazit wird der aktuelle Handlungsbedarf für Deutschland ausgelotet.



ISBN 978-3-7344-1490-9, 240 S., € 18,90

PDF: ISBN 978-3-7344-1491-6, € 17,99

www.wochenschau-verlag.de



[www.facebook.com/
wochenschau.verlag](https://www.facebook.com/wochenschau.verlag)



[www.twitter.com/
wochenschau-ver](https://www.twitter.com/wochenschau-ver)